



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

7. Sitzung

4. Wahlperiode

Mittwoch, 29. Januar 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Mitteilungen der Vizepräsidentin** 179**Feststellung der Tagesordnung** 179**Aktuelle Stunde****Auswirkungen rot-grüner Gesundheitspolitik auf Mecklenburg-Vorpommern** 179

Harry Glawe, CDU 179

Dr. Norbert Nieszery, SPD 181

Angelika Gramkow, PDS 183

Ministerin Dr. Marianne Linke 185

Torsten Renz, CDU 188

Jörg Heydorn, SPD 191

Torsten Koplin, PDS 192

Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV)
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 4/45 – 193

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses

– Drucksache 4/169 – 193

Beschluss 193

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:

Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (SchulG M-V)
(Erste Lesung)

– Drucksache 4/160 – 193

Kerstin Fiedler, CDU 193

Heike Polzin, SPD 194

Andreas Bluhm, PDS 195

Beschluss 197

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)
– Drucksache 4/170 – 197
Beschluss 197

Antrag der Finanzministerin:

**Entlastung der Landesregierung
für das Haushaltsjahr 2001****– Vorlage der Haushaltsrechnung
und Vermögensübersicht des Landes –**

– Drucksache 4/124 – 197

B e s c h l u s s 197

Peter Ritter, PDS 215

Siegfried Friese, SPD..... 216

Reinhardt Thomas, CDU..... 217

Gerd Walther, PDS 221

Dr. Armin Jäger, CDU 222, 224

B e s c h l u s s 224

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Industriefischerei

– Drucksache 4/188 – 197

Hannelore Monegel, SPD 197

Martin Brick, CDU..... 199

Minister Dr. Till Backhaus..... 200

Alexa Wien, PDS..... 202

B e s c h l u s s 202

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Leitlinien für Konversion

– Drucksache 4/158 – 224

Peter Ritter, PDS 225, 228

Kerstin Fiedler, CDU 226

Minister Dr. Otto Ebnet..... 227

Thomas Schwarz, SPD..... 228

B e s c h l u s s 229

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Hochschulentwicklung in**Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/157 – 202

Mathias Brodkorb, SPD 202, 208

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann..... 203

Ilka Lochner-Borst, CDU 205

Dr. Gerhard Bartels, PDS 207, 210

B e s c h l u s s 210

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**„MV tut gut“ – Imagewerbung für das
Land umfassend fortsetzen – Vorzüge
des Landes noch besser präsentieren**

– Drucksache 4/159 – 229

Ute Schildt, SPD 229

Andreas Petters, CDU 230

Minister Dr. Otto Ebnet..... 232, 233, 234

Reinhardt Thomas, CDU..... 233, 234

Alexa Wien, PDS..... 234

Detlef Müller, SPD 234

B e s c h l u s s 236

Antrag der Fraktion der CDU:

**Geplante Auflösung der Bereit-
schaftspolizei in Vorpommern**

– Drucksache 4/163 – 210

Bernd Schubert, CDU..... 211

Minister Dr. Gottfried Timm 212, 223

Nächste Sitzung

Donnerstag, 30. Januar 2003 237

Beginn: 10.03 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 7. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der 7. und 8. Sitzung liegt Ihnen vor.

Zum Tagesordnungspunkt 6 liegt Ihnen auf Drucksache 4/188 ein interfraktioneller Antrag zum Thema Industriefischerei vor, der die auf der Tagesordnung stehenden Anträge ersetzt. Die bereits hierzu verteilten Anträge der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/46 und der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/161 wurden zurückgezogen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wird der vorliegenden Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 7. und 8. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Auswirkungen rot-grüner Gesundheitspolitik auf Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Aktuelle Stunde
Auswirkungen rot-grüner Gesundheitspolitik auf Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Auswirkungen der rot-grünen Gesundheitspolitik auf das Land Mecklenburg-Vorpommern sind gravierend. Eine Hiobsbotschaft jagt die andere. Die Politik der rot-grünen Regierung in Berlin und unserer rot-roten Landesregierung greift den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ungeniert in die Taschen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist eine Unterstellung. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ein Notsparpaket jagt das andere und unter anderem sind Rente und Gesundheit bedroht. Die Einnahmeseite der Krankenkassen in Mecklenburg-Vorpommern sinkt dramatisch. In den letzten vier Jahren sind unter Ministerpräsident Ringstorff und dem Arbeitsminister Holter insgesamt 60.000 Arbeitsplätze verloren gegangen und damit die Einnahmeseiten der Krankenkassen dramatisch strapaziert worden.

Meine Damen und Herren, der DGB prognostiziert für Mecklenburg-Vorpommern im ersten Quartal diesen Jahres 200.000 Arbeitslose. Steuererhöhungen wurden vor der Wahl durch Rot-Rot und durch Rot-Grün und speziell auch durch den Bundeskanzler ausgeschlossen. Ein Blick auf den Lohnzettel und ich gucke mal in mein Portemonnaie – meine Damen und Herren, was kostet uns Rot-Grün? Ab Januar jeden Arbeitnehmer auf dem Lohnzettel 28 Euro mehr Lohn- und Einkommenssteuer,

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Glawe, haben Sie sich im Thema geirrt?)

10 Euro mehr Sozialabgaben, Frau Fraktionsvorsitzende,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe ja nur an das Thema erinnert.)

12 Prozent mehr Ökosteuer und für die Heizung und 3 Euro mehr Tabaksteuer. Das nennt man auch Rauchen für den Frieden, Frau Kollegin.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Angelika Gramkow, PDS: Ich bin nicht Ihre Frau Kollegin. Zum Glück! – Heinz Müller, SPD: Das ist gar nicht so verkehrt. – Zuruf von Ute Schildt, SPD – Dr. Margret Seemann, SPD: Was ist denn das für ein Niveau, Herr Glawe?! – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung verordnet dem Gesundheitsberuf in Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2003 eine Nullrunde. Was heißt das, meine Damen und Herren? Das ist ein Schlag ins Gesicht für 2.400 niedergelassene Ärzte, für 1.400 niedergelassene Zahnärzte, für 18.000 Beschäftigte in unseren Krankenhäusern, für 940 Altenpfleger, für 1.700 Krankenschwestern, für 540 Physiotherapeuten, 100 Masseure und medizinische Bademeister, die im öffentlichen Gesundheitsdienst und in den Heimen tätig sind, meine Damen und Herren. Es betrifft auch die Pflegedienste, es betrifft die Betreiber von Heimen und es betrifft unsere 36 Krankenhäuser im Land. Das ist die Bilanz. Es betrifft 390 Apotheken und ihre Mitarbeiter, das sind etwa 2.400, und es ist letztlich eine Zahl zu nennen der Betroffenen von 34.000 Beschäftigten im Gesundheitswesen in Mecklenburg-Vorpommern. Und nicht zuletzt betrifft es auch die geriatrische Reha im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Demos gegen diese Politik stehen auf der Tagesordnung. Die Leistungserbringer, die Selbstverwaltungsorgane, die Kassenärztliche Vereinigung und die Kassen stehen jeden Tag in den Schlagzeilen. Jeder wirft jedem Versagen vor.

(Ute Schildt, SPD: Ja, das hilft.)

Der Ausstieg aus den Tarifsystemen ist Programm. Sie verabschiedeten sich vom öffentlichen Tarif. Sie gefährden sozusagen den sozialen Frieden mit dieser Politik im Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine Nullrunde, meine Damen und Herren, ist ein Sparakt. Sie ist eine Minusrunde, sie führt zu Arbeitsplatzverlusten und Arbeitsplatzängsten bis hin zur Demotivation. Sie schadet unter den gegebenen Voraussetzungen unserem Land. Die rot-rote Landesregierung hat einen Berufsstand in Knebelhaft genommen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Torsten Koplin, PDS: Sie kennen doch die Position. Sie kennen doch die Bundesratsposition.)

Die Sozialministerin reitet verbale Attacken gegen Demonstranten, wie vorige Woche bei der Demo in Rostock zu beobachten während einer Presseerklärung – selbst war sie ja nicht da.

Meine Damen und Herren, das Stimmenwirrwarr dieser rot-roten und rot-grünen Politik ist langsam unerträglich. Noch im Wahlkampf haben die SPD und ihre Bundesgesundheitsministerin gerade den Forderungen der CDU nach Grund- und Wahlleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung eine Absage erteilt. Sie hat gesagt, es wären Sargnägeln für die solidarische Gesundheitsversorgung. Heute, meine Damen und Herren, ist das anders. Und da will ich Ihnen nur vier Beispiele bringen: Sie setzen

Kommissionen ein, mal bedienen sie die linke Ecke in der SPD, mal die rechte, einmal nennen sie es Strategiepapier – dieses kommt aus dem Bundeskanzleramt –, dann gibt es eine Schmidt-Kommission, schließlich wird die Rürup-Kommission eingesetzt und da der DGB nicht zu kurz kommen darf, wird man auch dort noch eine weitere Kommission einsetzen, die nach dem Prinzip „Hase-und-Igel-Wettbewerb“ arbeitet, meine Damen und Herren, denn Frau Engelen-Kefer darf nicht zu spät kommen. Sie will ja sozusagen die Botschaften zuerst verkünden.

Meine Damen und Herren, dann werden Testballons gestartet, wie zurzeit in allen Medien, ob im TV, im Radio oder auch in unseren Massenblättern zu lesen. Mal soll ein Arzt operieren wie in einer Kfz-Werkstatt, mal sollen befristete Zulassungen für Ärzte das Problem lösen. Dann wieder droht man mit Liebesentzug,

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

also, wenn es mal anders kommt, wollen die Krankenkassen den Ärzten sozusagen Zulassungen verweigern. Und es geht dann letzten Endes die Frage nach Bonus-systemen um und so weiter und so weiter.

Meine Damen und Herren, die Versorgungssicherheit ist von zentraler Bedeutung im Gesundheitswesen. Der Bürger muss die Gewissheit haben, dass Krankheit für ihn und seine Familie niemals zu einem existenzbedrohenden finanziellen Risiko werden darf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Der medizinische Fortschritt muss allen Bürgern zugute kommen. Und der alte Mensch darf nicht ausgegrenzt werden, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Hinzu kommt das Prinzip der wohnortnahen Versorgung im ambulanten und im stationären Bereich. Ich denke mal, das sind Dinge, die wir auch alle gemeinsam unterstreichen und auch unterschreiben können. Die Frage nach der fachärztlichen Versorgung oder nach der Frage des Hausarztes, denke ich, beantworten wir sehr unterschiedlich.

Die gegenwärtige rot-grüne Gesundheitspolitik, die sich aus Berlin kommend wie Mehltau über unser Land legt, wird zurzeit keine Besserungen erreichen. Im Gegenteil, es droht der Verlust von Qualität in der Versorgung und in der Versorgung, es droht der Verlust von Versorgungssicherheit und ein Verlust von Arbeitsplätzen, meine Damen und Herren. Wenn es so kommt, wie Sie es wollen, und Benchmarking das Modell der Zeit wird, dann, das sage ich Ihnen voraus, gefährden Sie 20 Prozent der Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und das, denke ich, kann nicht das Ziel für Mecklenburg-Vorpommern sein, für die Beschäftigten und für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Der Erste Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung, Richter-Reichhelm, wertet die Pläne der Bundesregierung, eine Nullrunde im Gesundheitswesen einzuführen, als Abwürgung des Beschäftigungsmotors der Jobmaschine Gesundheitswesen. Meine Damen und Herren, wo er Recht hat, hat er Recht.

Und den Osten – uns – trifft es mal wieder besonders hart, wo kaum Privatpatienten versichert sind, wo die Morbidität sehr hoch ist. Und auch die Reserven, die

Finanzreserven aller im Gesundheitssystem Beteiligten im ambulanten wie im stationären Bereich sind überschaubar. Wir haben nicht die Reserven, wie sie in den alten Bundesländern teilweise vorhanden sind.

Die niedergelassenen Ärzte werden abgestraft, sie werden fast als Unpersonen in den öffentlichen Darstellungen ausgewiesen. Denken Sie mal daran, vor zehn Jahren war der Arzt auf der Beliebtheitskala in der Öffentlichkeit noch unter den beliebtesten Berufen zwischen 1 und 5! Heute steht er auf Platz 15.

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Und wenn es so weitergeht, sage ich Ihnen voraus, werden wir auch im Bereich der medizinischen Ausbildung an unseren Hochschulen unsere Probleme bekommen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die Versorgung im ländlichen Raum ist heute schon gefährdet. In nächster Zeit werden über 700 Ärzte im stationären wie im ambulanten Bereich ersetzt werden müssen. Und da muss eben auch diese Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Kassen Vorsorge tragen.

Aber oftmals und in besonderer Weise misst man wohl der Autoindustrie mehr Bedeutung zu als dem Gesundheitswesen hier in diesem Land. Und ich verweise noch mal auf die Imagekampagne „MV tut gut“. Diese ist ja gerade auf das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern ausgerichtet, soll ausgebaut werden auf das ganze Land. Und andererseits gefährdet diese Politik in Berlin und auch teilweise in Schwerin, indem man nämlich nichts tut, indem man nur zuschaut,

(Torsten Koplin, PDS: Das ist doch gar nicht wahr. Das wissen Sie doch besser.)

den Sachen nicht entgegentritt, gefährdet diese Politik Arbeitsplätze, gefährdet das Image für Mecklenburg-Vorpommern.

Das dritte Mal in Ihrer Legislaturperiode haben Sie sozusagen ein Spargesetz auf den Weg gebracht.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir!)

Ja, Sie als Genossinnen und Genossen,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Wir können wirklich sagen, wir waren immer beteiligt.)

Sie als Wohlbeter für Berlin. Sie haben damals 1998 angekündigt, dass alles viel besser wird, Sie sind für soziale Gerechtigkeit.

(Regine Lück, PDS: Sind wir auch.)

Mittlerweile haben Sie das dritte Spargesetz auf den Weg gebracht, meine Damen und Herren. Und das ist Ihre Verantwortung, nicht unsere!

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Daran müssen Sie gemessen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

Wie sind denn die Auswirkungen, die Sie gerade wieder wohlwollend beschlossen haben?

(Torsten Koplin, PDS: Wir haben nicht die Auswirkungen beschlossen.)

Die Auswirkungen heißen: minus 3,5 Milliarden Euro Einsparungen im System. Das ist Ihre Botschaft.

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Seehofer wollte 25 Milliarden einsparen.)

Und die Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern sind erkennbar. Sie haben wohl vergessen, dass die Uni Greifswald geschlossen hat, weil 20.000 Überstunden nicht bezahlt werden konnten,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist nur das Klinikum, nicht die ganze Uni.)

weil die Fallzahlen ausgereizt waren?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie haben wohl vergessen, dass es Probleme in den Krankenhäusern im Land Mecklenburg-Vorpommern gibt?! Sie haben vergessen, dass es in Güstrow Probleme gibt. Alles das ignorieren Sie. Man hört von Ihnen nichts und von dieser Regierung gar nichts. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD.

(Reinhard Dankert, SPD: Dann mal los, Herr Doktor!)

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, dann mal los!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Glawe, zur Auseinandersetzung im Bereich der Gesundheit gehört nach meiner Auffassung gerade in einer solchen Aktuellen Stunde auch eine gewisse Ehrlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Torsten Koplin, PDS: Richtig. – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Und wenn wir eine ehrliche Auseinandersetzung führen wollen, Herr Glawe, dann sollten Sie den Menschen in unserem Land auch erzählen, welche Folgen es gehabt hätte, wenn Herr Stoiber mit seiner Klage vor dem Verfassungsgericht gewonnen hätte

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

und den Risikostrukturausgleich abgeschafft hätte. Unsere Kassen wären ruiniert und wir hätten überhaupt kein Gesundheitssystem mehr.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja.)

Erzählen Sie den Menschen,

(Harry Glawe, CDU: Über den Risikostrukturausgleich reden wir noch.)

erklären Sie den Menschen auch, dass bei einer Umsetzung Ihres Gesundheitsprogramms vor der Wahl Sie als Union zum Totengräber

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

des Solidaritätsprinzips geworden wären!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie hätten unzählige Menschen von der bestmöglichen medizinischen Versorgung ausgeschlossen.

(Harry Glawe, CDU: Nein.)

Das ist unsozial und das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Junge, Junge!)

Deswegen werden wir eine Reform einführen, die alle Bereiche betrifft.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr sozial! Alle werden ausgeschlossen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es bleibt zunächst einmal festzuhalten, dass in unserem Land auch durch politische Entscheidungen, die von allen Parteien getragen wurden, die gesetzlichen Krankenkassen mit Mehrausgaben oder vielleicht auch mit Mindereinnahmen belastet wurden.

(Harry Glawe, CDU: Das ist richtig.)

Ich erinnere da nur an das Rentenreformgesetz von 1992,

(Torsten Koplin, PDS: Fürchterlich!)

das eben die sozial Schwächeren in unserem Land entlastet hat. Und das wollten wir alle, die CDU, die SPD und die F.D.P. Nach neueren Berechnungen führte allein das Rentenreformgesetz im Zeitraum von 1995 bis 2003 zu Mindereinnahmen oder Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe von 22 Milliarden DM. Auch dafür sind wir als Politiker alle verantwortlich.

Zudem finanziert die gesetzliche Krankenkasse eine Reihe von Leistungen, die Ihrer Auffassung nach gesamtpolitische Aufgaben sind. Ich nenne hier nur als Beispiele das Mutterschaftsgeld, Entbindungsgeld, Krankengeldzahlung bei Erkrankung von Kindern und so weiter. Eine Entlastung der Kassen in diesem Bereich beziehungsweise eine Umstellung der kassenfremden Leistungen auf Steuerfinanzierung ist in Anbetracht der angespannten wirtschaftlichen Lage eben nicht möglich, aber auch vor allen Dingen politisch nicht gewollt. Jedoch sollte man künftig darauf verzichten, die Kassen in dieser Form weiter zu belasten. Das werden wir auch nicht tun mit der neuen Gesundheitsreform.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU – Harry Glawe, CDU: Jaja. Sie belasten ja die Kassen noch. Sie greifen doch jeden ab.)

Neben der schlechten wirtschaftlichen Lage in unserem Land und der hohen Arbeitslosigkeit sowie Verschiebungen in der demographischen Entwicklung, die in hohem Maße für den bedenklichen finanziellen Zustand unserer Kassen verantwortlich sind, gibt es aber auch systemimmanente Schwächen. Nehmen wir als Beispiel nur einmal das so genannte Doktorshopping. Nach Einführung der Chipkarte ist es jedem Versicherten möglich, ohne Beschränkung bei verschiedenen Ärzten unterschiedlicher oder gleicher Fachrichtung vorstellig zu werden. Diese Variante der offensichtlich falsch verstandenen freien Arztwahl führt zu erheblichem Kostendruck bei den Kassen und höhlt das Solidarprinzip aus. Es gilt also künftig, nicht nur überflüssige Mehrfachdiagnosen zu vermei-

den, sondern auch den Risiken einer teuren und oft gefährlichen Mehrfachmedikation vorzubeugen. In diesem Zusammenhang sei beispielhaft auf das Modellprojekt der Gesundheitskarte Schleswig-Holstein verwiesen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Abhilfe könnte hier eine Aufwertung des Hausarztprinzips schaffen. Das heißt, Facharztbesuche nur mit Überweisung, Hausarztwechsel nur nach Anmeldung bei der Kasse.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern wäre eine Aufwertung des Hausarztes vor allem auch honorartechnisch ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Grundversorgung und ein nicht zu unterschätzender Anreiz, um die niedergelassenen und niederlassungswilligen Hausärzte im Land zu halten. Allerdings müssten dann bei den Kassenärztlichen Vereinigungen auch die Schwerpunkte im Verteilungskampf um die Honorare anders ausgerichtet werden. Das ist ein hohes Defizit auch der Kassenärztlichen Vereinigung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Immer drauf!)

Weiterhin weisen die Kassen immer wieder darauf hin, dass Finanzierungsprobleme auch durch medizinisch unbegründete Leistungsmengen entstehen. So werden in Deutschland beispielsweise doppelt so viele Herzkatheeteruntersuchungen durchgeführt wie im europäischen Durchschnitt, obgleich die diesbezügliche Erkrankungsrate im europäischen Durchschnitt liegt. Diese Überversorgung mit teurer Diagnostik muss die Solidargemeinschaft tragen. Ebenso verhält es sich mit den immer wieder angeprangerten parallel organisierten Versorgungsstrukturen im niedergelassenen Bereich und in den Krankenhäusern, die letztlich zu unnötigen Doppeluntersuchungen und zu vermeidbaren Kosten führen. Langfristig wird sich auch für unser Bundesland die Frage stellen, wie sinnvoll ist denn die strikte Trennung der Versorgungsbereiche und wie kann eine bessere Verzahnung erreicht werden, um weitere unnötige Kosten zu vermeiden.

Zu einer Reform des Gesundheitswesens gehört natürlich auch eine nachhaltige Überprüfung der Arzneimittelversorgung. Die konsequente Ausrichtung der Zielstellung im Hinblick auf kartellrechtlich abgesicherte Festbetragsregelungen und die Einführung einer Positivliste ist meines Erachtens unabdingbar, um den Kostendruck zu reduzieren.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD –
Harry Glawe, CDU: Jaja, 1995 haben Sie
die abgelehnt. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das hatten wir doch schon mal.)

Andererseits sind natürlich auch die Kostenträger aufgefordert,

(Harry Glawe, CDU: Wissen Sie, wer die abgelehnt hat? Schröder und Clement und Eichel!)

eine selbstkritische Nabelschau zu halten. Brauchen wir denn wirklich so viele Kassen?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schröder, Clement
und Eichel haben das abgelehnt. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sind die Einsparpotentiale in den Verwaltungen denn wirklich schon erreicht? Gerade in den angesprochenen Bereichen ist die Trennlinie zwischen notwendiger Vielfalt und tatsächlicher Überversorgung nicht immer klar.

Eine Reform des Gesundheitswesens durchzuführen ist sicher eine der unangenehmsten Aufgaben, die eine Regierung zu vergeben hat. Das musste auch Herr Seehofer schon erfahren, wie Sie sicherlich wissen. Um letztendlich erfolgreich zu sein, muss man zu einem Rundumschlag ausholen und sozusagen allen Interessenverbänden auf die Füße treten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist so.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Ja, da kommen Sie doch nicht drum rum.

(Harry Glawe, CDU: Da sind Sie gerade bei.)

Was wollen Sie denn?

Wir müssen die Versicherten zu mehr Eigenverantwortung erziehen, die Kassen und Kassenärztlichen Vereinigungen zu straffen und effizienteren Strukturen zwingen. Wir werden massive Verteilungskämpfe innerhalb der Ärzteschaft auslösen und wir werden die Gewinnspannen der Pharmaindustrie und der Apotheken beschneiden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Da bleiben natürlich nicht viele Freunde. Offensichtlich scheuen Sie den Konflikt, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Bitte? – Torsten Koplin, PDS:
Gleich und Gleich gesellt sich gern.)

Genau in diese Richtung aber ...

(Harry Glawe, CDU: ..., dass die Apotheker
25 Prozent beizusteuern haben. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Genau in diese Richtung aber zielt ...

Kennen Sie auch die Gewinnspannen der Apotheken? –
Danke.

(Harry Glawe, CDU: Das
kostet zu viel Arbeitsplätze.)

Genau in diese Richtung aber zielt das Vorschaltgesetz. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, ich kenne keinen einzigen Sozialdemokraten, der dieses Gesetz bejubelt. Vor allem auch deswegen nicht, weil es Unausgewogenheiten zwischen Ost und West aufweist.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. –
Harry Glawe, CDU: Ja, das ist wahr. Das ist
wahr. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Schließlich müssen die Ärzte auf weitere Angleichungen der Vergütung zwischen Ost und West verzichten. Im Klartext heißt das natürlich, und da stimme ich Ihnen zu, Herr Glawe, die Nullrunde ist eine Minusrunde. Alles unbestritten.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Guck an! –
Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Dennoch war der Schritt notwendig, um eine sichere und solide Planungsgrundlage für die anstehenden umfassenden Reformen zu schaffen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht richtig.)

Denn dass wir diese Reform dringend brauchen, ist ebenfalls unstrittig.

(Angelika Gramkow, PDS:
Es hätte eine Lösung gegeben.)

Es ist daher – trotz aller Befindlichkeiten – notwendig, dass die Politik ein geschlossenes Gegengewicht zu den Interessenvertretern aufbaut und den gemeinsamen Willen zu einer sicherlich auch schmerzhaften Reform bekundet.

Ich denke, wir wollen alle ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das auf dem Solidarprinzip aufbaut und auf der Selbstverwaltung und jedem Bürger die bestmögliche Versorgung bei sozialverträglichen Beiträgen gewährt. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung, dies auch gegen starken Druck politisch umzusetzen. Allerdings wird uns das nur gelingen, wenn wir auch konstruktiv zusammenarbeiten. Da ist es wenig hilfreich, die Ängste der Menschen zu instrumentalisieren und sie zum politischen Schaulaufen zu missbrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Lassen Sie uns doch mal formulieren, was wirklich wichtig ist für unser Land, gesundheitspolitisch, was sofort geändert werden muss! Wichtig ist erstens, dass das 12. Änderungsgesetz zum SGB V endlich rechtskräftig wird, damit die für das Optionsmodell gemeldeten Krankenhäuser abrechnungstechnisch nicht länger zwischen Baum und Borke klemmen. Das ist vom Bundesrat ja abgelehnt worden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zum anderen ist wichtig, dass im Hinblick auf den Nachtragshaushalt dem enormen Investitionsbedarf der Krankenhäuser Rechnung getragen wird

(Harry Glawe, CDU: Und
dann kam die Nullrunde.)

und wirklich ernsthaft darüber nachgedacht wird,

(Harry Glawe, CDU: Sie müssen
schon bei der Wahrheit bleiben!)

wie man die pauschalen Fördermittel erhöhen kann.

Trotz aller Zwischenrufe, Herr Glawe, denke ich, dass die Zusammenarbeit von uns Gesundheitspolitikern hinter den Kulissen, wenn wir nicht gerade zum Schaulaufen gezwungen sind, doch recht ordentlich ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Wir werden uns auch, wie wir das bereits im Falle des Krankenhauses Güstrow gemacht haben, verständigen und nach gemeinsamen Lösungswegen suchen.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist gut. An seinem Sachverstand kommen Sie nicht vorbei. Da haben Sie Recht.)

Deswegen denke ich, dass wir uns zusammenraufen sollten und das Bestmögliche für unser Land hier herausholen sollten. Ich wünsche mir sehr, dass von diesem konstruktiven Geist auch die Debatte zur Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern geprägt ist. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

(Lorenz Caffier, CDU: Aktuelle Stunde,
das geht nicht. – Harry Glawe, CDU:
Aktuelle Stunde! – Angelika Gramkow, PDS:
Das geht doch nicht, Frau Präsidentin.)

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Frau Gramkow von der Fraktion der PDS.

(Harry Glawe, CDU: Oh, jetzt kriegen wir was!)

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Menschen sind verunsichert. Und Sie, meine Damen und Herren von der CDU, aber, ich glaube jetzt, vielleicht wir alle mit dieser heutigen Debatte schüren diese Ängste und Sorgen weiter.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und Sie, meine Damen und Herren von der CDU, lenken von Ihrer eigenen Verantwortung

(Harry Glawe, CDU: Was?!)

für die Gesundheitspolitik der 80er und 90er Jahre wie immer fein säuberlich ab.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Harry Glawe, CDU,
Dr. Armin Jäger, CDU, und Udo Timm, CDU)

Die Auswirkungen der rot-grünen Gesundheitspolitik sind eben keineswegs so schwarz oder so weiß oder so rot, wie Sie sie gezeichnet haben, Herr Glawe.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Erinnern wir uns einmal, Herr Born! 1998 musste die SPD-Bundesregierung die unsozialen Gesetzgebungen der Kohl- und Seehofer-Ära korrigieren.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Und die PDS hat dies aus gutem Grund damals unterstützt.

(Harry Glawe, CDU: Da haben Sie doch noch
eine Million Reserve gekriegt von uns. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir wollten nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger auch von Mecklenburg-Vorpommern weiterhin Monat für Monat das Krankenhausnotopfer zu zahlen haben, während die Pharmakonzerne Gewinne realisierten, die alle Rekorde brachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplin, PDS –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ein Opfer verlangte die ehemalige CDU-geführte Regierung den Pharmakonzerne nicht ab.

(Harry Glawe, CDU: Es geht um Investitionen für Krankenhäuser, Frau Gramkow.)

Und, Herr Glawe, wir wollten damals,

(Harry Glawe, CDU: Wir wollten
moderne Krankenhäuser.)

dass junge Menschen, die nach 1978 geboren wurden, gar nicht erst gezwungen werden, ihre Zahnersatzleistung selbst zu bezahlen. Denn genau das hatten Sie vor.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Harry Glawe, CDU:
Das machen Sie doch jetzt wieder.)

Und es war Ihnen ganz offenkundig völlig egal,

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie
jetzt gerade wieder. Sie haben die Mehrwertsteuer in diesem Bereich erhöht. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

ob man jemandem an den Zähnen ansieht, aus welchen sozialen Verhältnissen man stammt.

(Harry Glawe, CDU: Von 7 auf 16 Prozent!)

Und genau dies unterscheidet uns, die PDS und die CDU,

(Harry Glawe, CDU: Überhaupt nicht!
Sie haben gerade dort beschlossen, die Mehrwertsteuer wieder raufzusetzen.)

in der Frage der Gesundheitspolitik voneinander. Sie haben die Privatisierung des Krankheitsrisikos vor. Sie unterhöhlt den Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, nämlich das Sozialstaatsgebot.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: ... vorbeugende
Prophylaxe ist wichtig, Frau Kollegin.)

Zu bewirken, Herr Glawe, und es hier nicht auszusprechen, dass der Gesundheitsstatus eines Menschen zukünftig von seinem Geldbeutel abhängen soll,

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie doch.)

verletzt die Würde des Menschen.

(Harry Glawe, CDU: Das machen
Sie doch mit der SPD zusammen.)

Und diese Politik ist mit der PDS letztendlich nicht zu realisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und auch ich will darauf verweisen, dass Ihr Beifallklatschen von diesen Rängen zum Versuch von Stoiber, Teufel und Co, den Risikostrukturausgleich zu kippen, letztendlich nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zwischen Boizenburg und Löcknitz gewesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, in den zurückliegenden Jahren, ja, hat die rot-grüne Bundesregierung gesundheitspolitische Gesetze und Reformen auf den Weg gebracht, die wir als PDS differenziert betrachten. Es fand und findet unsere Unterstützung, dass die hausärztliche Versorgung gestärkt wird. Die Stärkung des Präventionsgedankens wird von uns mitgetragen und weiterhin unterstützt. Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Qualitätssicherung im medizinischen Bereich aufgewertet wird.

Gerade im Gesundheitsbereich kam es in der Vergangenheit jedoch auch – und nicht nur, weil es Demonstrationen gibt – in den so genannten Jahrhundertreformen zu ungelösten Problemen. Und in dieser Hinsicht unterschei-

den sich die Prioritäten der rot-grünen Gesundheitspolitik nicht so sehr von der Politik der Vorgänger. Sie haben jeweils bislang die Gesundheitspolitik im Auge, die ausschließlich auf Lohnkostenproblematik ausgerichtet ist. Wir haben es auch eben leider gehört. Auf die Gesundheit des Menschen – das können Sie drehen, wie Sie wollen – lassen sich jedoch nicht ausschließlich ökonomische Kennziffern und Kategorien anwenden. Wer dies tut, sieht im Gesundheitsbereich nicht die Chance für Fortschritt und Innovation, für neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung, sondern einzig und allein einen Kostenfaktor, den es zu dämpfen gilt.

Weil aus unserer Sicht diese Diagnose des Problems falsch ist, muss zwangsläufig auch die Therapie ins Leere laufen. Deshalb stehen wir erneut vor der Diskussion um eine Gesundheitsreform. Erneut werden wir prüfen, was an den Reformvorschlägen verfassungsmäßig korrekt und für die Menschen in unserem Land gut ist. Aber es sollte uns doch endlich gelingen, beide Seiten des Gesundheitssystems gleichermaßen als bedeutsam zu begreifen, nämlich die Ausgaben- wie die Einnahmeseite. Und das kommt bisher zu kurz.

Meine Damen und Herren, die PDS steht für eine solidarische und bedarfsorientierte Gesundheitssicherung. Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern konzentriert sich dabei auf unsere landespolitische Verantwortung, ohne bundespolitische Geschehnisse gerade in diesem Bereich außer Acht zu lassen. Davon zeugt nicht zuletzt die Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der PDS. Wir haben darauf Wert gelegt, dass die Frage der Prävention hier besonders hervorgehoben wird und die Rahmenbedingungen für das Wirken von Selbsthilfegruppen ein neues Gewicht erhalten. Die PDS hat sich für die wohnortnahe stationäre medizinische Versorgung in hoher Qualität ausgesprochen und ausdrücklich haben die Partner vereinbart, die Krankenhausinvestitionen auf hohem Niveau fortzuführen und die so genannte pauschale Krankenhausförderung, nämlich die Investitionen in medizinische Geräte und Ausstattungen, zu verbessern.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Und wenn Sie von der CDU so tun, als wenn es dies alles nicht geben würde und Unklarheiten bestehen würden, dann tragen Sie zur Verunsicherung hinsichtlich der medizinischen Versorgung der Menschen und letztendlich auch der Leistungsträger im Land Mecklenburg-Vorpommern bewusst bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Harry Glawe, CDU:
Das glauben Sie doch alleine nicht.)

Und ich will in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt lassen, der Erhalt aller Krankenhausstandorte in Mecklenburg-Vorpommern als Grundlage für eine flächendeckende Krankenversorgung in unserem Land wurde in der letzten Legislaturperiode umgesetzt und war wahrlich keine Selbstverständlichkeit. Und hierfür hat das PDS-geführte Ministerium besondere Verantwortung, besonderes Engagement gezeigt und letztendlich auch die PDS ihr Wahlversprechen gehalten, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Ja, dafür
haben Sie Betten abgebaut.)

Meine Damen und Herren, und weil dies so bleiben soll, verfolgt die PDS aufmerksam die aktuelle rot-grüne Gesundheitspolitik. Die Ende vergangenen Jahres auf Bun-

desebene diskutierten Vorschaltgesetze betrachten wir, wie sollte es anders sein, zwiespältig.

(Harry Glawe, CDU: Aha! Was heißt denn das?)

Dort, wo die Solidarität Stärkung erfahren hat, wie bei der Inanspruchnahme der Pharmaindustrie und des Pharmagroßhandels, haben wir unsere volle Zustimmung signalisiert und diese wurde auch gefunden. Dort, wo ein Gebot der Stunde, die Angleichung der Verhältnisse zwischen Ost und West, grob missachtet wurde, wie bei der so genannten Nullrunde der Leistungserbringer, haben wir kritisiert, haben wir es laut gesagt.

(Harry Glawe, CDU: Da hab ich nicht viel gehört.)

Und es war die Sozialministerin dieses Landes – im Auftrage der Landesregierung dieses Landes –, die versucht hat, einen Lösungsvorschlag dafür zu unterbreiten, der leider in der Diskussion zwischen westdeutschen und ostdeutschen Ländern wie so oft zu Ungunsten der ostdeutschen Länder auf der Strecke geblieben ist. Wir sollten erneut darüber diskutieren, wenn es uns ernst ist.

Als PDS verlangen wir von den zukünftigen Maßnahmen der Bundesregierung auf gesundheitspolitischem Gebiet, dass die Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten und nicht ökonomische Erwägungen in erster Linie im Vordergrund zu stehen haben. Wir erwarten eine deutliche Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Situation in den neuen Bundesländern und insbesondere auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Und wir fordern von der Bundesregierung eine berechenbare Politik und nicht eine solche, wo aus dem Bundeskanzleramt die eine Richtung propagiert wird, aus dem Bundesgesundheitsministerium eine andere und von einer demokratisch nicht legitimierten Kommission viele weitere. Dies untergräbt die Glaubwürdigkeit von Politik und schadet letztendlich uns allen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin!

(Harry Glawe, CDU: Das ist die Präsidentin.)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Anwesende! Ärztedemo in Rostock, Teilschließung der Unikliniken in Greifswald, jeden Tag ein neuer Vorschlag aus der Rürup-Kommission, das Strategiepapier aus dem Kanzleramt, Schmidt gegen Schröder, Seehofer in Lauerstellung, Nullrunde und doch steigende Beiträge – so die Schlagzeilen. Das deutsche Gesundheitswesen ist in diesen Tagen und Wochen Dreh- und Angelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung nicht nur in unserem Bundesland, sondern auch auf der Bundesebene und nicht zuletzt in den Wahlkämpfen in Hessen und Niedersachsen. Insofern begrüße ich sehr die von der Opposition gewünschte Gelegenheit, dass sich der Landtag mit den Auswirkungen der Regierungspolitik auf das Gesundheitswesen unseres Landes befasst.

Im Unterschied zur Opposition allerdings sehe ich keine Veranlassung zur Schwarzmalerei. Gewiss, wir haben eine

Reihe von Problemen. Die Ursachen dafür liegen aber nicht vorrangig in der jüngsten Zeit, sondern im Kern stellen sie doch eine Erblast der Gesundheitspolitik der früheren CDU-Regierungen dar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Heute soll ich nach Ihrer Auffassung endlich etwas für die Verzahnung von ambulantem und stationärem Sektor tun. Ja, liebe Herren und Damen Abgeordnete, wer hat denn kurz nach der Wende die funktionierenden Strukturen unserer Polikliniken und ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie wollen die alten Standards wiederhaben.)

Ja, darf ich die Frage noch einmal formulieren?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Vizepräsidentin – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, auch bei einer heißen Debatte bitte ich doch zuzuhören.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Wer hat denn kurz nach der Wende die funktionierenden Strukturen unserer Polikliniken

(Harry Glawe, CDU: Ausgewählte Patienten kriegen ausgewählte Medikamente. Das war ein tolles Gesundheitssystem. Das war das System der Polikliniken.)

und gegen den Willen der ostdeutschen Ärzte das bürokratische System der alten Bundesländer eins zu eins übernommen? Heute zeichnen Sie, anders als damals, ein düsteres Bild. Das halte ich für ebenso falsch wie die damaligen Versprechungen. Denn eines gilt ganz gewiss: Wer wie Sie immer wieder den Standort Mecklenburg-Vorpommern schlechtredet,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

der tut den Menschen in unserem Lande keinen Gefallen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Harry Glawe, CDU: Jaja.)

der beschädigt das, was wir uns und was wir auch gemeinsam an positivem Image in den letzten Jahren erarbeitet haben.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben die 2.000 Demonstranten in Rostock nicht gesehen.)

Mecklenburg-Vorpommern hat mit seinen 45.000 Beschäftigten im Gesundheitswesen eine gute Perspektive als Gesundheitsland. Wir werden uns auch bei den anstehenden Strukturumbrüchen erfolgreich behaupten.

PDS und SPD haben sich in der Koalitionsvereinbarung zu den Grundsätzen einer solidarischen Krankenversicherung bekannt. Wer dieses System beibehalten will, muss dessen Akzeptanz stärken. Das System muss bezahlbar bleiben. Die Bundesregierung hat im letzten Herbst erkannt, dass die Einkommens-, aber auch die Ausgabenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung noch weitere Beitragssteigerungen erforderlich gemacht hätten. Sie hat Maßnahmen ergriffen, um hier gegenzusteuern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Das ist gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das ist aber auch gut für die Arbeitgeber.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Ein Gegensteuern war erforderlich und findet grundsätzlich meine volle Unterstützung.

Wenn man allerdings Einschnitte macht, dann müssen diese auch gerecht verteilt sein. Die Nullrunde, diesen Standpunkt habe ich bereits mehrfach öffentlich vertreten, ist für die Vertragsärzte und die Krankenhäuser in den neuen Ländern eine besondere Verzichtsrunde, da hier nicht nur die 0,8 Prozent Steigerung entfallen, sondern auch die Angleichungsstufe von 1,28 Prozent ausgesetzt wird. Wir, die rot-rote Landesregierung, wollten diese Zusatzbelastung der ostdeutschen Ärzte verhindern. Wir hätten das sehr gern getan. Ich habe dazu im Bundesrat, wie bereits Frau Gramkow sagte, einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ihre Brandenburger Parteifreunde haben den Antrag unterstützt. Ein Stück Ungerechtigkeit wäre damit zu korrigieren gewesen. Leider gab es aber weder die Unterstützung aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und Fehlanzeige selbstverständlich auch aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD – Glocke der Vizepräsidentin – Harry Glawe, CDU: Drei Viertel der Gesetze im Deutschen Bundestag sind nicht zustimmungspflichtig im Bundesrat, Frau Ministerin.)

Das sind die Auswirkungen unionsgeführter Gesundheitspolitik auf Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Da haben Sie, verehrte Damen und Herren von der CDU, eine echte Chance verpasst.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Lassen Sie uns aber noch einmal ganz konkret die Situation und Perspektive der wesentlichen Akteure der Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern analysieren. Wie steht es um die Kassenärzte, die Apotheker, die Krankenhäuser und die Reha-Kliniken hier im Lande?

(Harry Glawe, CDU: Dafür haben wir den Landeskrankenhausplan.)

Was ist bei der anstehenden Strukturdebatte aus der Sicht des Landes besonders wichtig?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich unterstütze und verstehe die Sorgen und Nöte und gerade nun auch den Frust von Ärztinnen und Ärzten bei uns. Wer glaubt, dass die finanziellen Lasten einer Gesundheitsreform überproportional von den Ärztinnen und Ärzten in den neuen Ländern zu tragen seien, ist auf dem Irrwege. Wer die Versorgung der Patienten mit ambulanten Leistungen sichert und dabei je Versicherten nur 80 Prozent der im Westen aufgewendeten Gelder ausgibt, der verdient unser Lob und der verdient materielle Anerkennung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Ansehen und Handeln gehen aber weit auseinander.)

In der Öffentlichkeit ist viel vom Ärztenotstand die Rede. Vertreter der Krankenkassen haben in diesem Zusammenhang von falschem Sozialalarm gesprochen. Die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte. Gerade bei den Hausärzten haben wir in den nächsten fünf Jahren allerdings einen schwierigen Generationswechsel zu bewältigen. Mehr als 30 Prozent von ihnen werden die Altersgrenze erreichen und ich sehe diese Entwicklung als Chance. Bei einem vernünftigen Zusammenwirken können Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung hier steuernd einwirken und auch die unterschiedliche demographische Entwicklung mit berücksichtigen. Noch haben wir alles in allem im ambulanten Bereich in unserem Lande eine Überversorgung. Praxisnachfolgen in den kommenden Jahren können wir zur Beseitigung beziehungsweise auch zur Minimierung von Disproportionen nutzen. Vieles ist hier denkbar, auch um die Versorgung in der Fläche zu sichern. Die gesetzliche Aufgabe für die Sicherstellung auch in der Versorgung liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Auch auf diesem Wege möchte ich hier von dieser Stelle noch einmal an Krankenkassen und auch an die Kassenärztliche Vereinigung mein Angebot erneuern, die begonnenen Gespräche über effektive Lösungen fortzusetzen.

Rot-Grün für die besondere Situation in Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich zu machen halte ich für ungerecht. Mit dem Gesetz über die Einführung des Wohnortprinzips hat diese Regierung in der letzten Legislaturperiode eine entscheidende Verbesserung der Honorarsituation für die Ärzte in den neuen Ländern ermöglicht. Das wird schnell in den Hintergrund gedrängt, wie die Diskussion hier zeigt. Auch auf Betreiben einer Reihe von engagierten Gesundheitspolitikern aus den neuen Ländern hat sich die Bundesgesundheitsministerin in den letzten Wochen mehrfach zur Notwendigkeit einer Ost-West-Angleichung der Honorare der Ärztinnen und Ärzte in den neuen Ländern ausgesprochen. Ich habe diesen Punkt in meiner noch kurzen Amtszeit bereits mehrfach in Berlin vorgetragen, sie in ihrem Anliegen unterstützt und Sie können sicher sein, dass ich das auch in der Zukunft immer wieder und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit tun werde.

Die Zukunft der Krankenhauslandschaft unter den neuen Rahmenbedingungen war Gegenstand einer Anhörung des Sozialausschusses Anfang diesen Monats. Das Jahr 2003 ist für die Krankenhäuser des Landes, es wurde bereits angedeutet, mit grundlegenden Veränderungen verbunden. Mit dem Fallpauschalensystem wird ein komplett neues Entgeltsystem eingeführt. Noch dazu gibt es in diesem System eine ganze Reihe von ergänzenden Bestimmungen, die es jetzt erst einmal umzusetzen gilt. Es war aus meiner Sicht gut und richtig, an einem solchen Wendepunkt und auch gleich zu Beginn des Jahres noch einmal alle Beteiligten zu Wort kommen zu lassen. Für diese Initiative und die Anregungen möchte ich mich deshalb bei dieser Gelegenheit bei allen Abgeordneten bedanken. Kritik in einzelnen Punkten ja, aber grundsätzlich wird die Umstellung auf das Fallpauschalensystem begrüßt. Das war der Tenor dieser Anhörung.

Bis zum 31.10.2002 haben 13 Krankenhäuser in unserem Lande erklärt, im Jahre 2003 mit dem neuen System abrechnen zu wollen. Diese Häuser sind dann von der

Nullrunde ausgenommen. Im Zuge des 12. SGB-V-Änderungsgesetzes wurde den Krankenhäusern, die noch bis zum Ende des Jahres 2002 eine solche Erklärung abgegeben haben, die Teilnahme am Fallpauschalensystem und damit am neuen Finanzierungssystem eröffnet. Geht es nach Rot-Grün, sind auch diese Häuser von der Nullrunde im Krankenhausbereich ausgenommen. Das setzt aber die Zustimmung des Bundesrates zum 12. SGB-V-Änderungsgesetz voraus.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das hat die Union bisher mit ihrer Blockademehrheit im Bundesrat verhindert.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Sowohl die Krankenhausgesellschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern wie auch der Landkreistag haben aus Anlass der Anhörung des Sozialausschusses darum gebeten,

(Harry Glawe, CDU: Die Bundesministerin
hat den Termin auf den 31.01. verlegt.)

diese Blockadehaltung doch nun endlich aufzugeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Deshalb nutzte ich heute und hier die Gelegenheit, auch noch einmal an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zu appellieren,

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

Ihren Einfluss auf die CDU-geführten Landesregierungen geltend zu machen im Interesse unseres Landes und überhaupt im Interesse der neuen Bundesländer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vielleicht fällt diese Zustimmung ja leichter, wenn die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen erst einmal vorbei sind.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Da lass ich mich überraschen.)

Hier sind nun wirklich kurzfristig Auswirkungen für unsere Krankenhäuser spürbar. Das sind dann nicht mehr Folgen rot-grüner Gesundheitspolitik, sondern das haben Sie dann – im negativen Falle – als CDU zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

In die 35 Krankenhäuser unseres Landes sind seit 1991 2,3 Milliarden DM investiert worden.

(Harry Glawe, CDU: ... die Bereitstellung
von Mitteln für Soft- und Hardware
und für die Modellversuche.)

Die Krankenhäuser in der Fläche haben eine enorme beschäftigungspolitische Bedeutung. Sie sind ganz besonderen Anforderungen im neuen Fallpauschalensystem ausgesetzt. Einerseits werden sie zur Sicherung der Versorgung dringendst benötigt, andererseits dürfte ihnen aber in der Perspektive ein weiteres Ausformen der Spezialisierung bevorstehen. Im Interesse einer hohen Qualität der medizinischen Versorgung verlangt das Fallpau-

schalensystem bestimmte Mindestmengen von Behandlungen. Rot-Grün geht hier den richtigen Weg, denn es kann nicht sein, dass hochkomplizierte Operationen wie zum Beispiel das Einsetzen einer Knieendoprothese nur zweimal im Jahr durchgeführt werden und dass eventuell durch mangelnde Erfahrungen des Operateurs mit einer hohen Komplikationsrate gerechnet werden muss.

Wir suchen deshalb nach Konzepten, wie wir besonders die kleinen Häuser in der Fläche zukünftig zu Gesundheits- und Kompetenzzentren ausbauen können. Dafür gibt es in Anbetracht der unterschiedlichen Ausgangssituationen eben keinen idealtypischen Weg. Aber wir brauchen den Suchprozess nach sinnvollen Betriebsformen, damit sich verstärkt derartige Zentren mit einer Verzahnung von stationärer und ambulanter Behandlung entwickeln können. Gerade als Flächenland bieten sich hier für uns in der Perspektive Chancen, deren Bedeutung wir in den nächsten Wochen herausarbeiten werden, gemeinsam herausarbeiten werden.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt aber darüber hinaus über 65 hochmoderne Reha-Kliniken. Seit 1991 hat sich die Bettenzahl in diesem Bereich vervierfacht. Natürlich könnten wir in diesem Bereich noch viel mehr leisten, wenn wir die vorhandenen Kapazitäten wirklich voll ausfahren könnten. Hier gebe ich mich allerdings keinen Illusionen hin. Unser Bestreben muss es vielmehr sein, Schaden insgesamt von der guten Reha-Landschaft in unserem Lande abzuwenden. Bei allen Sparzwängen kann es nicht unser Interesse sein, zu Lasten der neuen Länder die gerade aufgebauten Strukturen in Frage zu stellen.

Natürlich gibt es auch bei der Apothekerschaft des Landes Sorgen. Wir werden hier Obacht geben müssen, dass insbesondere die Versorgung in der Fläche mit den oft kleineren

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig, Frau Ministerin, sehr richtig! Gut erkannt! Gut erkannt!)

und umsatzschwächeren Apotheken gewährleistet werden kann. Wer allerdings die Ausgabenentwicklung für Arzneimittel insgesamt in der gesetzlichen Krankenversicherung, aber auch insbesondere in unserem Lande verfolgt, kann nicht ohne Verständnis für auch einschneidende Schritte sein. Fakt ist doch, die Apotheken haben ihren Umsatz im Zeitraum von 1996 bis 2001, also innerhalb von fünf Jahren, um mehr als 22 Prozent auf 25,4 Milliarden Euro gesteigert.

(Harry Glawe, CDU: Ja, Umsatz.)

Für mich ist die Frage, wie lange sich eine Volkswirtschaft einen solch immensen Verbrauch von Arzneimitteln leisten will.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Folgt man vielen Experten, so ist der therapeutische Nutzen mancher kostentreibender Neueinführung fraglich.

(Harry Glawe, CDU: Ja, aber die neue
Positivliste hat auch ihre Macken.)

Die von uns als PDS in den letzten Jahren immer wieder geforderte Einführung einer Positivliste erscheint mir hier als ein richtiger, notwendiger Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und noch etwas: In der Strukturdebatte dieses Jahres wird für das Land Mecklenburg-Vorpommern die Frage des Risikostrukturausgleichs von besonderer Bedeutung sein. Die Sachverständigen haben im Herbst des letzten Jahres eine Forcierung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs gefordert. Der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg hin zu einem solchen Risikostrukturausgleich soll nach ihrem Willen sogar noch schneller gegangen werden. Wir werden diese Diskussion aufmerksam verfolgen. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben im Vergleich zu anderen Ländern schon aufgrund der Altersstruktur besonderes Interesse an dieser Frage.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Ich habe zu diesem Thema sowohl mit der AOK als auch mit den Ersatzkassen Gespräche geführt. Ganz ausdrücklich möchte ich Ihnen noch einmal sagen, dass mir die Vertreter der Kassen bei dieser Gelegenheit ihre volle Unterstützung für das Verhalten der Landesregierung in Bezug auf die Klage der Länder Bayern und Baden-Württemberg vor dem Bundesverfassungsgericht signalisiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Entscheidung des Bundessozialgerichtes vom Januar diesen Jahres ist hier für die neuen Länder ein Teilerfolg.

Alles in allem, verehrte Abgeordnete, lässt sich konstatieren: Die rot-grüne Gesundheitspolitik wird der Situation Mecklenburg-Vorpommerns weitaus besser gerecht als der Länderegoismus der Herren Stoiber, Koch und Teufel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Herr Abgeordneter Glawe, die ständige Untermauerung der Redebeiträge ist doch sehr störend und ich bitte es einzustellen. Und ich bitte auch insgesamt um mehr Ruhe im Plenarsaal, damit jeder den Redebeiträgen folgen kann. Danke schön.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte heute die Aktuelle Stunde nutzen und aus Sicht der CDU-Fraktion zum Thema Gesundheitspolitik doch einiges sagen. Ich hoffe, Herr Glawe hält sich daran und unterbricht mich dann auch nicht, so, wie er aufgefordert wurde.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS –
Minister Dr. Till Backhaus: Oha! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich möchte als Erstes mal auf einige Vorredner eingehen. Und zwar, sehr geehrte Frau Ministerin, das war wieder ganz typisch, was Sie hier von sich gegeben haben, nämlich Politik der PDS, dass Sie ständig darauf rumreiten und die CDU für alles verantwortlich machen wollen. Und wahrscheinlich stand in Ihrem Referat nicht drin, dass zum Beispiel die CDU in diesem Lande noch nie den Sozialminister gestellt hat.

(Andreas Bluhm, PDS: Oh, jetzt
wird das ja noch schlimmer!)

Das sollten Sie vielleicht mal zur Kenntnis nehmen, bevor Sie uns immer für alles verantwortlich machen!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich finde das ja gut von den Herren der SPD, dass sie die PDS so verteidigen.

(Heike Polzin, SPD: Das ist so in einer Koalition.)

Frau Gramkow, ich bin ja nun in der Stadtfraktion und im Kreistag tätig, aber so viel Polemik,

(Rudolf Borchert, SPD:
Seehofer hat in Bonn regiert.)

wie Sie hier an den Tag gelegt haben, muss ich sagen, habe ich in meiner politischen Laufbahn noch nicht erlebt.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Beifall bei einzel-
nen Abgeordneten der CDU)

Und ich sage Ihnen auch eins: Aus meiner Sicht leben Sie in einer Scheinwelt. Und diese Polemik, die Sie hier an den Tag legen,

(Ute Schildt, SPD: Herr Renz, zur Sache!)

da kann ich nur eins sagen, das ist die Politik des Wolfs im Schafspelz.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS –
Rudolf Borchert, SPD: Polemik haben
wir bisher nur von Herrn Glawe gehört. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und ich bin auch gerne bereit, das mit dem Risikostrukturausgleich hier noch mal zu erklären. Wenn Sie das anprangern, dann müssen wir mal sagen, es geht hier um eine Summe von 14 Millionen Euro. Es geht darum, dass Ersatzkassen, dass Betriebskassen, Private in diesen Fonds einzahlen und die Ortskassen aus diesem Fonds herausnehmen. So weit ist das ja auch okay und solidarisch. Aber es kann doch dann nicht sein, dass zum Beispiel die DAK in Mecklenburg-Vorpommern einen Beitragssatz hat von 15,2 Prozent und die AOK in Mecklenburg-Vorpommern 14,9 Prozent. Das hat doch nichts mit Gerechtigkeit zu tun! Das übersteigt ja noch die Gleichmacherei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Heißt das, die AOK
soll den Beitrag auch noch erhöhen?! –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und wenn die AOK auch noch in der Lage ist, ihren Mitgliedern dann vielleicht auch noch Rabatte zu geben,

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

dann kann ich nur sagen, das ist mit uns nicht zu machen.

(Rudolf Borchert, SPD: Die Bundes-
regierung hat eine andere Sichtweise. –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich möchte dann doch mal ein positives Wort an die SPD richten. Das hat mir also schon mal sehr gut gefallen, dass Herr Nieszery zumindest im Gegensatz zur PDS

erkannt hat, dass wir hier im Gesundheitswesen eine schwierige Situation haben. Von dieser Stelle aus muss ich sagen, da sind wir zumindest auf einer Linie.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich dachte ja wenigstens, Sie hätten zugehört.)

Ich kann natürlich nicht verstehen, warum Sie hier zum Schaulaufen gezwungen sind, Herr Nieszery. Sie sollten weiter bei der Wahrheit bleiben, so, wie wir das auch tun.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Torsten Koplin, PDS)

Aber ich muss Ihnen sagen, das hat bei allen Rednern bisher gefehlt

(Heike Polzin, SPD: Dafür sind Sie ja jetzt drin. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

und das unterscheidet uns eben, die PDS, die SPD von der CDU, nämlich dass wir auch mal die Ursachen, die Wurzeln untersuchen. Und dazu ist hier kein Wort gefallen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Rudolf Borchert, SPD: Jetzt bin ich ja gespannt.)

Es muss Ihnen doch endlich klar sein, meine Damen und Herren, dass die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, ich wiederhole das, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die Grundlage ist für eine solide Sozialpolitik. Das muss doch klar sein! Und dann müssen Sie doch auch in Ihren Redebeiträgen mal darauf eingehen und Sie tun es nicht.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, aber Sie haben ein anderes Thema gestellt.

Vielleicht kommen Sie da mal zu! – Dr. Ulrich Born, CDU: Also, Frau Gramkow!)

Ich nehme jetzt zur Kenntnis, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist Ihr Thema.)

Frau Gramkow, Sie hätten das beobachten sollen, ich habe Sie nicht einmal unterbrochen, nicht dazwischengelerufen, nichts.

(Heike Polzin, SPD: Nein, das war Herr Glawe.)

Ich erwarte von Ihnen die gleiche Fairness.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Ich habe ein Recht, dazwischenzurufen.)

Der Fakt ist einfach der, dass, und das wiederhole ich, die SPD Handlungsbedarf sieht im Gegensatz zur PDS. Es muss aber hier gesagt werden, wenn die Landtagswahlen gelaufen sind, und das ist eigentlich die Sache, die schon angesprochen wurde, wenn die Landtagswahlen gelaufen sind, dann wird es einen Offenbarungseid geben, weil nämlich konzeptionell hier bisher nichts passiert ist. Und diesen Vorwurf müssen wir der rot-grünen Politik machen. Und ich möchte da noch einen draufsetzen, nämlich, diese Untätigkeit, dass hier nur Stückwerk passiert, die führt dazu, dass sich die Krise im Gesundheitssystem verschärft. Und da werden wir eines Tages die Frage nach der Verantwortung stellen müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und die Folge wird nämlich sein, dass es zu krassen Einschnitten kommen wird, und das hängt nämlich mit Untätigkeit zusammen.

Die Frage ist, welches Ziel muss so eine Gesundheitsreform, zu der wir ja auch bereit sind, erfüllen. Und da sage ich Ihnen ganz deutlich von dieser Stelle, es muss eine exzellente medizinische Versorgung, also eine Sicherstellung der Versorgung aller Patienten erfolgen – und das will ich auch klar und deutlich sagen –, unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht und gesundheitlichem Zustand. Und es muss deutlich gesagt werden, im Mittelpunkt allen Handelns steht immer der Patient. Und da habe ich manchmal Probleme, wenn ich das hier höre. Um alles wird sich die Sache hier drehen, nur der Patient wird eventuell aus den Augen verloren – und das kann nicht sein.

(Angelika Gramkow, PDS: Das habe ich aber auch gesagt.)

Und wenn es um die Zukunft geht, Frau Gramkow, wenn es um die Zukunft geht, dann bleibt es Ihnen nicht erspart, das ist einfach so, Ursachenforschung zu beginnen, die Ist-Situation zu analysieren, denn nur aus der Ist-Situation können Sie Schlüsse für die Zukunft ziehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich stelle Ihnen gern unser Konzept zur Verfügung.)

Und da sage ich Ihnen eins: ...

Frau Präsidentin, versuchen Sie doch mal, die Fraktionsvorsitzende hier zu beruhigen!

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Glocke der Vizepräsidentin – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich will Ihnen noch mal drei Ursachen aus unserer Sicht sagen:

Erstens, auch wenn Sie das nicht hören wollen, ich muss es Ihnen trotzdem sagen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Solange die Zwischenrufe nicht im 15-Sekunden-Takt kommen, geht das ja noch.)

Erstens, die Kohl-Regierung, auf der Sie ja so rumreiten, die hat nämlich 1998 Reformen begonnen, die Kohl-Regierung hat die Reform begonnen. Und was ist dann 1998 gelaufen?

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Andreas Bluhm, PDS)

Dann hat die SPD ...

Ja, zu dem Thema komme ich noch, zu dem Thema komme ich noch. Dazu stehe ich auch, das werde ich auch öffentlich bekannt geben.

Diese Reformen, die wir 1998 eingeleitet haben,

(Andreas Bluhm, PDS: Da wurde er doch abgewählt. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

die sind nämlich aus wahltaktischen Erwägungen zurückgenommen worden. Und es wird sich zeigen, dass das ein Fehler war.

Dann Punkt 2: Die verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, ich habe das angedeutet, ist die einzig echte Ursache, die angepackt werden muss. Da nur mal als Schlagwort Lohnnebenkosten.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Wenn wir die Lohnnebenkosten weiter nach oben treiben, dann gefährdet das auch wiederum Arbeitsplätze.

Und das Dritte, was ich Ihnen sagen will: Was wir erkennen können, sind nur einzelne Bruchstücke, die herausgegriffen werden, und es werden keine Reformen in der Gesamtheit mit schlüssigen Gesamtkonzepten in Angriff genommen.

Wir müssen natürlich auch fairerweise sagen, ich wiederhole das, Herr Nieszery hatte das schon gesagt: Wir haben natürlich tief greifende Herausforderungen vor uns. Das sind Punkte wie die älter werdende Bevölkerung, der medizinische Fortschritt oder auch der wachsende Dienstleistungsbedarf in Medizin und Pflege. Und ein ganz entscheidender Punkt ist natürlich auch die sich verändernde Arbeitswelt. Das wird gravierende Auswirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme haben.

(Ute Schildt, SPD: Richtig.)

Das müssen Sie alle zur Kenntnis nehmen. Aber auch gerade aus diesem Grunde heraus ist es notwendig, dass wir eine ehrliche Bestandsaufnahme machen und dann eine Gesundheitspolitik konsequent neu ausrichten.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Und da sage ich Ihnen auch schon voraus, dass zu viel Staat – das ist nämlich das, was Rot-Grün macht – ein Irrweg sein wird, und der wird die Probleme nicht lösen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Torsten Koplin, PDS: Also doch wie bisher.)

Herr Koplin, für mich ist das eigentlich unverständlich, aber wiederum auch nicht. Wenn ich so in die Reihen schaue, hier sitzen ja sehr viele Leute, die im Prinzip die Zukunft schon mal erlebt haben. Sie gehören dazu, ich gehöre auch dazu. Und ich weiß nicht, ob Sie die Zukunft wiederhaben wollen. Das Ergebnis ist bekannt, dass nämlich zu viel Staat zum Bankrott geführt hat. Und ich glaube nicht, dass wir dieses Ziel anstreben sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Aber zu
wenig Staat ist auch ein Problem.)

Dazu komme ich auch noch, Herr Borchert, kein Problem.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Margret Seemann, SPD: Worüber
wollen Sie denn noch alles reden?)

Nun werden Sie sicherlich schon gespannt sein. Sie werden natürlich fragen: Welche Vorstellungen hat die CDU?

(Rudolf Borchert, SPD: So, jetzt bin ich
gespannt. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Die Frage ist berechtigt, denn nur zu kritisieren ist keine sachdienliche Politik, und deswegen werde ich da auch konkret werden. Ich sage Ihnen nämlich eins, wir haben ein schlüssiges Konzept,

(Rudolf Borchert, SPD: Aha, aha! –
Dr. Margret Seemann, SPD: Ach! –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

aufbauend auf vier Säulen. Ich erläutere das gerne noch mal, auch wenn wir das in der letzten Debatte schon mal gemacht haben.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das haben Sie 1998 auch gesagt.)

Wir haben wichtige Punkte.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Punkt 1 – Prävention. Ich denke, das ist auch in Ihren Reihen unbestritten, dass wir auf diesem Gebiet etwas tun müssen, um die Volkskrankheiten in den Griff zu bekommen.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Sagen Sie es mal konkret!)

Wir sagen da aber auch konkret, vielleicht ist das ein Unterschied, aber wir können ja noch mal darüber sprechen. Bei uns gilt nämlich, wer vorsorgt, der wird dann auch bei Kassenbeiträgen beziehungsweise bei der Selbstbeteiligung entlastet.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Das haben
die Kassen aber gemerkt die ganzen Jahre.)

Das ist ein Grundsatz unserer Politik.

Wir kommen zum Punkt 2 – Transparenz. Da kann ich Ihnen sagen, es wird endlich Zeit, dass der Patient, der ja im Mittelpunkt stehen soll, endlich mal die Kosten und auch die Qualität der medizinischen Versorgung erfährt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD)

dass wir diese Transparenz hineinbringen. Und da gilt: Nur ein informierter Patient ist auch ein mündiger Patient.

(Reinhard Dankert, SPD: Dann müssen Sie aber
die Kassenärztliche Vereinigung auflösen.)

Ich kenne leider Ihren Namen nicht, sonst hätte ich Sie persönlich angesprochen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Ich muss Ihnen sagen, der dritte Punkt wird Ihnen vielleicht im Magen liegen. Das ist ganz klar. Der dritte Punkt heißt nämlich bei uns Wettbewerb.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist einfach so, dass im täglichen Leben in vielen Bereichen Wettbewerb stattfindet. Und da muss doch die Frage erlaubt sein: Warum soll es nicht Wettbewerb und Flexibilität zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern in diesem starren System geben, um endlich dann auch strukturelle Defizite abzubauen?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Familien
mit Kindern haben da aber ein Problem.)

Das heißt konkret, wir müssen verschiedene Versorgungsangebote, verschiedene Methoden im Krankenbereich miteinander konkurrieren lassen. Das führt nämlich zu einer besseren Wirtschaftlichkeit in der medizinischen Versorgung. Ich sage Ihnen eins, Wettbewerb muss zur Effizienz führen. Wir lehnen aber Wettbewerb über alles im Gesundheitswesen ab. Das sage ich auch deutlich. Und damit hier kein falscher Zungenschlag entsteht, wir sind auch in Zukunft, weil uns das ja sonst anders unterstellt wird, für ein solidarisch organisiertes Gesundheitswesen. Das heißt, sozial Schwache, chronisch Kranke, Schutz-

klauseln für Kinder müssen gewahrt bleiben und das wird staatliche Reglementierung nicht leisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vierter Punkt – Selbstbestimmung. Da gilt für uns ganz klar Beibehaltung der freien Arzt- und Krankenhauswahl. Der Versicherte muss Entscheidungsfreiheit haben, zu welchen Versicherungskonditionen er das Gesundheitswesen nutzt. Das heißt, will er einen größeren Leistungsumfang, dann muss er auch eine höhere Eigenbeteiligung leisten oder er geht auf ein Grundmodell zurück und hat dann eben einen größeren Selbstbehalt.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist von Übel, völlig von Übel.)

Selbstbestimmung ist für uns aber auch an Eigenverantwortung gekoppelt und Eigenverantwortung – das sage ich hier sehr deutlich – heißt Verpflichtung. Es bedeutet, der Patient wird dann endlich der dritte Beteiligte neben den Leistungserbringern, neben den Krankenkassen, und er wird endlich echter Marktteilnehmer.

Ganz kurz noch zur Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Das muss einfach gesagt werden. Wir haben auf der einen Seite steigende Ausgaben, sicherlich bedingt durch den medizinischen Fortschritt. Auf der anderen Seite haben wir fallende Einnahmen. Das ist auch bekannt. Wenn Herr Glawe 60.000 wegfallende Arbeitsplätze anspricht, dann sage ich Ihnen eins, das sind 60.000 Leute, die weniger einzahlen in die Sozialversicherungssysteme. Bei der jetzigen Arbeitslosenquote, der höchsten in Deutschland, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, beenden Sie bitte die Rede!

Torsten Renz, CDU: Eine Minute noch.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Nein, die Rede ist bereits eine Minute überzogen.

Torsten Renz, CDU: Gut.

Also das wird uns noch einiges bringen und da sollten wir anfangen.

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, nicht nur auf öffentliche Hinweise eines Regierungsmitgliedes zu reagieren oder auch nicht zu reagieren, sondern im Sinne des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Initiative im Bundesrat und in Richtung Bundesregierung zu ergreifen, damit wir die gewachsenen Strukturen im Gesundheitswesen hier erhalten. Und auf die Chefsache Ost, denke ich mal, können Sie lange warten. Da ist von Herrn Schröder vor und auch jetzt nach der Wahl nichts passiert.

(Birgit Schwebs, PDS:
Die Redezeit ist abgelaufen.)

Wir müssen unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Renz.

Herr Abgeordneter, zur Aktuellen Stunde und zu einer lebhaften Debatte gehören kurze Zwischenrufe. Und ich denke, Sie können auch damit gut umgehen.

(Harry Glawe, CDU: Ach nee?!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Renz, Sie haben hier Vorschläge der CDU angekündigt. Ich habe von Ihnen keine Vorschläge der CDU gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Hannelore Monegel, SPD: Genau.)

Sie haben Dinge genannt wie Prävention, Transparenz, Wettbewerb, Selbstbestimmung, ich mach mal Klammer auf, Selbstbestimmung darf nicht zur Aushöhlung der GKV führen. Aber das sind keine Vorschläge der CDU. Das haben Sie doch seit Jahren aus den Papieren der SPD abgeguckt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist doch die Realität. Das sind doch die Dinge, mit denen Ulla Schmidt allenthalben zu hören ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben doch seit Jahren die Verantwortung und es ist doch nichts passiert. Nichts von den vier Punkten haben Sie umgesetzt, nichts!)

Also Sie können sich Ihren Zwischenruf gerne schenken. Wenn Sie es nicht verstanden haben, ich erkläre es Ihnen auch gerne danach noch mal persönlich.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, das ist Wahnsinn!
Eine Arroganz! Eine Arroganz, Herr Heydorn!)

Das mache ich dann auch gerne noch mal persönlich.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Grunde genommen habe ich das Gefühl, die Ausführungen der CDU erfolgen hier nach dem Grundsatz, ohne Ziel stimmt jede Richtung. Herr Glawe stellt sich hier vorne hin und sagt, wir haben folgendes Problem,

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt ja auch.)

bei den Leuten im Portemonnaie wird es immer weniger,

(Dr. Ulrich Born, CDU, und –
Harry Glawe, CDU: Richtig.)

es wird immer weniger, und auf der anderen Seite beklagen Sie, dass es für die Ärzte nicht mehr wird. Das sind Diametralitäten, die sich gegenüberstehen. Wir haben auf der einen Seite die Situation, dass die gesetzliche Krankenversicherung finanziert wird aus Beiträgen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Diese Beiträge kommen auf der einen Seite von Arbeitnehmern und sie kommen auf der anderen Seite von Arbeitgebern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben einen starken Anstieg, wir haben einen sehr starken Anstieg bei den Gesundheitsausgaben, die über diese Beiträge finanziert werden müssen. Das ist der Punkt dabei. Wir haben einen starken Anstieg, der über Beiträge finanziert wird. Das heißt, wenn ich da nicht auf die Bremse trete, dann steigen die Beiträge und der Faktor Arbeit erhöht sich.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Damit ist es aber nicht getan. – Harry Glawe, CDU: Das haben Sie doch gerade in den letzten Jahren nicht im Griff gehabt, wovon Sie reden. Sie haben doch auf dem Gebiet seit vier Jahren versagt.)

Das sind die Realitäten. Das heißt, ich muss mich irgendwo entscheiden, Herr Glawe, ich muss mich irgendwo entscheiden. Ich muss sagen, ich will das Thema Beiträge in den Griff bekommen und auf diese Art und Weise muss man Einschnitte vornehmen,

(Harry Glawe, CDU: Wer hat denn die Aufsicht über die AOK hier im Land?! – Zuruf von Ute Schildt, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

oder ich muss auf der anderen Seite sagen, ich finanziere die Steigerung tüchtig weiter aus. Das ist der Punkt. Aber wir haben im Großen und Ganzen einige Ausführungen gehört.

Ich würde ganz gern einmal die Sache etwas weiter herunterbrechen und auf die bereits angesprochene Anhörung im Sozialausschuss zurückkommen. Einer der wesentlichen Bestandteile der Gesundheitsreform ist das Thema Einführung der DRGs, also der Fallpauschalen in den Krankenhäusern. Diese Fallpauschalen werden dazu führen, das sagen uns die Sachverständigen, dass das Thema des ambulanten Bereiches in erheblichem Umfang davon tangiert ist. Das ist eine ganz klare Geschichte. Wenn ich die Verweildauer in den Krankenhäusern verringere, dann wird der ambulante Bereich mehr gefordert, und zwar hinsichtlich des medizinischen Bereichs, aber auch im pflegerischen Bereich. Das ist eine Sache, die man zur Kenntnis nehmen und worauf sich das Land einstellen muss.

Wir haben jetzt im Sozialausschuss mit den Stimmen der Koalition beschlossen, hier durch weitere Anhörungsverfahren die Konsequenzen für den ambulanten Bereich zu vertiefen, das heißt, Sachverständige zu hören, wie diesen Dingen begegnet werden kann. Die CDU ist herzlich eingeladen, sich an der weiteren Beratung und an dem weiteren Prozedere konstruktiv zu beteiligen. Das ist allemal sinnvoller, als hier ein großes Palaver zu veranstalten.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Was hat er denn nun gesagt?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich mal so in unsere Reihen schaue, denke ich, alle hier im Saal kennen das Lied „Alt wie ein Baum“ von der Gruppe PUHDYS. Die PUHDYS spielen ja auf Wahlveranstaltungen der SPD, Silvester waren sie am Brandenburger Tor und im NDR 1 sind sie oft zu hören. Das ist schön so. Dort hört sie auch der Mann meiner Bekannten und er möchte natürlich wie jeder andere hier im Saal gern alt werden wie ein Baum, kann er aber nicht, er ist schwer krebskrank. Die Ärzte im

Krankenhaus Neubrandenburg suchen ganz fieberhaft nach dem Herd der Erkrankung und sie finden ihn nicht. Und ich mag mir überhaupt nicht ausmalen, was passieren würde, wenn der Arzt zu dem guten Mann geht und sagt, also bis hierhin haben wir nach dem Herd der Krankheit gesucht, wir können ihn nicht finden. Wenn wir jetzt weitersuchen wollen, also bestimmte Mittel wie Spritzen und Kontrastmittel brauchen, um den Herd zu finden, dann zahlen sie erst mal Geld.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch medizinisch notwendig.)

Und mir scheint, das ist eine bittere Situation, macht aber an diesem Beispiel etwas deutlich: Solidarität, weil gerade schwerkranke Menschen der Solidarität in einer Gemeinschaft bedürfen, ist ein hohes zivilisatorisches Gut. Wenn wir dieses hohe zivilisatorische Gut eintauschen gegen die Zauberformel „mehr Markt – mehr Konkurrenz – mehr Deregulierung“, dann werfen wir eine jahrtausendalte Weisheit über Bord, die heißt „Einer trage des anderen Last.“

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir reden über die Auswirkungen der rot-grünen Politik. Und Herr Heydorn hat gerade darauf hingewiesen, dass es so manche Übereinstimmung gibt zwischen dem, was Ulla Schmidt sagt, tut und vorhat, und dem, was die CDU bislang gemacht hat. Ich sehe schon große Unterschiede. Es gibt aber auch Übereinstimmung, und zwar sehe ich eine Übereinstimmung in der Betrachtung der Ursachen, die ich für fehlerhaft halte. Die besteht darin, dass die Diagnose, die ausgesprochen wird, immer Kostenexplosion heißt. Aber wenn man sich mal die GKV-Ausgaben der letzten 20 Jahre anschaut, dann kann man nicht von einer Explosion sprechen, schon gar nicht über 20 Jahre hinweg. Sie liegt konstant gemessen am Bruttoinlandsprodukt bei etwa sechs Prozent. Und da frage ich: Ist das etwas Schlechtes, wenn die Kosten im Gesundheitsbereich nicht schneller steigen als das gesamte Wirtschaftswachstum? Was wir haben, das ist hier mehrfach gesagt worden, ist ein Problem der Einkommenserosion. Die Lohnquote sinkt als Folge struktureller Massenarbeitslosigkeit, Ausweitung von Minijobs et cetera. Es ist klar, wenn behauptet wird, dass die Kosten die Ursache allen Übels sind, wird der logische Schluss gezogen, diese müssen gedämpft werden.

Und nun sagt Herr Renz, klar Privatisierung, nicht zu viel Staat, Grund- und Wahlleistung. Ich halte das Wort Selbstbeteiligung für irreführend. Es führt deshalb in die Irre, weil es doch so ist, dass die Versicherten durch die Beiträge dauernd erheblich und zwangsweise an den Kosten schon beteiligt sind. Sie beteiligen sich also selbst. Die jetzige Regierung setzt auf Wettbewerb. Zum Fallpauschalensystem ist etwas gesagt worden, das hat viele Vorteile, zum Beispiel Transparenz in der Qualität, hat aber auch gewisse Gefahren in sich.

Ich hatte jüngst mit einem Ärztlichen Direktor aus dieser Region um Schwerin ein Gespräch. Dieser betreut vorzugsweise Unfallopfer und sagte mir: Wissen Sie, wir haben folgende Situation, die schwer verunfallten Menschen bedürfen teilweise 30 bis 40 Tage künstlicher Beatmung, neun Tage bekomme ich nach diesem Fallpauschalensystem aber nur bezahlt.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Das ist eine Situation, in der sich das behandelnde Personal befindet. Natürlich schalten sie nicht ab, gar keine

Frage. Aber was passiert da? Was ist das für eine Auswirkung in einem System? Ich halte das für sehr bedenklich. In der Anhörung, die hier mehrfach angesprochen wurde, sagte Herr Dr. Diemer, zukünftig müssen so genannte teure Patienten regelrecht stationäre Behandlung suchen. Also ist es durchaus denkbar, dass ihn nicht jedes Krankenhaus annimmt.

Weitere fatale Auswirkungen, die wir erleben, sind die psychologischen. Patientinnen und Patienten wird oftmals ein schlechtes Gewissen eingepflanzt. Wenn du ins Krankenhaus kommst, bist du zu teuer. Wenn du Arzneimittel brauchst, bist du zu teuer. Wenn du älter wirst, bist du zu teuer. Ich halte das ganz einfach nicht nur für inhuman, es ist in der Sache auch oftmals falsch.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Frau Ministerin hat darauf hingewiesen, dass die Arzneimittelpreise steigen. Das ist ein echtes Problem. Sie steigen aber unter anderem, weil in dem System eine Systematik ist, dass die Pharmakonzerne die Möglichkeit haben, so genannte Dummys, also Testballons, am Markt zu platzieren, die bewirken, dass tendenziell das gesamte Preisniveau der Arzneimittel steigt. Es ist also vergleichbar mit dem Brot. Wenn ich ein Brot für 2,15 Euro kaufe, eins pro Woche brauche, habe ich im Monat etwa 8 bis 10 Euro Kosten für dieses Lebensmittel. Wenn die Preise dieses gleichen Lebensmittels steigen, ohne dass ich mehr Brot esse, sagen wir mal auf 12 Euro, da kommt doch keiner auf den Gedanken und sagt, du verbrauchst zu viel Brot, du isst zu viel Brot. Das ist nicht die tiefere Ursache.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Die tiefere Ursache steckt woanders.

Die Reform aus meiner Sicht, die wir brauchen, muss durch den Kopf durch. Die Reform – ich komme zum Schluss – darf nicht im Portemonnaie beginnen, sondern im Kopf. Und dazu ist es aus Sicht der PDS notwendig, die gesundheitspolitischen Ziele zu bestimmen:

1. Ausbau von Primärprävention, das ist gesagt worden,
2. qualitätssichernde Steuerung der Versorgung chronisch Kranker und
3. den Abbau sozialer Ungleichheiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, volkswirtschaftlich kann man es drehen und wenden, wie man will, ich behaupte, nur Solidarität rechnet sich. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien, Drucksache 4/45, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 4/169.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
über den Schutz der Menschenwürde und den
Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien
(Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– **Drucksache 4/45** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses**
– **Drucksache 4/169** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien auf Drucksache 4/45. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/169, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Paragraphen 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 4/45 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU – Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/160.

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:
Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur
Änderung des Schulgesetzes für das Land
Mecklenburg-Vorpommern (SchulG M-V)**
(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/160** –

Das Wort zur Einbringung hat die Abgeordnete Frau Fiedler von der Fraktion der CDU.

Kerstin Fiedler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele von Ihnen sind entweder selbst Eltern schulpflichtiger Kinder, Großeltern, Lehrer oder Berufsschullehrer oder haben eine mehr oder weniger große Affinität zur Schule. Stellen Sie sich bitte nun folgende zwei Szenarien vor.

Szenarium Nummer 1: Sie sind Lehrer zum Beispiel einer 8. Klasse und unterrichten an einer Hauptschule. In der Regel sind die Kinder dieser Klassenstufe zwischen 13 und 14 Jahre alt. Auf einen Teil der Klasse trifft dieses sogar zu. Ein weitaus größerer Teil hat schon ein bis zwei

Schulbesuchsjahre mehr auf dem noch jungen Buckel und dann gibt es in dieser Klasse Schüler, die altersmäßig und von ihrer körperlichen Entwicklung her locker mit 13-Klässlern mithalten können und so gar nicht in die Klasse passen wollen. Ihr Interesse am Unterricht ist gegen den Nullpunkt gesunken, sie beschäftigen sich lieber mit Dingen, die mit Schule nichts mehr zu tun haben, und machen das Unterrichten für Sie fast unmöglich und unerträglich. Sie stellen nun den Eltern dieser älteren Schüler anheim, ihre Kinder von der Schule zu nehmen, und hoffen auf ein besseres Unterrichtsklima, wenn die jüngeren Schüler unter sich bleiben können. Die Eltern haben keine Einsicht und die verschiedensten Gründe, genau dies nicht zu tun, und Sie keine entsprechende Handhabe. Es bleibt also beim alten Zustand. Dieses Szenarium hat zur Änderung des Schulgesetzes geführt, woraus sich das zweite Szenarium ergibt.

Szenarium Nummer 2: Sie haben ein Kind, welches zum Beispiel die 8. Klasse einer allgemein bildenden Schule besucht. Es hat, aus welchen Gründen auch immer, die 6. Klasse wiederholen müssen und die Berufsreife, die mit dem Abschluss der 9. Klasse erworben wird, noch nicht erreicht. Der Schulleiter konfrontiert Sie jetzt mit einer gesetzlichen Regelung, die besagt, dass Ihr Kind die Schule verlassen muss, weil es die Vollzeitschulpflicht, nämlich neun Jahre, bereits hinter sich hat. Aber er ist ein verantwortungsbewusster und guter Pädagoge, so dass er Ihnen rät, einen Antrag auf Weiterbeschulung zu stellen, denn er ist wie Sie der Auffassung, dass Ihr Kind durchaus in der Lage ist, die Berufsreife vergleichbar mit dem vorherigen Hauptschulabschluss zu erreichen, und das Jahr Wiederholung in der 6. Klasse seine Wirkung nicht verfehlt hat. Dass er es gut meint, ist außerdem daran zu erkennen, dass er Ihnen diesen Rat vorher gibt und nicht abwartet, bis Sie sich selbst im Schulgesetz schlaue gemacht und eingelese haben. Der Antrag ist gestellt. Der Schulleiter beruft die Klassenkonferenz zur Anhörung ein und lässt zu guter Letzt noch ein schulpsychologisches Gutachten erstellen. Alles geht gut aus, der Weg für die Weiterbeschulung Ihres Kindes ist frei. Sie können nun wieder beruhigt schlafen.

Meine Damen und Herren, für 30 Prozent aller Schüler in Mecklenburg-Vorpommern eines Schuljahrganges würde dieses zweite Szenarium zutreffen. Der Grund dafür ist die Neugestaltung des Paragraphen 56 Absatz 3 des Schulgesetzes Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen seiner Novellierung im Juni des letzten Jahres. Der Paragraph 56 regelt die Dauer des Schulbesuches und besagt, dass ein Schulpflichtiger, der die Vollzeitschulpflicht, also neun Jahre, erreicht hat, die Schule verlassen muss. Mit Bezug auf den Paragraphen 11 Absatz 2 Nummer 1 Buchstaben a) bis e) trifft das für jeden Schüler zu, der, egal welcher Art, die bei uns existierende allgemein bildende Schule mit Ausnahme der Förderschule besucht. Nur auf Antrag der Eltern und mit dem Durchlaufen des im zweiten Szenarium beschriebenen Prozederes ist eine Weiterbeschulung möglich.

Schon im Frühsommer des vergangenen Jahres hatte die CDU-Fraktion in ihrem Gesetzentwurf eine Regelung vorgeschlagen, die der eigentlichen Intention viel näher kam. Es sollte Abhilfe geschaffen werden in Fällen, wie ich sie im ersten Beispiel beschrieben habe, und den Schulleitern eine vernünftige Regelung an die Hand geben, ohne das Mitspracherecht der Eltern oder des volljährigen Schülers zu verletzen.

Mit dem neuen Schulgesetz müsste nun natürlich auch hier die Regionale Schule in den Gesetzestext entsprechend einbezogen werden. Aber die Koalitionsfraktionen waren zu Verhandlungen im Bildungsausschuss nicht bereit und haben ihren, wie sich herausstellte, handwerklich fehlerhaften Entwurf durchgepeitscht mit dem Resultat, dass die eigentliche Zielgruppe, nämlich die älteren Schüler in Klasse 8 und 9, nicht richtig definiert wurden und nun das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Auch wenn davon auszugehen ist, dass sich jeder verantwortungsbewusste Schulleiter diesen strengen und ungerechten Regelungen in Fällen wie in meinem zweiten Beispiel entziehen wird, so muss dieses Handeln doch auf eine gesetzlich legitimierte Grundlage gestellt werden, und es sind Eile, aber auch die notwendige Sorgfalt geboten. Der Paragraph 56 Absatz 3 würde bereits zum Ende des jetzt laufenden Schuljahres greifen. Davon einmal abgesehen halte ich die Durchführung schulpsychologischer Gutachten für 30 Prozent aller Schüler im Jahr für kaum realisierbar.

Meine Damen und Herren, es geht uns nicht um eine neue schulpolitische Grundsatzdebatte, aber die Klagen von Lehrern, Schulleitern und Schulräten über das neue Schulgesetz und insbesondere über seine Praktikabilität sind ernst zu nehmen.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Längst hat hier Frust um sich gegriffen, der die Motivation ablöst. Gründe dafür gibt es viele. Ein Beispiel haben wir herausgegriffen und hoffen, dass Sie unseren Vorschlag zum Anlass nehmen, das Schulgesetz noch einmal gründlich zu überarbeiten. Wir bieten unsere Mitarbeit an. Zwingen Sie die Pädagogen in den Schulen nicht zur Improvisation am Gesetz vorbei. Die Schulen brauchen in der Praxis handhabbare und eindeutige Regelungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Aufspüren von Fehlern oder Lücken im Gesetz, die den Schulalltag erträglicher machen, kann nicht die Aufgabe der Opposition sein. Es ist Ihre Aufgabe, sehr geehrte Damen und Herren von der SPD und PDS. Sie haben mit Ihrer Mehrheit dieses Gesetz in und durch den Landtag gebracht. Wir begrüßen zwar die zukunftsweisenden Ideen des Bildungsministers, aber zunächst muss das Heute bewältigt werden im Sinne von Schule und im Sinne der Kinder und Jugendlichen, die den größten Entwicklungsabschnitt ihres Lebens hier verbringen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Fiedler.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Offen gestanden kam bei der Beschäftigung mit dem vorliegenden CDU-Antrag zum Schulgesetz die ganz große Begeisterung nicht auf. Dafür sind die Erinnerungen an den Marathon zum Ende der letzten Legislatur noch zu frisch. Aber watsch, das mutt.

Es verblieb unter dem damaligen Zeitdruck – dankenswerterweise waren die Bildungspolitiker aller drei Fraktionen hoch motiviert –, für das neue Schuljahr Planungssicherheit zu schaffen. Aber ganz offensichtlich blieb die eine oder andere Unebenheit, die es zügig zu glätten gilt. Ich gehe davon aus, dass es in gemeinsamer Anstrengung gelingen wird, unbeabsichtigte Nebenwirkungen zu minimieren und in diesem Zusammenhang Übergangs- und Ermächtigungsparagraphen einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

Der neu gefasste Paragraph 56 Absatz 3 erfordert in der Sache – und das habe ich eben auch in der Einbringungsrede so wahrgenommen – mit Sicherheit keinen ideologischen Schlagabtausch, denn in der Intention waren sich alle Fraktionen einig. Schließlich – auch das wurde schon geschildert – sprechen wir über eine Änderung, die durch die CDU-Fraktion eingebracht wurde. In der Hoffnung, das folgende, nicht ganz ernst gemeinte Bild führt nicht dazu, dass Homer sich im Grabe umdreht, sei mir folgender Vergleich gestattet: Da stand es nun, das schöne Pferd mit dem klangvollen Namen Paragraph 56. Das passt gut in unsere Stadt, dachten die sorglosen Gesetzeshüter. Wo war Kassandras warnende Stimme? Geschwind die Mähne neu geflochten und ab damit ins Schulgesetz! Anstatt die berüchtigte Falltür zuzunageln, damit Risiken und böse Nebenwirkungen nicht entweichen können, rollte man mit vereinten Kräften die Gangway heran. Nun ja, das Schulgesetz liegt nicht wie Troja in Schutt und Asche, aber der entdeckte Riss im Fensterglas erfordert Taten.

Zur Sache. Mit der Regelung, dass nach Absolvierung der Vollzeitschulpflicht ein Schüler, der die Berufsreife nicht erreicht hat, die Schule nur noch auf Antrag der Eltern und Genehmigung durch die Schule weiterbesuchen darf, sollte man bislang nicht seltene Langzeitkarrieren in pädagogisch sinnvollere Förderbahnen lenken. In der Regel ist ein 18-Jähriger in der 7. Klasse zwar berechtigt, seine Arbeiten selbst zu unterschreiben, jedoch wohl nicht in der ihm gemäßen Förderung. Da sollte ein berufsvorbereitendes Jahr die effektivere Lösung sein. Die Formulierung im Gesetzestext führt jedoch dazu, dass außer dieser Zielgruppe nun jeder Schüler in jeder weiterführenden Schulart schon nach Klasse 8 unter diese Regelung fällt, sobald er aus irgendwelchen Gründen ein Schuljahr wiederholen musste. Im Extremfall gerät also auch ein Gymnasiast, der wegen Krankheit oder Umzug ein Schuljahr freiwillig wiederholt, in die Antragsmühlen. Ich sehe zwar überhaupt keine Gefahr, dass in solchen Fällen nicht in seinem Sinne entschieden wird, jedoch wird vor dieser Entscheidung ein erheblicher Verwaltungsaufwand in Gang gesetzt, der ganz entschieden vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt war. Auch der ursprüngliche CDU-Antrag hätte das Gutachtenunwesen erheblich verschärft,

(Kerstin Fiedler, CDU: Was?!)

eine Konsequenz, die während der Arbeit am Gesetz weder den Fraktionen noch den Experten während der Anhörung, die zum großen Teil doch aus der Praxis kamen, bewusst wurde und sich nun im schulischen Alltag offenbart. Daher gilt es, Abhilfe zu schaffen. Ob dies nun per Änderung des Paragraphen 56 Absatz 3 in der von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Fassung zu leisten ist oder mit untergesetzlichen Regelungen, bleibt zu prüfen. In diesem Zusammenhang werden vor allem Übergangsregelungen erneut unter die kritische Lupe genommen. Im CDU-Antrag wird auf einen Widerspruch hin-

gewiesen. Möglicherweise weitere bei dieser Gelegenheit aufzulösen wird Anliegen der erneuten Befassung mit dem Schulgesetz sein. Damit, und das ist vielleicht überraschend, gebührt der Opposition Dank,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

zum einen im konkreten Fall, der Heilung ermöglicht, bevor das Kind im Brunnen liegt, zum anderen wohl eher unbewusst, weil durch diese erneute prüfende Gesamtschau auf das Gesetz Glättung ermöglicht wird. In diesem Sinne ist der bedauerlichen Panne sogar noch etwas Positives abzugewinnen. Die inhaltlichen Entscheidungen im Schulgesetz sind gefallen – Grundsatzdebatten, verschwendete Ressourcen. Jetzt kommt es darauf an, die Umsetzung der Regelung unter Berücksichtigung aktueller Erkenntnisse zu gestalten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wirft die CDU-Fraktion eine Detailfrage der inneren Abläufe eines Schulsystems auf, das nach PISA immer noch nur zu den drittklassigen gehört und zu drittklassigen Schülerleistungen führt. Ich denke, die Regelung, um die es hier heute mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geht, die ist auch Ausdruck der Situation des Schulsystems in Deutschland und seiner internationalen Platzierung.

Der Regelungsgegenstand betrifft Schüler, die aus unterschiedlichsten Gründen eine schwierige Schullaufbahn erleben und Schuljahre auch aus ganz unterschiedlichen Gründen wiederholen mussten. Das können Leistungsdrücke sein, dem das Kind nicht gewachsen war. Das können frühzeitige und unbegründete Ausdifferenzierungsentscheidungen zur Schullaufbahn sein. Es kann die mangelnde Förderung des Kindes im Lernprozess genauso sein wie die schwierigen sozialen Verhältnisse, aus denen das Kind kommt. Es kann an der mangelnden vorschulischen Bildung und Erziehung liegen und so weiter. Also von daher ergibt sich ohne Frage dieser Regelungsbedarf und ich gehe davon aus, dass wir – zumindest haben wir das für die PDS und auch die SPD erklärt – dieses im Ausschuss beraten wollen. Wie wir diese Situation positiv verändern, hat aber schon etwas damit zu tun, wie denn Schule überhaupt wirkt und gestaltet ist.

Und auch die Landesregelung mit einer nur neunjährigen Vollzeitschulpflicht – im Gegensatz dazu haben ja Berlin, Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen eine zehn Jahre umfassende Vollzeitschulpflicht – wirkt im zu regelnden Problemkreis negativ für Schülerinnen und Schüler. Nun könnte man sagen, okay, das wäre die eine Lösung, die andere Lösung wäre, wir ändern das Gesetz dahin gehend, dass wir eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht einführen. Das wäre auch eine denkbare Variante.

Nun, für die PDS geht es daher auch anhand dieses Gesetzes im Interesse der Mädchen und Jungen und unter weiterer Auswertung von PISA und PISA-E um die grundlegenden weiteren Verbesserungen des Bildungssystems in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern. Und

dazu gehört für uns natürlich auch die Ausgestaltung der frühkindlichen Bildung mit dem schrittweisen Ausbau des umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrages. Dazu gehört die Entwicklung von qualitativem Unterricht und damit verbundenen Lernzuwächsen für alle durch die Sicherung individueller Fördermöglichkeiten.

Finnland und Schweden machen es uns doch vor. Schulversagen ist dort im Hinblick auf erfolgreiche Beendigung der Schulpflichtzeit – zum Beispiel in Finnland bei neun Jahren – eher selten. Die aktuelle Zahl: 0,4 Prozent eines Schülerjahrganges. Also 99,6 Prozent der finnischen Schüler verlassen die finnische Gesamtschule mit einem Abschluss.

Frau Schnoor fragte in der zurückliegenden Legislaturperiode – und die Antwort können Sie nachlesen auf der Drucksache 3/2919 – nach Schülern ohne Abschluss in Mecklenburg-Vorpommern. Im Schuljahr 2000/2001 waren es von den insgesamt 22.449 Absolventen der Schule insgesamt 1.739 – also 7,7 Prozent –, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben. Da ist natürlich das Gros aus dem Hauptschulbildungsgang kommend, 775, aber nicht nur dorthin, auch von den Realschulen 464 ohne Abschluss – also auch keine Berufsreife oder kein Hauptschulabschluss. Von bildungsgangübergreifenden Klassen immerhin 110 und auch von Gymnasien sind es tatsächlich 17. Also es geht bei steigender Tendenz von Mädchen und Jungen in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern, die die Schule ohne Abschluss verlassen, eben nicht nur um die Regelung des entsprechenden Paragraphen 56, sondern es geht auch um das, was davor in der Schule passiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und dabei geht es eben aus unserer Sicht, aus Sicht der PDS, auch um längeren gemeinsamen Unterricht, denn ein selektives Schulsystem führt zu selektiver Pädagogik. Auch das macht aus unserer Sicht PISA deutlich. Nicht die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen stehen im Mittelpunkt aller Betrachtungen, sondern oftmals ausschließlich die Berechtigung oder die Nichtberechtigung der Zugehörigkeit zu einer Bildungsanstalt. Untersuchungen zeigen auch in Deutschland, dass Auslese kein Beitrag zur Steigerung von Qualität und zu besseren Schülerleistungen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wenn das so ist, dann müssen wir an dieser Stelle auch nicht mit dem Paragraphen 56, aber in der Weiterführung der bildungspolitischen Diskussion etwas tun. Dazu gehört natürlich die Entwicklung von Ganztagschulen, die Frage der Bildungsinvestition und Rahmenbedingungen, die Lehrerbildung. Also mehr Chancengleichheit bringt mehr Qualität.

Die Tatsache, dass das deutsche Schulwesen erschreckend wenig für Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten tut, Chancenungleichheit nicht überwindet, sondern eher vertieft, wie PISA zeigt, darf nicht mehr länger hingenommen werden. Darum ist es für meine Fraktion wichtig: Weil Bildungschancen Lebenschancen sind, gehören Bemühungen um deutlich weniger Schulverweigerer und Jugendliche ohne Schulabschluss sowie um mehr Jugendliche mit höherwertigen Abschlüssen, denn auch da sind wir ja nicht so wahnsinnig toll, in das Zentrum schulorganisatorischer, materieller und pädago-

gischer Anstrengungen. Der Benachteiligung von jungen Menschen mit Behinderungen, aus Migrantenfamilien, aus schwierigen sozialen Verhältnissen aufgrund von Geschlechterzugehörigkeit, kultureller, religiöser oder auch regionaler Herkunft ist mit gezielten, der Benachteiligung adäquaten Ausgleichsmaßnahmen zu begegnen. Da geben die Punkte, wie sie im Koalitionsvertrag fixiert sind, eine ganze Reihe von Handlungsmöglichkeiten, wo ich aus meiner Sicht sage, über die möchte ich gerne gemeinsam auch mit den Kollegen der CDU und auch über das Parlament hinaus in die Debatte der Ausgestaltung von Schule in Mecklenburg-Vorpommern treten.

Noch einige knappe Bemerkungen zum Gesetzentwurf selbst: Zur ersten Variante könnte angemerkt werden, gut, wenn denn neun Jahre Vollzeitschulpflicht zu diesen verhängnisvollen Problemführungen kommen, dann wäre eine Möglichkeit zu sagen, dann erweitern wir doch die Vollzeitschulpflicht auf zehn Schuljahre.

Das, was ich nicht verstehe, Frau Fiedler, nach Ihrer Begründung, ist die Tatsache, dass Sie zwar von den Eltern – und die CDU ist eine sehr elternfreundliche Partei –

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heike Polzin, SPD: Diesen Schluss würde ich aber nicht ziehen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ruhig!)

den Passus, der sich aus dem Gesetz, das gilt, ergibt, wo die Eltern entsprechend die Agierenden sind, dass Sie die Eltern in Ihrem Vorschlag zur Änderung des Gesetzes völlig ignorieren und völlig ausnehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Kerstin Fiedler, CDU: Das ist nicht wahr.)

Ich denke schon, dass die Eltern als die Zuständigen für ihre minderjährigen Kinder diejenigen sein müssen, die diesen Prozess gegenüber der Schule vollziehen und nicht ausschließlich und alleine zuerst der Schulleiter. Hier haben die Fragen der Mütter und Väter schon die Priorität aus meiner Sicht.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Es geht bei aller Kritik auch mal um den Blick über den Tellerrand. Nun habe ich mich mal im Gesetzeswald der föderalen Struktur umgesehen und habe dann, weil ich kein sozialdemokratisch regiertes Land nehmen wollte, die Hessen genommen. Und da heißt es im Paragraphen 59 „Dauer der Vollzeitschulpflicht“, gestatten Sie, dass ich den Absatz 2 zitiere: „Für Schülerinnen und Schüler, die das Ziel der Hauptschule nicht erreicht haben, kann auf Antrag der Eltern die Schulleiterin oder der Schulleiter die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr, das Staatliche Schulamt in besonderen Fällen um bis zu zwei weitere Jahre verlängern, wenn begründete Aussicht besteht, dass durch den weiteren Schulbesuch der Abschluss erreicht wird.“ Ich denke, auch diese Lösung ist so schlecht nicht, und es wäre zu prüfen, ob das nicht dem besser gerecht wird, als das, was Sie mit diesem noch etwas komplizierter werdenden Gesetzesvorschlag hier unterbreitet haben.

Das, was ich gleichzeitig auch noch kritisieren möchte, ist, dass der Passus, den Sie hier vorschlagen, sich ausschließlich auf die Hauptschüler oder die im Hauptschulbildungsgang oder den Abschluss der Berufsreife beziehen. Die vorhin von mir zitierten Zahlen auf die Frage von Frau Schnoor machen deutlich, es geht auch um Realschüler, die im System des Realschulbildungsganges

sind, und deswegen greift der Vorschlag, den Sie hier haben, denn doch wieder zu sehr zu kurz.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und ob dann in diesen Fällen nur ein Antrag des Schulleiters oder der Eltern auf ein entsprechendes Gutachten die Grundlage für eine solche Entscheidung sein soll oder ob es nicht doch zwingend vorgeschrieben ist, ein entsprechendes Gutachten in diesen Fällen, um die es hier geht, zu erbringen, das sollten wir in gemeinsamer Beratung im Ausschuss und mit einzuladenden Experten behandeln. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Es liegen mir weiter keine Wortmeldungen vor, dann schließe ich die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/160 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer für diesen Überweisungsvorschlag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Empfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/170.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 4/170 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 4/170 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der PDS bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.00 Uhr fortgesetzt. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 11.44 Uhr

Wiederbeginn: 13.00 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Beratung des Antrages der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2001 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes, Drucksache 4/124.

**Antrag der Finanzministerin:
Entlastung der Landesregierung
für das Haushaltsjahr 2001
– Vorlage der Haushaltsrechnung
und Vermögensübersicht des Landes –
– Drucksache 4/124 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Finanzministerin auf der Drucksache 4/124 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Industriefischerei, auf der Drucksache 4/188.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Industriefischerei
– Drucksache 4/188 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Monegel von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Hannelore Monegel, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, dass sich die drei Fraktionen unseres Landtages zum Thema Industriefischerei gemeinsam positionieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Ziel des vorliegenden Antrages ist die nachhaltige Fischereiwirtschaft. Uns allen ist bekannt, dass die Ressource Fisch stark zurückgegangen ist. Die Ursachen sind vielfältig und liegen im System begründet. Wie das bei Biosystemen sehr häufig der Fall ist, sind es auch sehr vielfältige Ursachen. Wesentliche Ursachen liegen aber in den Eingriffen des Menschen in Form von fischereilichen Methoden. Dazu zählt in erster Linie die Konsumfischerei als wichtige Grundlage für die menschliche Ernährung.

Der Ihnen vorliegende Antrag befasst sich mit einer weiteren Form der Fischerei, der Industriefischerei, auch als Gammelfischerei bezeichnet, die für den permanenten Rückgang der Fischbestandsentwicklung hauptsächlich verantwortlich gemacht wird. Die Kutter- und Küstenfischer Mecklenburg-Vorpommerns und auch Schleswig-Holsteins sind zu Recht besorgt um den Schutz der Fischbestände. Und Sie wissen, Fischer sind diejenigen, die mit dieser Ressource ihr Brot verdienen müssen, und sie sind auch diejenigen, die am ehesten spüren, wenn die Fischbestandsentwicklung zurückgeht, oder sie spüren es zuallererst, wenn ihre Netze leer bleiben und damit auch ihre Erlöse geringer werden.

Eines der Hauptprobleme, welches weltweit zu verzeichnen ist, ist die Überfischung der Meere. Auf die Vielzahl der Gründe und Beispiele, die dazu führen, hier weiter einzugehen würde den Rahmen dieser Debatte jedoch sprengen. Um jedoch Größenordnungen zu nennen, über die wir hier debattieren: Die Fischanlandungen der EU werden für das Jahr 2000 in der Statistik mit 10 Millionen Tonnen Fisch angegeben. Fast 4 Millionen Tonnen Fisch, das sind also 40 Prozent, stammen aus der Industriefischerei.

Die Küstenfischereiverordnungen von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein verbieten die Industriefischerei in weiten Teilen der Ostsee. Die Länder haben damit zunächst das Notwendige getan. Das ist nachdrücklich anzuerkennen. Die von der EU erlassenen Regelungen für die Gebiete außerhalb der 12-Seemeilen-Zone in der Ost- und in der Nordsee haben jedoch nicht die erhofften Verbesserungen in der Fischbestandsentwicklung gebracht. Es geht also um eine grundlegende Neuordnung außerhalb der Küstengewässer Mecklenburg-Vorpommerns und der Deutschen Bucht. Besonders die Bestandsentwicklung des Kabeljaus beziehungsweise Dorschs gibt zu großer Sorge Anlass. Mit Teilverböten ist das Problem wachsender, nicht wieder gutzumachender Schäden für das Ökosystem Meer nicht gebannt.

Ich möchte an einem Beispiel noch mal darstellen, wie komplex diese ganze Sache ist, die wir hier in der Debatte sicherlich nur anreißen können. Die Sprotte ist Nahrungsfisch für den Kabeljau. Gleichzeitig nimmt die Sprotte aber auch den Laich des Kabeljaus als Nahrung auf. Somit ist die Entwicklung der Jungfischbestände des Kabeljaus bei einem vermehrten Sprottenanteil gefährdet. Da die Kabeljaubestände drastisch zurückgegangen sind, hat sich folglich die Sprottenpopulation erhöht und übt somit einen hohen Populationsdruck auf die Jungfischbestände des Kabeljaus aus.

Es muss also in der Konsequenz darum gehen, für bestimmte Seegebiete zielgenaue Lösungen zu finden. Dazu gehören die Freigabe bestimmter reduzierter Fangmengen, Regelungen zu Beifangobergrenzen und entsprechende Vorgaben zur technischen Entwicklung und zum Einsatz der Fanggeräte. Ich denke, wir sind uns einig, oberstes Ziel muss eine Fischerei sein, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Das, denke ich, sind wir unseren nächsten Generationen schuldig.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch mal darauf hinweisen, dass in den Binnengewässern große Mengen an Weißfisch vorhanden sind, die zurzeit auch bei uns nicht ausreichend genutzt werden. Auch sie stellen eine Eiweißreserve dar.

Um noch mal zu betonen, unsere Fischer aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein beteiligen sich nicht an der Industriefischerei, im Gegensatz zu ihren dänischen Berufskollegen. Die dänische Regierung hat zwar ebenfalls ein Industriefischereiverbot erlassen, als festgestellt wurde, dass der Beifang deutlich höher ist, als er sein sollte. Dieses Verbot gilt, auch wenn man es als Schritt in die richtige Richtung durchaus begrüßen kann, nur vorübergehend. Es ist deshalb zu befürchten, dass angesichts der in Dänemark vorhandenen großen Strukturen für die Verarbeitung sehr bald auch eine Aufhebung dieses Industriefischereiverbotes erfolgen könnte.

Meine Damen und Herren, es muss uns also darum gehen, dauerhafte Lösungen in diesem Bereich zu finden,

die für alle am Fischfang beteiligten Nationen der EU gültig sind und die auch keine Hintertüren offen lassen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass sich die Fachsprecher der norddeutschen Küstenländer im März 2002 auf Einladung des Präsidenten des Deutschen Fischereiverbandes, unseres Kollegen Brick, in Hamburg getroffen haben. Ich danke noch mal – ich denke, auch in unser aller Namen – dafür, dass Sie diese Initiative ergriffen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Michael Ankermann, CDU)

Beraten wurde darüber, wie die Fischerei ihr Bestehen in Zukunft sichern kann, auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Quoten weiterhin zurückgehen, damit sich auch die Bestände wieder erholen können. In diesem Zusammenhang wurde vom schleswig-holsteinischen Landtag an uns die Bitte herangetragen, einen entsprechenden Beschluss hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern herbeizuführen. Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch nicht versäumen, der PDS-Fraktion zu danken, die die Initiative ergriffen hat und diesen Antrag mit auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Torsten Koplin, PDS: Danke!)

Würdigen möchte ich auch die konstruktive Mitarbeit der Oppositionsfraktion bei der Erarbeitung dieses interfraktionellen Antrages.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Ja, und der Regierung.)

Ich bin der Meinung, dass mit diesem gemeinsam formulierten Auftrag an die Landesregierung der Fischerei unseres Landes gedient ist. Die gemeinsame Willensäußerung der Nordländer soll auch Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zur Sicherung der Fischerei sein. Vom Verband der Kutter- und Küstenfischer wird dieser Antrag ausdrücklich befürwortet.

Und noch einen weiteren Aspekt möchte ich erwähnen. Um die Ernährung mit Fisch weiterhin zu gewährleisten, wird es zwingend notwendig sein, auch in diesem Land intensiver über den Bereich Aquakultur nachzudenken und auch dort zu weiteren Entwicklungen zu kommen.

(Beifall Ute Schildt, SPD: Richtig.)

Meine Damen und Herren, wir betreten mit unserem Antrag kein politisches Neuland. Auch die Agrarministerkonferenz – darauf wird sicherlich unser Minister noch mal eingehen – hat sich mit dem Thema Konsum- und Industriefischerei beschäftigt und die Forderung nach Nachhaltigkeit und Schutz der Meere aufgemacht, des Weiteren auch nach EU-Beschlüssen zu Schon- und Verbotszonen. Der EU-Kommissar Fischler hat, wie kürzlich veröffentlicht, dem Rat mehrjährige Bewirtschaftungspläne nach biologischem Zustand vorgeschlagen und bei der Bewirtschaftung von Kabeljau die Reduktion der Tage auf See, verstärkte Kontrollen, Fangnetze mit entsprechender Maschenweite vorgeschlagen und er beabsichtigt auch, die Sanktionen innerhalb der EU zu harmonisieren.

Wir sind also in einer sehr intensiven Diskussionsphase. Wir vertreten die Auffassung, dass mit diesem Beschluss das Parlament Mecklenburg-Vorpommerns die Verhandlungspositionen der Regierung unseres Landes gegenüber dem Bund und der EU stärkt. Ich bitte Sie daher, die-

sem interfraktionellen Antrag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
einzelnen Abgeordneten der CDU
und Regine Lück, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Monegel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Zuerst hat in der Aussprache das Wort der Abgeordnete Brick für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Brick, CDU: Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Eigentlich könnten wir jetzt abstimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS –
Norbert Baunach, SPD: Wir wollen dich
aber gerne hören, Martin.)

Aber nichtsdestotrotz, das war ja eine schwierige Geburt und darum das Positive zuerst. Man muss schon weit zurückdenken, um sich erinnern zu können, dass hier ein Antrag zu Fischerei und Fisch auf der Tagesordnung stand.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das waren noch
Zeiten, ne?! – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Mangels Lobby hat der Fisch besondere Aufmerksamkeit verdient. Dieses ferne Wesen, die meisten kennen ihn nur tot, er wird nicht nach Individuen gezählt, sondern er wird gemessen in Tonnen und Biomasse. Er erfreut sich zunehmender Beliebtheit auf deutschen Tellern. Und stellen Sie sich vor, die Kinder malen ihn analog der lila Kuh sogar wieder, allerdings viereckig. Insofern, meine ich, hat diese Kreatur Lobby verdient.

Das zweite Positivum: Es gibt, Frau Vorsitzende, Sie haben es gesagt, einen gemeinsamen Antrag von allen Fraktionen. Ich sag mal, immerhin ein Anfang, aber der Weg dahin war schwierig und erst gestern wurde das Ziel erreicht.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Na ja gut, für einen gemeinsamen Antrag schon, Herr Abgeordneter.

Die erste Initiative ging zurück auf den Deutschen Fischereiverband, der sich an die fischereipolitischen Sprecher der Küstenländerparlamente mit der Bitte gewandt hat, ein gemeinsames Vorgehen gegen die Industriefischerei zu ermöglichen. Die zweite Initiative, auch das darf ich hier im Parlament durchaus erwähnen, ging aus von der Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses in diesem Parlament, Frau Monegel. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Michael Ankermann, CDU)

Dann gab es erste Absprachen zwischen CDU und SPD. Der Antrag wurde nicht zurückgezogen, das will ich ausdrücklich betonen, aber er wurde aufgehoben. Es gab einen Vorschlag der CDU. Es gab eine Einigung mit der SPD. Es gab ein Zucken bei der PDS. Und – wie ein Wun-

der – auf irgendeinem Weg gelangte dieser Antrag dann zu Ihnen, Herr Minister, ins Ministerium, was Sie wahrscheinlich dazu veranlasste, die Begründung dieses Antrages an Ihre Presseerklärung vom 14.01. anzubackern.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Und nun war die Welt in Ordnung, denn diese beiden letzten Absätze Ihrer Presseerklärung sind nun die Begründung des heute uns vorliegenden Antrages. Meine Damen und Herren, ich meine das nicht persönlich, will das nicht personifizieren, ich will es auch nur auf diese Sache beziehen, aber mich beschlich da ein Spruch, der da heißt: „Künstliche Intelligenz ist kein Ersatz für angeborene Schlichtheit des Geistes.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Wie dem auch sei, ich kann mich mit dem Antrag identifizieren, soweit wir beachten, dass Fische von Artgenossen leben und Fischer von Fischen und die Industriefischerei nicht zum Topthema der Fischerei erhoben wird. Da hätten wir, wenn wir uns vor Augen halten die Einschränkungen, die ab 01.01. diesen Jahres gelten, sicher ein weit größeres Betätigungsfeld.

Zurück zum Antrag. Ihm ist zu entnehmen, dass die Industriefischerei in der Ostsee neu geregelt werden soll. Er beschränkt sich auf die Ostsee und da habe ich natürlich eine Frage: Wieso müssen wir dann Hamburg, Bremen und Niedersachsen bemühen? Dennoch sage ich, richtig ist, sich um die Solidarität aller Küstenländer zu bemühen, und das gilt sowohl für die Nordsee als auch für die Ostsee. Wir müssen uns bemühen in die richtige Richtung und das ist die Bundesregierung, denn sie allein ist der Vertreter des Mitgliedsstaates Deutschland. Und somit verschließt sich mir auch der Sinn nach Anruf des Bundesrates, denn dieses Thema ist nun wirklich kein nationales Problem und der Landesregierung könnten wir damit auch eine Menge Arbeit ersparen.

Meine Damen und Herren, ich bin wahrhaftig kein Freund der Industriefischerei, wohl aber für Sachlichkeit und das Machbare. Was das Werden des gemeinsamen Antrages so schwierig machte, ist wohl die Frage nach Verbot oder Neuregelung gewesen. Unser Antrag hat sich für die Neuregelung der Industriefischerei entschieden und, meine Damen und Herren, das ist auch das Erreichbare, wohlwissend, dass es zwischen den Fischern in Nord- und Ostsee dazu unterschiedliche Meinungen gibt.

Was ist denn nun eigentlich die Problematik der Industriefischerei? Es ist eine indirekte Fischerei. Sie wird nur durchgeführt, um andere Fische satt zu machen durch Fischmehl, Fischöl, wird verwandt in der Backwarenindustrie und in der Kosmetik. Der weltgrößte Lieferant ist Peru. Dieses Land hat uns auch die Preise hier kaputtgemacht. In Europa, Frau Monegel sagte es bereits, fischen nur Dänemark als EU-Staat und Norwegen als Nicht-EU-Mitglied. Und insofern können wir uns bei der Stärke dieser Industrie auch nicht anmaßen, hier so einfach über Arbeitsplätze zu verfügen, und sagen, die Industriefischerei muss weg.

Insgesamt, um Ihnen mal eine Größenordnung zu vermitteln, gibt es eine genehmigte Fangmenge. Es betrifft nur vier Arten: die Sprotte – als Einzige der für den Konsum benötigte Fisch in Mecklenburg-Vorpommern; bei 21.000 Tonnen genehmigte Fangmenge sind nur 25 Tonnen gefangen worden, das ganz nebenbei –, also die

Sprotte, der Stintdorsch, die Lodde und der Sandaal. Bei diesen Fischarten handelt es sich nicht um Fische, die am Boden zu finden sind, sondern es sind pelagische Fischarten, die frei im Wasser schwimmen. Und die Problematik dabei ist natürlich der Beifang. Diese Fischarten werden mit Maschenweiten von 8 bis 16 Millimeter gefischt und die Konsumfischarten, zum Beispiel Dorsch und Schellfisch, auch Kabeljau, mit Maschenweiten von 120 bis 130 Millimeter. Da lässt es sich nicht vermeiden, dass hier auch der eine oder andere Fisch im jugendlichen Stadium mitgefangen wird.

Diese kleinen Fischarten dienen auch anderen Fischen als Nahrung. Allerdings, nach Aussagen der Wissenschaft, auf die man heute ja sehr viel Wert legt, ist es nicht möglich, dass die anderen Fische diese riesigen Mengen an Industriefischen fressen. Ganz im Gegenteil, wenn ich an den Sandaal überwiegend in der Nordsee denke, sind die Schwärme so eng, dass jeder andere Fisch, der sich hineinwagen würde, glatt ersticken würde. Dennoch, an den Rändern dieser großen Bestände, leben eben unsere beliebten Konsumfische und ernähren sich davon.

Das Problem ist eben sehr vielschichtig, weil auf der einen Seite der Dorsch die Sprotte frisst und auf der anderen Seite die Sprotte die Dorscheier. Also auch daher verbietet sich schon ein generelles Verbot.

Wir müssen also, und das sagt auch unser Antrag, den Beifang neu regeln. Dafür ist sich einzusetzen. Auch da will ich Ihnen eine Zahl an die Hand liefern: Wenn 1 Million Tonnen Sandaal freigegeben werden für die Industriefischerei und davon fünf Prozent Beifang an Dorsch sein können beziehungsweise Kabeljau, dann sind das immerhin 50.000 Tonnen. Das ist mehr als die europäische Gesamtfangmenge an Kabeljau, die nämlich 41.000 Tonnen beträgt. Und insofern ist dies selbstverständlich eine Gefahr für unsere Konsumfischerei.

Ich muss allerdings auch betonen, und darum ist Adressat über die Bundesregierung die EU, dass der Rechtsstandpunkt der Europäischen Union ein ganz einfacher ist: Für sie gibt es keinen Unterschied zwischen Industriefischerei und Konsumfischerei, höchstens einen gastronomischen Unterschied, das heißt direkter oder indirekter Verzehr. Alles andere meint die Europäische Union über die technischen Maßnahmen regeln zu können.

Ich will nicht unerwähnt lassen, dass es in Deutschland keine Industriefischerei gibt, durch kein Fahrzeug. Wir haben die einzige Fischmehlfabrik in Deutschland, in Cuxhaven, die die Abfälle aus der fischverarbeitenden Industrie verarbeitet, nach denen Ökologen sehr lechzen, die sich aber ganz schwer verkaufen lassen, weil durch den hohen Grätenanteil der Ammoniakgehalt ungeheuer hoch ist. Die Lage insgesamt könnte sich, was die Industriefischerei in Deutschland angeht, ändern, wenn wie vorgesehen die Fischerei durch Bestandskrisen sehr stark eingeschränkt wird oder sogar eingestellt werden muss. Bevor die Fischer dann ihren Betrieb ganz aufgeben, könnten sie Industriefischerei zumindest auf Sprotte in Angriff nehmen. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Minister, dann sind Sie auch auf gutem Wege, dies hier für unsere Küste und für unsere Fischer vorzusehen.

Im Übrigen darf ich abschließend noch darauf aufmerksam machen, sowohl die neue EU-Fischereipolitik wie auch die Grundsätze der neuen deutschen Fischereipolitik wollen die Aquakultur ausweiten. Dies bedeutet, wenn man mehr Fische in der Aquakultur erzeugen will, muss es

auch zu einer höheren Industriefischerei kommen, da diese Fische in der Aquakultur Fischmehl benötigen.

Unter Berücksichtigung eben dieser Fakten plädiere ich dafür, weil es tiefgründig ja eigentlich dazu überhaupt noch nicht kam, das Thema im Ausschuss in Selbstbefassung noch einmal weiterzudiskutieren. Hier aber plädiere ich für Zustimmung, nun auch, um weiteren Zeitverlust zu vermeiden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Brick.

Als Nächstes hat das Wort der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Backhaus. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, denn ich kann mich auch gut entsinnen an die letzten Anträge zur Fischwirtschaft oder zur Fischerei. Und das ist doch ziemlich lange her. Deswegen bin ich ausdrücklich dankbar für diesen Antrag und ich freue mich ausdrücklich sehr darüber, dass es ein interfraktioneller Antrag ist. Und wer welche geistigen Ergüsse oder auch andere Mechanismen hier entwickelt hat, das sollten wir mal in Ruhe besprechen, Herr Kollege,

(Martin Brick, CDU: Das haben wir doch schon.)

und dann sollten wir das mal überprüfen.

Ich bin davon überzeugt, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern als das gewässerreichste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland sich viel stärker als bisher – und wir sind seit einigen Monaten dabei – in die Fischereipolitik der Europäischen Union einbringen muss, schlicht und ergreifend einbringen muss. Und wenn Sie auch noch ein paar zusätzliche Fakten haben möchten, dann werde ich sie Ihnen auch nennen.

Und zwar ist es unter anderem so, dass wir leider, um auf die Industriefischerei und die Bedeutung der Industriefischerei noch einmal einzugehen, dass wir leider erkennen müssen, die Weltmeere sind überfischt. Konsequenz sind Quotensegmente und Abbau von Kapazitäten und auf der anderen Seite natürlich auch, gerade für kleine und mittelständische Unternehmen, große Probleme. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, wenn das Tourismusland Nummer 1 der Bundesrepublik Deutschland gerade auch seine Attraktivität der Küsten und natürlich auch des Binnenlandes weiter ausgestalten möchte, dann gehört die Fischerei, sowohl die Binnenfischerei als auch und insbesondere die Kutter- und Küstenfischerei, mit dazu. Das ist ein prägendes Segment dieses schönen Bundeslandes. Deswegen bin ich froh, dass die Heringsaison im Übrigen begonnen hat – darauf haben wir auch schon hingewiesen – und dass der Hering gerade in der Ostsee sich in einem ausgezeichneten Zustand befindet. Das haben uns die Fischereibiologen ja seit Jahren und insbesondere auch andere Organisationen, zum Beispiel Greenpeace, dargestellt. Ich glaube, dass das auch ein gewisser Erfolg der Fischereipolitik der letzten Jahre in Mecklenburg-Vorpommern gewesen ist, denn – und das sind wir bei der Industriefischerei – in den küstennahen Gewässern, also in der 12-Seemeilen-Zone, ist die Industriefischerei in Mecklenburg-Vorpommern verboten. Verboten! Das ist nicht überall so. Und sehr wohl ist es rich-

tig, dass wir, was die Quoten anbetrifft, tätig werden. Insofern bin ich auch dankbar für das, was Frau Monegel angedeutet hat. Wir haben eben 10 Millionen Tonnen an Kapazitäten in Europa gefischt, 4 Millionen Tonnen davon sind in die Industriefischerei gegangen. Wenn man das mal umrechnet, sind das 40 Prozent, die tatsächlich in anderen Segmenten landen,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

anstatt sie für die wertvolle Ernährung des Menschen oder auch des Fisches zu verwenden. Hier muss eingeschritten werden. Und dass hier in den letzten Monaten, und wer den Fischereigipfel verfolgt hat, und, Herr Präsident, wenn ich das mal so sagen darf, dann hat Herr Fischler sich mit der Bundesregierung eben nicht durchsetzen können, nämlich den Dorschfang für ein oder zwei Jahre komplett auszusetzen. Was das bedeutet hätte, insbesondere für die Regionen Spanien, Frankreich, aber auch Dänemark oder Norwegen, das ist, glaube ich, klar. Aber nichtsdestotrotz, wenn ich Sie darauf hinweisen darf, dann gehen die Quoten auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern immens zurück. Und damit brauchen wir auch für unsere Fischer Alternativen.

Und ich will Ihnen auch noch mal sagen, dass der Brotfisch, auch aus DDR-Zeiten, der Hering, mal in Größenordnungen von 50.000 Tonnen gefangen worden ist. Wir sind froh, dass wir im letzten Jahr bei 14.000 Tonnen gelandet sind. Aber wir haben uns in diesem Jahr – ich glaube, das ist ein großer Erfolg, den wir errungen haben, gemeinsam für die Fischer – insgesamt 17.500 Tonnen für unsere Fischer gesichert. Deutschland hat leider nur noch eine Quote von insgesamt 25.000 Tonnen. Wir hatten in Deutschland mal eine Quote, und zwar im Jahre '98, von knapp 100.000 Tonnen. Auch hier muss man erkennen, in welche Dramatik wir uns hineinbewegen und dass Fisch zu einer sehr wertvollen Ressource wird. Und das Armeleuteessen, der Hering, wird der Vergangenheit angehören.

Oder auch beim Dorsch ist es so, dass Deutschland zurzeit eine Quote von 9.250 Tonnen hat. Wir sind mal bei 25.000 Tonnen gewesen. Oder Mecklenburg-Vorpommern, wir hatten mal über 3.000 Tonnen und landen jetzt mittlerweile bei 1.700 Tonnen. Und der Fang im letzten Jahr, und daran zeigt sich die Dramatik, der Fang im letzten Jahr lag bei knapp 1.300 Tonnen. Das heißt, der Fisch, dem man nachstellt, ist in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden.

Und deswegen ist dieser Antrag richtig. Er ist gut, aber wenn man die gesetzlichen Rahmenbedingungen konkret ändern will, muss man natürlich auch auf der Ebene ansetzen, die sie tatsächlich zu verantworten hat. Hier sitzt ja der Präsident des Deutschen Fischereiverbandes und er sitzt in den Verhandlungen mit dabei. Wir wissen ganz genau, dass natürlich innerhalb dieser Verhandlungen auch ein Ausgleich der Regionen erfolgen muss, und wenn wir die internationale Ostseefischereikommission betrachten, dann werden hier praktisch die Nägel mit Köpfen gemacht. Hier werden die Quoten verteilt und hier werden letzten Endes auch die Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre gestellt.

Ich meine, wir dürfen in Anbetracht der weiteren Entwicklung der Europäischen Union und der Ostseeanrainer natürlich auch nicht vergessen, dass EU-Bürger nicht diskriminiert werden dürfen. Innerhalb dieser rechtlichen Konstruktion sieht die Küstenfischereiordnung – ich habe

das schon angedeutet – ein Fangverbot für Industriefischerei vor und das ist, glaube ich, auch sehr sinnvoll damals in die Küstenfischereiverordnung mit eingearbeitet worden.

Diese grundsätzlichen Verbote an unserem Küstenraum stehen natürlich im Zusammenhang mit der Bedeutung der Flachwassergebiete. Hier ist ja von meinen beiden Vordnern schon indirekt darauf hingewiesen worden. Diese Flachwassergebiete gelten eben als Reproduktionsgebiete, das heißt als die Kinderstube insbesondere für den Hering, aber auch für den Dorsch in Mecklenburg-Vorpommern. Damit sind wir natürlich auch ein begehrtes Aufzuchtgebiet. Das hat sich ja im Übrigen, Herr Umweltminister, auch im Zusammenhang mit den FFH-Gebieten niedergeschlagen. Dieses Fangverbot zielt natürlich nicht auf bestimmte Fischarten ab, sondern es gibt ein generelles. Vielmehr berücksichtigt es die potentielle Wirkung der in der Industriefischerei üblichen Weise angewandten feinmaschigen Großfanggeräte in einem besonders sensiblen Gewässerbereich. Deswegen haben wir es verboten, weil die Praxis eben zeigt, dass diese Gebiete überfischt werden und damit am Erdboden auch sämtliche andere Fischarten quasi mit eingesammelt werden und dann in die so genannte Gammelfischerei hineingehen.

Deswegen befürworte ich ganz klar schärfere Regelungen, weil die gegenwärtigen EU-Verordnungen auf den nationalen Ebenen ungenügend – ich betone ungenügend – oder prinzipiell tatsächlich nicht hinreichend durchgesetzt werden. Welche Probleme wir da insbesondere mit Nachbarn haben – Schweden und Dänemark –, darauf hat Herr Brick indirekt ja schon hingewiesen.

Die seit den 70er Jahren verbotene Industriefischerei auf Hering in der Ostsee im Übrigen hat sich zwischenzeitlich wieder durch die Hintertür – ich betone durch die Hintertür – in das Fischereigeschäft tatsächlich hineingemogelt. Die Fischerei wird insbesondere durch dänische Gammelfischerei – leider so genannte Gammelfischerei – praktiziert, und das auch vor unserer Küste. Das haben wir, glaube ich, auch schon zum Teil erlebt. Daneben gibt es eine traditionelle schwedische Fischerei aus Sprotte mit einer industriellen Ausrichtung.

Herr Brick hat ja insbesondere darauf hingewiesen, dass wir in diesen Bereich sensibel mit unseren Fischern eingreifen wollen. Und ich bin dankbar dafür, dass der Präsident der Kutter- und Küstenfischer auch dieses Thema gemeinsam mit uns jetzt angehen will. Im Übrigen halte ich es für richtig, dass wir gerade, was die Heringsfischerei anbetrifft, in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten zwei Jahren gewaltige Schritte nach vorne gemacht haben. Insofern glaube ich, dass die Rahmenbedingungen für die Intensivierung der Heringsfischerei gut sind und sich die Versuchsfischerei auch in sehr positiven Ergebnissen niedergeschlagen hat. Angesichts der stark rückläufigen Dorschquote gibt es zum Heringsfang in Mecklenburg-Vorpommern keine andere Alternative.

Insofern sind wir natürlich auch gespannt auf die Inbetriebnahme der ersten Verarbeitungsstufe am Standort Saßnitz/Mukran. Daher darf der Ostseehering aus meiner Überzeugung heraus heutzutage einfach nicht mehr gezielt zu industriellen Zwecken eingesetzt werden. Das muss, glaube ich, auch die Botschaft sein. Wir wollen an der Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommerns diesen Hering für den Konsum, also für die menschliche Ernährung und nicht die Gammelfischerei,

(Beifall Udo Timm, CDU)

auch nicht unter irgendeinem Deckmäntelchen, das sich unvermeidlich als Beifang darstellt. Auch dieses wollen wir nicht. In der Nordsee sind die Nahrungsnetze noch komplexer als in der Ostsee und insofern ist das auch etwas differenzierter zu betrachten.

Mitfang unerwünschter Arten steht im Übrigen – ich habe das schon angedeutet – mit auf der Tagesordnung. Die tatsächlichen Relationen degradieren so genannte Zielarten wie beispielsweise die Seesunge als Beifang. Diese wird dann unter anderem mit in der Gammel-fischerei verarbeitet. Das darf einfach so nicht mehr stattfinden. Insofern gibt es viel größere tatsächliche Graubereiche, die in der industriell orientierten Fischerei gemeinhin offiziell bekannt sind. Es gibt diese Graubereiche, die stärker untersetzt und stärker überprüft werden müssen. Insofern hoffe ich, dass wir in der Zukunft hier vorankommen.

Wir werden alles daransetzen, dass dieser Antrag auch innerhalb des Bundesrates diskutiert wird. Ich werde mich in diese Entwicklung intensiv einbringen. Und ich bin davon überzeugt, dass auch und insbesondere die Aquakultur für das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Perspektive hat. Aus diesem Grunde brauchen wir in der Zukunft auch gewisses Fischeiweiß, um diese Maßnahmen voranzutreiben, und dort, wo es sinnvoll ist, sollten wir hier auch eine gemeinsame Entschließung innerhalb des Bundesrates in Richtung der Bundesregierung formulieren. Vor allem ist es essentiell, diesen Bestandteil hochwertiger Futtermittel quasi auch für die Aquakultur bereitzustellen. Wir wissen gemeinsam, dass hier Potentiale im Lande Mecklenburg-Vorpommern entwickelt werden und wir dazu auch eine klare Haltung haben.

In diesem Sinne bin ich dankbar für diesen Antrag. Wir werden alles daransetzen, dieses auch zukünftig zu berücksichtigen und in die gemeinsame Arbeit einzubringen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Andras Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächstes hat das Wort die Abgeordnete Frau Wien für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Wien.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Womit haben Sie es eigentlich verdient, jetzt einen vierten Fachvortrag über Gammelfischerei zu hören? – Gut. Die Spielregel ist so, dann machen wir das halt noch.

Wir als PDS-Fraktion geben jetzt freimütig auch zu, dass wir der Stein des Anstoßes waren. Es ist ja heute hier schon gesagt worden – unser Grundansatz lautet: Rettet die Fische und rettet die Fischer! Bekanntermaßen können die Fische ganz gut ohne Fischer, aber die Fischer recht schlecht ohne Fische. Und in diesem Grundansatz liegt eigentlich, dass ja Mutter Natur mit sehr viel Kraft und Mühe und Fingerspitzengefühl mal ein Gleichgewicht hergestellt hat, was wir relativ schnell sozusagen mit dem Hintern einreißen. Und darum haben wir in unserem Ursprungsantrag dafür plädiert, ein gesamtes Verbot der Gammelfischerei vorzunehmen. Dabei hatten wir zum Beispiel aus den 80er Jahren kommend die gesamte Geschichte mit der Dorschfangquote vor Augen. Die Folgen

bekommen wir heute noch zu spüren und werden sie sicherlich auch noch lange haben.

Am Tag der Einbringung des Antrages, das ist hier auch schon dargestellt worden, hat die CDU-Fraktion signalisiert, dass sie hier mitgehen würde und einen gemeinsamen Antrag möchte. Und, wie auch hier schon dargestellt, nach langen Diskussionen kamen wir dann zu dem Antrag, den wir jetzt so stellen, an dem wir uns gern beteiligen und der sicherlich noch nicht das letzte Wort, aber der richtige Weg sein wird. Er ist für unsere Fraktion eigentlich noch nicht weitreichend genug, aber Politik ist eben auch Konsensbildung, und da haben wir uns gesagt, das ist ein Anfang. Es ist gut, wenn alle drei Fraktionen daran mitarbeiten. Wie gesagt, das Ziel ist „Rettet die Fische und rettet die Fischer!“, und dabei möchte ich es hier auch belassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Wien.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/188. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag auf der Drucksache 4/188 einstimmig beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/157.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/157 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Brodkorb für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

Mathias Brodkorb, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Hochschulen des Landes haben für die Entwicklung des Landes eine herausragende Bedeutung. Ich möchte die verschiedenen Funktionen, die die Hochschulen übernehmen, noch einmal in der gebotenen Kürze darlegen:

Sie sind erstens Zentren des Wissens, sie generieren Wissen und vermitteln es und dieses Wissen kommt direkt und indirekt der gesamten Gesellschaft zugute.

Sie sind zweitens geistig-kulturelle Zentren, die weit über die Hörsäle hinaus Menschen in den kulturellen Bereichen und in der Zivilgesellschaft inspirieren, und in Zeiten von Internationalisierung der Wissenschaft natürlich auch über die Ländergrenzen hinweg.

Sie sind drittens Zentren wirtschaftlicher Innovation. Aus den Fachhochschulen und Universitäten heraus hat es zahlreiche Existenzgründungen gegeben. Und diese Existenzgründungen, die erfolgreich waren, haben vielen Menschen des Landes Beschäftigung und eine Lebensperspektive geboten. Diese Funktion ist vielleicht nicht die wichtigste, aber auch nicht die unwesentlichste Funktion von Hochschulen.

Viertens sind die Hochschulen des Landes auch Zentren des demokratischen Zusammenwirkens und sie werden dies in Zukunft noch in verstärkterem Maße sein.

Das Landeshochschulgesetz bietet an zwei Punkten enorme Entwicklungspotentiale: Wir werden in Zukunft erstens mit selbständigeren Hochschulen konfrontiert sein und diese Hochschulen werden zweitens durch Erweiterung von Mitbestimmungsrechten der der Universität angehörigen Gruppen noch erhebliche Potentiale in der Demokratisierung haben.

Die Bedeutung der Hochschulen findet auch ihren Niederschlag im Landeshaushalt. Ich darf die Zahlen kurz nennen: Im Jahr 1991 betrugen die Ausgaben für die Hochschulen ohne Medizin 10,44 Prozent des Haushaltes, im Jahr 2001 waren es bereits 16,73 Prozent. Hieran haben, das darf man der Fairness halber natürlich sagen, auch Vorgänger-Regierungen ihren Anteil und damit auch Parteien, die im Moment in der Opposition sind.

Die Bedeutung der Hochschulen wird, was den Haushalt angeht, auch ausgedrückt durch die Ausstattung der Hochschulen mit Personalmitteln. Wie Sie alle wissen, wird es bis zum Jahr 2006 einen jährlichen Anstieg der Personalbudgets für die Hochschulen von 1,5 Prozent geben. Nun gibt es eine Reihe von Politikern des Landes und auch von Betroffenen, die sagen, dass dies kein Zuwachs von Mitteln, sondern eine Kürzung von Mitteln ist. Wie dies immer bei dem berühmten Glas ist, das man als halb leer oder halb voll betrachten kann, kommt es auch hier auf die Perspektive an.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass materiell betrachtet, was die Personalstellen angeht, wir selbstverständlich mit einer Kürzung umgehen müssten, aber monetär betrachtet ist und bleibt es ein Zuwachs. Und wenn Sie das mit anderen Bereichen vergleichen, dann müssen Sie feststellen, dass viele andere Bereiche nicht einmal über diesen monetären Zuwachs verfügen und im Umkehrschluss noch sehr viel mehr Einsparungen im materiellen Bereich zu verkraften haben. Es ist daher durchaus gerechtfertigt, davon zu sprechen, dass die Hochschulen in einer Situation der relativen Privilegierung sind.

Nun haben wir zwei grundlegende Strukturbrüche beziehungsweise Faktoren, die die Hochschullandschaft des Landes deutlich verändern werden. Wir haben auf der einen Seite einen nicht nur jetzt angespannten Haushalt, sondern im Rahmen des Solidarpaktes II die Notwendigkeit, die Strukturen des Haushaltes langfristig neu zu ordnen. Und wir haben zweitens eine demographische Entwicklung, die den Anteil der älteren Bürger erhöht und im Umkehrschluss die Anzahl der jüngeren Bürger und damit auch der Studierenden reduziert. Diese beiden Faktoren zwingen schon heute dazu, die Strukturen der Universitäten neu zu ordnen, um sie langfristig stabil zu halten.

In dieser Situation gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten und ich möchte diese drei Möglichkeiten in aller Deutlichkeit in diesem Haus ansprechen:

Wir hätten die erste Möglichkeit, einen der beiden Universitätsstandorte zu schließen. Das wäre die sauberste Möglichkeit. Das wäre wissenschaftlich vielleicht sogar die beste, weil wir plötzlich so viel Geld hätten, dass wir einen, vielleicht sogar den besten Hochschulstandort von ganz Deutschland finanzieren könnten. Nur wer möchte schon Rostock schließen, die größte Universität des Lan-

des, die auch zentral gelegen ist? Oder wer möchte die Axt anlegen an den Standort Greifswald, der strukturalpolitisch für Vorpommern eine sehr große Bedeutung hat und im Rahmen der Internationalisierung der Wissenschaftslandschaft auch für den Ostseeraum eine herausragende Bedeutung erlangen wird?

Es bleibt daher die zweite Möglichkeit, die zurückgehenden Gelder gleichmäßig auf alle zu verteilen nach dem Motto: Geteiltes Leid ist halbes Leid. Manch einer mag glauben, dies würde gerecht sein, wissenschaftspolitisch wäre es fatal. Wissenschaft ist nicht unterhalb eines gewissen Niveaus durchführbar und eine gleichmäßige schrittweise Kürzung in allen Bereichen würde nach einer überschaubaren Zeit dazu führen, dass viele Bereiche unterkritische Größen erreichen und die Universitäten insgesamt an die Wand gefahren werden.

Es bleibt daher, wenn man die Fakten nüchtern betrachtet, nur eine dritte Möglichkeit: Es müssen Kräfte gebündelt werden, wir müssen zu effektiveren Strukturen kommen und auf diese Art und Weise finanzielle Mittel einsparen, ohne die Qualität der Hochschullandschaft des gesamten Landes negativ zu beeinflussen.

Es wird die Aufgabe der derzeitigen Landesregierung sein, in Zusammenarbeit mit den Hochschulen einen solchen Prozess einzuleiten. Für dieses Ziel steht der Begriff der Wissenschaftsregionen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten besprochen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Dr. Dr. Metelmann. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte Ihnen einen Zwischenbericht geben und ein Arbeitsprogramm vorstellen zur Situation und Perspektive der Hochschulen. Und ich möchte das ganz bewusst an den Anfang der Debatte stellen, um zunächst einmal etwas auf den Tisch zu legen, an dem man dann arbeiten kann. Ich möchte das ein Programm von der Hochschule zu den Wissenschaftsregionen nennen und in sechs Gedankenschritte gliedern.

Erster Punkt. Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sind heute in erster Linie Zentren für Wissenschaft, Kunst und Kultur und so erfüllen sie vornehmlich in diesem Sinne ihre Aufgaben in Lehre und Forschung. Lassen Sie mich das mit einigen Zahlen und Namen untersetzen: Die Zahl der Studierenden zum Beispiel zwischen 1997 und 2002 ist von 22.000 auf über 29.000 angestiegen, die Zahl der Absolventen von 1.500 im Jahre 1992 auf jetzt fast 2.600, die Zahl der jährlichen Promotionen von 117 auf heute 406. Das ist deshalb eine interessante Zahl, weil sie 15 Prozent über dem Durchschnitt liegt, den wir eigentlich aus der Zahl unserer Absolventen und unserer Wissenschaftler überhaupt erwarten dürften. Im Bundesdurchschnitt sind es 15 Prozent mehr wissenschaftliche Aktivitäten, die zu einem Erfolg führen.

Lassen Sie mich einfach auch mal die großen Forschungsprojekte ansprechen, die in diesem Land für die Qualität der Hochschulen stehen, die Projekte in der Spitzenklasse der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Dazu gehört ein Sonderforschungsbereich, der sich mit ionisierten Plasmen beschäftigt, und dazu gehören immerhin sieben – das ist eine außerordentlich hohe Zahl, wenn man sie vergleicht mit den Ergebnissen, die andere Bundesländer aufweisen – Graduiertenkollegs, die sich beschäftigen mit Fremdheit und Integration im Ostseeraum, mit genetischen Fragen, mit bakteriellen Fragen, mit Fragen der interzellulären Kommunikation, mit Sensor-Aktorsystemen, mit multimedialen Daten, mit Vielteilchensystemen. Es soll nur deutlich werden, dass dort wirklich Projekte dahinter stehen, gute Namen von wissenschaftlichen Standorten, und dass es sich über ein breites Spektrum von Wissenschaft erstreckt. So viel zur wissenschaftlichen Situation der Hochschulen, wie wir sie heute vorfinden.

Zweiter Punkt. Über ihre wissenschaftliche Kernfunktion hinaus haben die Hochschulen aber auch große Potentiale, die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und insbesondere im Arbeitsmarkt genutzt werden können und müssen. Auch dazu einige Zahlenangaben: Drittmittel – die Hochschulen haben 1997 27 Millionen Euro in das Land hineingeholt. Dann hat es einen wirklich mathematisch korrekt exponentiellen Anstieg gegeben. Heute sind es 42 Millionen Euro, die – nein, das heißt im Jahr 2001 – an Drittmitteln hineingeholt wurden, Geld, das in dieses Land geflossen ist aus verschiedenen wissenschaftsfördernden Quellen. Damit sind etwas über 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze an den Hochschulen geschaffen worden.

Bei den Unternehmensgründungen wird immer wieder angesprochen, was an Zahlen richtig dahinter steckt. Wir haben die Daten aus der Erhebung GründerFLAIR, einer Erhebung, die im letzten Jahr abgeschlossen worden ist. Allein an der Universität Rostock – ich war selbst verblüfft – sind über 600 Unternehmen als Ausgründungen entstanden mit rund 9.200 Arbeitsplätzen. Rostock ist ein Zentrum. Auch die Fachhochschulen haben außerordentliche Leistungen an ihren Standorten entwickelt. Für die Hochschule Wismar gab es 42 Unternehmensgründungen in den letzten vier Jahren, für die Fachhochschule Stralsund 13 Firmen. Das ist ein richtig wirtschaftliches Potential in den Hochschulen.

Dritter Punkt. Der zunehmende freie Wettbewerb starker Hochschulen im In- und Ausland und die Dynamik der Wissensgesellschaft sowie nicht zuletzt die wirtschaftliche Lage unseres Landes zwingen die Hochschulen künftig in Mecklenburg-Vorpommern, sich neu aufzustellen, um dadurch neue Kräfte zu entfalten.

Lassen Sie mich einen Blick auf die Konkurrenz werfen. Eine Zahlenangabe, wie wir sie in jedem Jahr aus den Hochschulinformationssystemen herausbekommen: Bei den Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft je besetzter Professur liegen wir in den Geisteswissenschaften zum Beispiel an der Universität Greifswald nur bei 49 Prozent des Bundesdurchschnitts. Die anderen holen mehr Drittmittel mit jedem Wissenschaftler hinein. Wir liegen in Naturwissenschaften der Universität Rostock bei nur 71 Prozent. Diese Zahlen haben verschiedene Ursachen. Man muss darüber sprechen, aber es sind leider die Zahlen, mit denen wir bundesweit immer wieder ausgewiesen werden und wo jede Hochschule hineinblicken und sagen kann: Na, wie sieht denn die Konkurrenz aus, zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern?

Ein anderes Beispiel für die Konkurrenzsituation im In- und Ausland: Die Zahl der ausländischen Studierenden – ein Maß für die Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland – ist in unserem Lande außerordentlich positiv. Wir haben 1993 noch 464 Studierende nach Mecklenburg-Vorpommern holen können, heute sind es schon 1.318. Das ist ein Gesamtanteil von 4,7 Prozent von allen Studierenden in unserem Land, aber der Bundesdurchschnitt liegt bei 11 Prozent. Es gehen also offensichtlich wesentlich mehr Studierende, wenn sie nach Deutschland kommen, in andere Bundesländer.

Ein weiterer Punkt – die Studienplätze, die von der Zentralvergabestelle der Studienplätze verteilt werden, Sie kennen die ZVS-Fächer. Auch das ist ein Maß, wie viele junge Menschen sich denn mit Erstpriorität für die Studienplätze in unserem Land bewerben. Auch da haben wir ganz wunderbare Entwicklungen. Ich nehme mal das Fach Psychologie heraus. 1991 waren dort auf einem Studienplatz noch 0,5 Bewerber. Das heißt, wir hatten 2 Studienplätze und nur einer wollte ihn haben. Heute beträgt die Zahl in der Psychologie 3,98 Bewerber. Heute drängen sich 4 Bewerber um einen Studienplatz in der Psychologie in diesem Bundesland – ein wunderbares Ergebnis, fast die Spitze der Attraktivität in Deutschland. Aber es ist nur ein Fach, während genug ZVS-Fächer in diesem Land an beiden Hochschulen existieren, wo die Zahl der Studienplätze mal gerade der Zahl der Bewerber ähnelt – ein Hinweis auf die Attraktivität.

Welche positiven Wettbewerbseffekte in dieser Konkurrenz zu erzielen sind, sehen wir an den Neuorientierungen und Reformschritten. Ich denke mal nur an die Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse. Diese haben die Studienanfängerzahl auf das Dreifache der Erwartungen, auch nach unserer Einwohnerzahl, hochgedrückt – eine ausgesprochen attraktive Entwicklung. Und nur eine Bemerkung zu den ernstesten Themen, die heute gerade in die Presse gekommen sind: Die englischen Akkreditierungsbehörden machen da erhebliche Probleme, sie tun das mit den ordinary degree. Das Problem haben wir in diesem Land zum Glück nicht, weil wir den Bachelor nicht zu einem Abitur de luxe ausgebaut haben, sondern zu einem Bachelor of Science. Ich sehe den Diskussionen, die die KMK jetzt führen wird, jedenfalls von der Grundlage der beiden Universitäten in diesem Lande, mit großer Ruhe entgegen. Es liegt auch daran, dass wir nicht auf den Fehler verfallen waren, einfach hier Flaschen umzuetikettieren und zu sagen, das, was vorher ein grundständiges Studium war, nennen wir jetzt mal einfach Bachelor. Das ist sicher ein Fehler gewesen. Die Hälfte der deutschen Hochschulen hat sich zu diesem Weg entschlossen, die in diesem Lande nicht.

Ein vierter Punkt. Ein wesentliches Element der unabdingbaren Neuaufstellung besteht in der Auflösung der Kleinteiligkeit und in der Separation der Hochschulen, indem wir zu einer Zusammenarbeit untereinander und mit den Wissenschaftspartnern kommen. Und für dieses Denken und Handeln gibt es in diesem Land erfolgreiche Beispiele. Ich will eins herausgreifen: das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald in Kooperation mit der Universität Greifswald und auch der Universität Rostock sowie der Fachhochschule Stralsund. Alle zusammen arbeiten an der kontrollierten Kernfusion, um mit einem zukünftigen Forschungsreaktor Energie durch Verschmelzung leichter Atomkerne zu gewinnen. Das ist ein weltweit außerordentlich renommiertes Projekt, das uns ja

immerhin empfiehlt als ITER-Standort, und die wirtschaftliche Bedeutung ist ähnlich richtungsweisend. Durch seine anteilige Landesfinanzierung von 6 Millionen Euro ist durch Förderung des Bundes und durch das Atomprogramm ein Gesamtaufkommen von 77 Millionen Euro entstanden. Da haben wir 1 Euro Landesmittel eingesetzt und 13 Euro Wertschöpfung erhalten. Das sind 257 hochqualifizierte Arbeitsplätze für Wissenschaftler. Und für mich eine sehr schöne Feststellung: 65 Prozent dieser Wissenschaftler-Arbeitsplätze sind mit dem Nachwuchs der eigenen Hochschulen und aus Mecklenburg-Vorpommern besetzt.

Die große Sorge war ja lange Zeit, dass gerade das Institut als Teilinstitut auch am Standort Garching in Mecklenburg-Vorpommern nur daraus lebt, dass die Garchinger Wissenschaftler einfach alle umziehen und hier weitermachen. Das ist zum Glück nicht der Fall. 65 Prozent der Wissenschaftler kommen von hier, sind an hiesigen Hochschulen ausgebildet. Übrigens 11 Prozent der Forscher sind aus dem Ausland nach Greifswald geholt worden.

Ähnliche Kooperationserfolge zwischen Universitäten, Fachhochschulen, Forschungszentren und forschungsintensiven Unternehmen weist Mecklenburg-Vorpommern auf im Max-Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock, im Institut für Ostseeforschung, im Institut für Atmosphärenphysik, Niedertemperatur-Plasmaphysik in Greifswald, Dummerstorf ist zu nennen, das Katalyseforschungsinstitut ist zu nennen, Diabetesforschung in Karlsburg, Fraunhofer Institut für Graphische Datenverarbeitung, Anwendungszentrum für Großstrukturen, Fernerkundungszentrum Neustrelitz – zehn große Forschungsverbünde in der ersten Kategorie der deutschen Forschung und alle aus dem Zusammenarbeiten von Hochschulen und außerhochschulischen Einrichtungen.

Fünfter Punkt. Diese Kooperationsprojekte weisen den Weg zu Wissenschaftsregionen in Mecklenburg-Vorpommern, in denen die Hochschulen die wesentlichen Entwicklungskerne bilden. Und für diese Aufgaben sind eine Reihe von gesetzgeberischen Vorbereitungen ja in diesem Hohen Hause getroffen. Das Hochschulgesetz enthält eine Experimentierklausel für die Öffnung der Hochschulen. Und wir haben Regelungen für hochschulübergreifende Leitungsstrukturen. Ich denke an die Landesrektorenkonferenz, an die Landeskonzferenz der Studierenden und an den landesübergreifenden Hochschulrat.

Lassen Sie mich zum sechsten und letzten Punkt kommen. Unter dem steigenden Druck des Wettbewerbs und mit dem Blick auf die Dynamik der weltweiten Wissensgesellschaft ist schnelles Handeln der Hochschulen erforderlich. Dieser Druck entsteht im europäischen Hochschulraum nach der Deklaration von Bologna und vor der nächsten Strategiekonferenz im Herbst 2003 in Berlin. Dieser Druck entsteht aus dem 7. Europäischen Rahmenprogramm, das jetzt schon konzipiert wird, das Sechste ist gerade angelaufen. Die Zielsetzung des 7. Rahmenprogrammes zur Forschungsförderung wird gerade jetzt geschrieben. Die GATS-Verhandlungen – General Agreement Trade and Services – werden zu einer Neuorientierung von Wirtschaft und Wissenschaft führen. Wir sind in Zeitdruck.

Und ich möchte das Prozedere für die nächsten Monate umreißen:

1. Konturierung der Eckwerte der Hochschulentwicklung zu den Haushaltsberatungen 2004/2005, wobei die Hochschulen jetzt aufgefordert sind, ihre eigenen Vorstellungen als gemeinsame Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten
2. Einleitung von administrativen Konzentrationen
3. Gründung einer gemeinsamen Weiterbildungseinrichtung
4. Weiterentwicklung und Profilierung der Innovationsagentur als gemeinsame Aktionsplattform von Wirtschaft und Wissenschaft
5. Vorbereitung eines Initiativkreises „Bündnis für Wissenschaft“ unter Beteiligung maßgeblicher Wissenschaftsorganisationen und Fördereinrichtungen.

Was ist die Zielsetzung?

Die Zielsetzung ist, unsere Hochschulen zu verstärken und die konkurrenzfähigen hochschulübergreifenden Schwerpunkte und Markenzeichen in Forschung und Lehre stark zu machen.

Ein zweiter Punkt ist, die Hochschulen zu stabilisieren als selbstverantwortliche Institutionen für Wissenschaft und Künste und als integrative Partner der Wirtschaft.

Ein weiterer Punkt ist die Sicherung eines landesweiten Fächerangebotes in der Differenziertheit der Hochschulen. Es geht um die Verbesserung der Durchlässigkeit der Bildungsgänge, der beruflichen Übergänge, der Zugangsmöglichkeiten. Und nicht zuletzt geht es um eine Verstärkung unserer Hochschulen aus der Partnerschaft heraus als Grundlage qualitativer Verbesserungen.

Ich darf das zusammenfassen: Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sind nicht nur Traditionsstätten von Wissenschaft, Kunst und Kultur, sondern sie sind auch Entwicklungskerne wirtschaftlicher Entwicklung. Diese doppelte Daseinsberechtigung ist ein Stück ihrer Zukunftsorientierung. Und diese Zukunftsorientierung muss den europäischen Hochschulraum in den Blick nehmen, wobei sich gerade im Ostseeraum starke Wissenschaftszentren zu leistungsfähigen Wissenschaftsregionen zusammenschließen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gemäß Paragraph 85 der Geschäftsordnung hat die CDU-Fraktion damit eine Minute mehr Redezeit.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lochner-Borst für die Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag zur Hochschulentwicklung wirft zahlreiche Fragen und einiges an Diskussionsbedarf auf.

Herr Minister, Sie haben einige Fragen teilweise beantwortet, ich möchte sie trotzdem an dieser Stelle noch einmal deutlich in den Raum stellen:

- Wie genau definiert sich der Begriff von Bildungs- beziehungsweise Wissenschaftsregionen?
- Welche Rolle spielt die Wirtschaft in diesem Zusammenhang?

- Sollen Fachbereiche an bestimmten Universitäten und Fachhochschulen gebündelt werden?
- Sollen Verwaltungskooperationen entstehen?
- Welche Haltung haben die Hochschulen selbst zu diesem Vorhaben?
- Weiter muss geklärt werden, wie eine Konzentration unterhalb der Fusionsebene aussehen soll. Was konkret soll konzentriert werden? Wo fängt die Konzentration an und wo hört sie auf?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

- Was ist das Endergebnis dieser Konzentration?
- Ist Fusion nicht zwangsläufig die Folge von Konzentration?

All diese Fragen bedürfen einer intensiven Diskussion.

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf achten, dass der zweite Schritt nicht vor dem ersten gemacht wird. Lassen Sie uns zunächst einmal dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für unsere Hochschulen stimmen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

damit sie auf einer gesicherten Grundlage ihre Pläne erstellen können, denn schließlich ist dies die oberste Aufgabe des Parlaments. Die Stellungnahme von Professor von Mutius zur Verfassungsbeschwerde zeigt einen der Schwachpunkte im Landeshochschulgesetz auf. Zuerst sollten wir also die handwerklichen Fehler des LHG beseitigen, damit ein verlässlicher Rahmen für die Hochschulen vorliegt, in dem sie sich dann tatsächlich autonom bewegen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Als Nächstes müssen wir darüber einig werden, dass Bildung und Wissenschaft eine höhere Priorität einzuräumen sind.

(Beifall Karin Strenz, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Es passt nicht zusammen, wenn man Hochschulen modernisieren und stärken will, ihnen aber gleichzeitig die dafür notwendigen Finanzmittel nicht zur Verfügung stellt

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und somit 450 Stellen wegfallen. Die Reaktionen der Universitäten und Fachhochschulen dazu sind eindeutig.

Hochschulpolitik, meine Damen und Herren, ist auch eine Frage von Landesentwicklung und Wirtschaftskraft. Sicherlich haben die Arbeitsmarktprogramme des Landes kurzfristige Wirkung, langfristig helfen sie aber nicht weiter. Wissenschaft und Forschung jedoch vermögen im internationalen Wettbewerb unsere ausgezeichnete geographische Lage an der Schnittstelle zur erweiterten Europäischen Union und zum Ostseeraum für das Land zu nutzen. Gut qualifizierte junge Menschen sind das Potential für Innovation und mehr Wachstum. Sie werden unser Land für Unternehmer attraktiver machen. Außerdem sind die Hochschulen und die wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes die Basis für technologische Entwicklung, denn Hochtechnologie muss sich auf solide Forschungs- und Entwicklungsarbeit stützen können. Hier liegen die größten Chancen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Stimmt!)

Wir müssen uns also überlegen, ob wir weiterhin Millionen in den öffentlichen Beschäftigungssektor stecken wollen, um kurzfristig Probleme zu lösen, oder ob wir nicht zumindest einen Teil dieser Mittel in die Zukunft unseres Landes und damit auf lange Sicht investieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hochschulen sind schon lange keine weichen Standortfaktoren mehr, sondern knallharte Faktoren für die Wirtschaft.

Auch müssen wir uns mit der Frage der Hochschulautonomie befassen. Die Einführung von Globalhaushalten ist keinen Cent wert, wenn weiterhin jeder Haushaltstitel mit dem Zuständigen im Ministerium diskutiert werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU, und
Kerstin Fiedler, CDU: Richtig.)

Hochschulautonomie meint aber nicht nur eine Befreiung von finanzieller Steuerung, sondern auch eine Befreiung von Detailsteuerungen. So sollte beispielsweise auf die Profilbestimmung der Hochschule kein Einfluss ausgeübt werden. Das Land muss die Hochschulen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben absichern und ihre Leistungskraft stärken, alles andere obliegt den Hochschulen selbst. Wir reden viel von Hochschulautonomie. Das LHG wurde von der Landesregierung als eines der modernsten in Deutschland gepriesen. Experten hingegen ordnen es im bundesweiten Ranking als mittelmäßig und durchschnittlich ein.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, das ist doch Schnee von vorgestern, Frau Lochner-Borst!
Wiederholen Sie das doch nicht immer!)

Viel wichtiger ist aber die Frage, Herr Bartels, was sich eigentlich seit der Verabschiedung des Gesetzes für die Hochschulen in der Praxis geändert hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ist trotzdem richtig. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich erkläre es Ihnen noch mal, Herr Born.)

Wenn dann wieder Ruhe einkehrt, würde ich weiterreden.

Lassen Sie uns in andere Bundesländer schauen, wo Hochschulentwicklung schon weiter fortgeschritten ist! Wir müssen das Rad nicht neu erfinden.

(Karin Strenz, CDU: Genau!)

Schauen wir nach Nordrhein-Westfalen oder Hessen, wo traditionelle Steuerungen bereits durch ein neues Steuerungsverständnis ersetzt wurden!

(Beifall Karin Strenz, CDU)

Werfen wir einen Blick auf den hessischen Hochschulpakt, der die Aufgaben von Land und Hochschulen neu definiert! Sicher gibt es hier brauchbare Ansätze und Ideen, die uns weiterbringen können.

Meine Damen und Herren, die Zukunft unseres Landes hängt in höchstem Maße von der Entwicklung unserer Hochschulen ab. Deshalb ist der vom Minister gegebene Ausblick in die Zukunft sicher gut, aber eine Sachstandsanalyse ist jetzt viel wichtiger. Lassen Sie uns zunächst

die Hochschulen anhören und den zuständigen Fachausschuss über die Ergebnisse beraten! Erst wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen und die Aufgaben von Land und Hochschulen klar abgegrenzt sind, kann an den Hochschulen eine solide und zukunftsfähige Planung stattfinden. Deshalb unterstützt die Fraktion der CDU die Überweisung dieser Drucksache in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Bartels für die Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Irgendwie habe ich ein paar Monate lang die Geschichte von der Ranking-Legende vermisst, doch sie ist wieder da. Frau Lochner-Borst, es tut mir Leid, ich hätte gehofft, dass wir das nun endlich begraben hätten und dass auch die CDU endlich gemerkt hätte, dass diese Ranking-Ergebnisse sich auf den Entwurf der Landesregierung beziehen und dass alle Fachleute einstimmig sagen, die Kritikpunkte dieses Rankings sind gerade durch die Veränderungen hier im Landtag wesentlich behoben worden. Vielleicht nimmt das auch die CDU dann doch einmal zur Kenntnis!

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Das wäre doch schön, weil wir dann sachlicher diskutieren können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war die Ohrfeige von der Landesregierung, ja.)

Und eine zweite Vorbemerkung: Frau Lochner-Borst, die Verfassungsbeschwerde gegen einen Absatz eines Paragraphen des Landeshochschulgesetzes ist sicher eine komplizierte Geschichte. Was sie in unserem Zusammenhang mit diesem Antrag zu tun hat, habe ich nicht verstanden. Vielleicht erklären Sie es mir bei Gelegenheit noch einmal. Und ich will auch daran erinnern, wenn wir hier dieses Thema aufgreifen, dass Professor Dr. von Mutius die Intention dieses Absatzes und auch seine wesentliche inhaltliche Ausgestaltung ausdrücklich bejaht hat im Gegensatz zu der Verfassungsbeschwerde. Aber wir werden darüber bei Gelegenheit sicher hier in diesem Hohen Haus noch reden, weil wir ja hier aktiv werden.

Lassen Sie mich nun zum eigentlichen Thema des heutigen Tages kommen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Können wir.)

und durchaus auch anfangen beim Landeshochschulgesetz, dessen Verabschiedung am Ende der vergangenen Legislaturperiode mit Ausnahme der CDU allseits begrüßt worden ist und was jetzt dazu führt, dass an den Hochschulen ziemlich heftige Unruhe herrscht, denn die Hochschulen müssen innerhalb kürzester Zeit eine neue Grundordnung und eine neue Wahlordnung erstellen, sie müssen die Wahlen für die neuen Gremien vorbereiten, sie müssen noch vor den Eckwerten Hochschulentwicklungspläne mit den notwendigen Strukturentwicklungen entwerfen, diskutieren, beschließen und sie müssen sich vorbereiten auf die Einführung der budgetierten Globalhaushalte bis 2004 an den Fachhochschulen beziehungsweise 2006 an den Universitäten und der Hochschule für

Musik und Theater, das Letztere natürlich in Verbindung mit dem Ausbau der Kosten- und Leistungsrechnung. All das sind komplizierte Geschichten und sehr viele Leute an den Hochschulen – erfreulicherweise auch viele Studierende – engagieren sich in diesen Zusammenhängen, bringen sich ein. Und wer ein bisschen an den Hochschulen ist, weiß, dass hier eine sehr produktive Unruhe an den Hochschulen herrscht, über die ich mich sehr freue.

Das Problem, das wir nun haben, ist, dass wir in dieser Situation nun als Politik mit einem neuen Terminus kommen. Dieser Terminus der Wissenschaftsregion erregt an den Hochschulen natürlich auch zusätzliche Unruhe und schafft Ängste. Deshalb will ich eine Anmerkung machen zum Umgang mit dem vorliegenden Antrag und dann eine etwas ausführlichere zum Anliegen des Antrages.

Zum Umgang – und da würde ich Ihnen doch noch einmal widersprechen, Frau Lochner-Borst: Der Landtag hat nach dem neuen Landeshochschulgesetz nicht nur den Rahmen zu schaffen, sondern er hat mit der Zustimmung zu den Eckwerten und mit der Zustimmung zu den einzelnen Zielvereinbarungen eine wesentlich größere inhaltliche Verantwortung als in der Vergangenheit, was die zukünftige Hochschulpolitik betrifft. Ich denke, dass wir diesen Antrag nutzen sollen, um die dafür notwendige vorbereitende Diskussion im Ausschuss und im Landtag zu beginnen, weil wir dann später mit wesentlich mehr Sachkenntnis über die Eckwerte und die dann auch vorliegenden Zielvereinbarungen hier diskutieren und entscheiden können. Und ich glaube, dass es angesichts dieser breiteren Verantwortung des Landtages in diesem Umfang durchaus logisch ist, dass wir jetzt – und nicht erst, wenn Eckwerte vorliegen – mit der inhaltlichen Debatte beginnen.

Die Frage des Umganges berührt auch eine zweite Frage. Ich hatte schon gesagt, dass es Ängste gibt an den Hochschulen im Zusammenhang mit der Wissenschaftsregion. Ich will nur auf zwei Dinge hinweisen: Die Fachhochschule Neubrandenburg, damals war es noch nicht die Fachhochschule, aber die Einrichtung hat schon einmal eine kurze Phase als Außenstelle der Universität Greifswald erlebt und die wird natürlich bei dem Wort „Wissenschaftsregion“ sofort wieder aktualisiert und zu dem gleichen Problem auch Ängste erregen. Dann möchte ich nur an die etwas unglücklich gelaufene Debatte einer denkbaren Fusion zwischen der Fachhochschule Stralsund und der Greifswalder Universität erinnern. Und deshalb sage ich, die Überweisung und Diskussion im Ausschuss auch deshalb, weil wir bei diesem wichtigen Problem die Betroffenen mitnehmen müssen, weil wir mit ihnen gemeinsam beraten müssen, wie der richtige Weg ist, und auf keinen Fall über ihre Köpfe hinweg hier irgendwelche Dinge entscheiden dürfen. Auch deshalb von uns von Anfang an die Zielstellung, Überweisung in den Ausschuss und Beratung der komplizierten Probleme, die damit im Zusammenhang stehen.

Und damit bin ich beim inhaltlichen Anliegen des Antrages. Ich will es gleich vorweg sagen und das steht nicht zufällig im Text des Antrages: Es geht nicht um die Vorbereitung irgendwie gearteter Hochschulfusionen. Ich sage es ganz deutlich, im Landeshochschulgesetz stehen sechs Hochschulen unseres Landes und die PDS hat keinerlei Absicht, diese Zahl auf irgendeinem Wege zu verringern. Kollege Brodkorb, ich widerspreche Ihnen ja ungern, aber die Schließung einer Universität ist für mich nicht einmal eine theoretisch denkbare Variante von Lösungsansatz.

(Beifall Vincent Kokert, CDU –
Zuruf von Mathias Brodtkorb, SPD)

Es geht, wenn wir über Wissenschaftsregionen reden, um die Potenzierung der vorhandenen Möglichkeiten aller unserer wissenschaftlichen Einrichtungen. Der Minister hat einige dieser Einrichtungen genannt. Und die Frage der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und diesen Einrichtungen ist ein, wenn nicht das zentrale Thema der Wissenschaftsregion.

Und ich will einfach nur einige Stichpunkte ganz kurz sagen, worum es gehen könnte aus meiner Sicht. Da geht es beispielsweise um die gemeinsame Nutzung von Potentialen in der Lehre. Damit meine ich zum Beispiel, dass eine Universität sich durchaus aufrufen könnte, eine Teilleistung, die ein Studierender an der Fachhochschule Stralsund erbracht hat, auch für die Prüfungszulassung anzuerkennen. Das ist heutzutage ein Problem, umgekehrt nicht so sehr. Das heißt also, gemeinsame Nutzung der Potentiale in der Lehre, wobei auch dazugehört die Nutzung der Potentiale an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, und zwar nicht nur in den Fällen, wo wichtige Wissenschaftler dieser Einrichtungen einen Professorentitel haben und einen Lehrstuhl besetzen, sondern ich erinnere daran, in der Diskussion zum Landeshochschulgesetz hat Professor Wagner vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik darauf hingewiesen, dass wir die Möglichkeit schaffen müssen, für junge Nachwuchswissenschaftler Erfahrungen in der Lehre zu ermöglichen, weil das später für die Berufung zum Hochschullehrer eine wichtige Voraussetzung ist. Auch hier liegt ein ganz wichtiges Potential der zukünftigen Arbeit. Über die gemeinsame Einwerbung der außeruniversitären Einrichtungen und der Hochschulen und zum Drittmittelprojekt hat der Minister gesprochen. Da brauche ich nichts weiter zu sagen.

Ein drittes Problemfeld, das sich aus meiner Sicht ergibt, sind die gemeinsamen Aktivitäten zur Unterstützung von Unternehmen. Der Minister hat Zahlen genannt, wie das im Moment in der Praxis aussieht. Dass wir dort noch sehr viel mehr Potential haben, auch das ist eine Frage, die wir mit der Wissenschaftsregion angehen können und angehen müssen.

Und ich will ein letztes Problem ansprechen und will es auch ganz deutlich sagen: Der vorliegende Antrag hat keinen unmittelbaren Zusammenhang mit den Protestaktionen der Studierenden, es geht also nicht um Möglichkeiten für Einsparungen. Wenn sie sich ergeben sollten, gut, aber sie sind nicht das Ziel, zumindest nicht aus PDS-Sicht.

Und ich will auch ganz deutlich sagen – ich komme gleich zum Schluss –, die von den Studierenden thematisierten Probleme müssen wir gemeinsam im Zusammenhang mit dem Haushalt 2004/2005 und den mittelfristigen Festlegungen in den Eckwerten beziehungsweise Zielvereinbarungen hier debattieren und im Interesse der Hochschulen entscheiden.

Und ich will auch sagen, Wissenschaftsregion hat nichts damit zu tun, dass wir darüber nachdenken oder die Hochschulen darüber nachdenken, gemeinsame Studierendenverwaltungen zu schaffen oder gemeinsame Auslandsdepartments. Ich glaube, solche Diskussionen finden zurzeit an den Hochschulen schon statt. Ich halte das für den falschen Weg – und ich will es auch ganz ausdrücklich sagen –, weil damit Ängste geschürt werden

und die inhaltlichen Zielstellungen und die inhaltlichen Erfordernisse der Wissenschaftsregion damit nicht erfasst werden. Alle weiteren Fragen, Sie haben sie ja auch angesprochen, Frau Lochner-Borst, sollten wir im Ausschuss dann gemeinsam beraten. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Herr Brodtkorb für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Mathias Brodtkorb, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es besteht in der öffentlichen Debatte ein großes Missverständnis über einen ganz interessanten Punkt sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. Und zwar wird uns regelmäßig vorgeworfen, uns ginge es um Gleichmacherei. Das genaue Gegenteil ist der Fall, uns geht es um Gleichberechtigung, und das heißt, darum, dass jeder einzelne Mensch die Möglichkeiten haben soll, seine individuellen Begabungen zu entfalten. Aber gerade das hat gesellschaftliche Voraussetzungen. Es geht also nach unserer Ansicht in der Politik darum, Gerechtigkeitslücken zu schließen, wo sie sind. Und das trifft allemal zu und in vorzüglicher Weise für das Bildungssystem.

Ein mögliches Konzept der Wissenschaftsregionen muss daher, wenn es umfassend sein und Gerechtigkeitslücken, die bestehen, schließen will, meines Erachtens, auf vier Ebenen stattfinden.

Erstens geht es um die Frage des Verhältnisses der Hochschulen zueinander. Dann sind die Fragen zu klären, wo sind dort Kooperationen, Bündelungen, eventuell auch Zusammenarbeit in Sachen der Verwaltung und Ähnlichem denkbar.

Nun geht es aber zweitens um das Verhältnis der Hochschulen zu den außeruniversitären Einrichtungen. Auch hier muss man sich die Frage stellen, ob es zu engeren Verzahnungen und Kooperationen kommen kann.

Auf einer dritten Ebene geht es um das Verhältnis der Hochschulen zu den den Hochschulen vorgelagerten Bildungsbereichen. Insbesondere Angehörige der Hochschulen scheinen meines Erachtens immer wieder aus dem Blick zu verlieren, dass Bildung nicht nur aus Hochschulen besteht und dass über die Qualität von Hochschule nicht nur in Hochschulen entschieden wird, sondern in Grund-, in Haupt-, in Real-, in Regional-, in Gesamtschulen und an den Gymnasien. Was nützen uns Hochschulen, die gut ausgestattet sind, wenn gleichzeitig die Studierfähigkeit durch das vorgelagerte Bildungssystem nicht hergestellt wird? Was nützt es uns also, gute Betreuungsrelationen an den Universitäten zu haben, wenn gleichzeitig Deutsch- und Mathematikunterricht an dem einen oder anderen Schulstandort ausfallen und die Studierfähigkeit nicht erreicht wird? Das heißt, eine ungerechte Bevorzugung der Hochschulen zuungunsten anderer Bildungsbereiche kommt für uns nicht in Frage und – das muss man auch in Richtung der Hochschulen sagen – schlägt selbst auf die Hochschulen negativ zurück.

Und auf einer vierten Ebene geht es um das Konzept der Wissenschaftsregionen, das betrifft die Binnenverhältnisse an der Universität selbst. Auch dort wird man sich die Frage stellen, und das spielt im Zuge der Hoch-

schulautonomie eine immer größere Rolle: Gibt es dort Bereiche, die – ich sage es ausdrücklich – überausgestattet sind, und gibt es andere Bereiche, die unter dieser Überausstattung dieser besonderen Bereiche leiden?

Das heißt, insbesondere für die Herausbildung von Wissenschaftsregionen relevant werden die Fragen sein: Gibt es Gerechtigkeitslücken zwischen den Hochschulen und gibt es Gerechtigkeitslücken innerhalb der Hochschulen? Um diese Fragen zu beantworten, wird man sich noch einmal kurz die Lage der Hochschulen des Landes, was ihre Ausstattung angeht, vergegenwärtigen müssen.

Wenn wir die Ausstattung der Universitäten des Landes ins Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Mecklenburg-Vorpommern setzen, müssen wir feststellen, dass unsere Hochschulen auf beachtliche Weise ausgestattet sind. Ich darf verschiedene Kennzahlen hierfür heranziehen. Wenn wir die Ausgaben messen, ohne den Bereich der Medizin, pro Einwohner, haben wir im Jahr 2000 – die Angaben sind noch in D-Mark, das bitte ich zu entschuldigen – 351 DM pro Person ausgegeben. Damit liegen wir im bundesrepublikanischen Vergleich an 8. Stelle. Berücksichtigen Sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes, ist das schon ein erheblicher Wert. Aus mir unerfindlichen Gründen ziehen insbesondere Oppositionspolitiker immer wieder die bildungspolitischen Vergleichsländer Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen heran, aber ich möchte das an dieser Stelle auch mal tun: Vergleichen wir diese drei Länder mit unserem Wert, dann kommen wir bei Baden-Württemberg auf 406 DM, das ist Platz 4 im Ländervergleich, Sachsen liegt mit 360 DM auf Platz 6 und Bayern mit 333 DM auf Platz 11.

Wenn wir uns die Ausstattung der Universitäten pro Student beziehungsweise pro Studentin ansehen, dann klettert Mecklenburg-Vorpommern von Platz 8 auf Platz 5. Wir gaben im Jahr 2000 ohne Berücksichtigung der Medizin pro Student im Jahr 17.233 DM aus. Rechnen wir die medizinischen Bereiche hinzu, klettern wir auf Platz 2 in den Ausgaben im bundesrepublikanischen Vergleich und landen bei 22.946 DM. Wir leisten uns also offenbar einen äußerst üppig ausgestatteten Bereich der Medizin, jedenfalls im Vergleich zu anderen Bundesländern. Und es wird die Frage erlaubt sein, ob diese Privilegierung dieses Bereiches in Zukunft weiterhin finanzierbar sein wird. Wenn wir auch hier den Vergleich wagen mit den drei Ländern Baden-Württemberg, Sachsen und Bayern, dann kommen wir auf folgende Ergebnisse: Baden-Württemberg erreicht mit 21.835 DM knapp den 3. Rang hinter uns, Bayern liegt mit 19.104 DM auf Rang 6 und Sachsen mit 18.862 DM je Student beziehungsweise Studentin auf Rang 8. Der Durchschnitt aller Länder betrug 16.633 DM.

Ich möchte eine dritte Kennzahl heranziehen, das ist die Ausstattung der Universitäten mit Personal beziehungsweise die Betreuungsrelation der Studierenden zum wissenschaftlichen Personal. Und an dieser Stelle wird es für einige besonders schmerzlich. Ich rate schon einmal dazu, Stift und Zettel zu nehmen, weil es wird interessant. Wir erreichen eine Betreuungsrelation von 13:1. Das heißt, 13 Studierende kommen auf einen Dozenten. Das ist wiederum der zweitbeste Wert der gesamten Bundesrepublik. Der Durchschnitt liegt bei 19,4. Bayern erreicht einen Wert von 16,9, Baden-Württemberg einen Wert von 15,8 und Sachsen einen Wert von 15,7.

Fassen wir diese ganzen Ergebnisse zusammen und setzen sie nochmals ins Verhältnis zur wirtschaftlichen

Leistungsfähigkeit des Landes, muss man sich eigentlich die Frage stellen: Warum protestieren die Studierenden eigentlich?

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh!)

Moment, Moment, das kommt doch gleich!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder die Universitäten oder die Hochschulangehörigen leiden unter einem großen Wahrnehmungsproblem oder, die zweite Möglichkeit, die besteht, ist, an den Universitäten selbst gibt es erhebliche Gerechtigkeitslücken und die sind die Motivation dafür, dass zahlreiche Studierende auf die Straße gehen.

(Heike Polzin, SPD: Das wird es wohl so sein.)

Ich glaube, Letzteres ist der Fall.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Ich werde darauf gleich noch einmal in Zahlen zurückkommen.

Der anstehende demographische Wandel, der vor uns steht, wird überlagert von einem zweiten Grundsatzproblem. Die Wissensgesellschaft ist schon mehrfach angesprochen worden und es wird die Zukunft unserer Gesellschaft sein. Wir müssen aber feststellen, dass sowohl die Wissenschaftslandschaft Westdeutschlands durch die industrielle Nachkriegszeit geprägt war, als auch die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft gestaltet wurde nach dem industriellen Paradigma. Wenn nun aber richtig ist, was seit 20 Jahren in Westdeutschland diskutiert wird, dass wir uns also auf dem Weg in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft bewegen, stellt sich schon die Frage, ob unser Wissenschaftssystem, unsere Wissenschaftslandschaft auf diesen Wechsel des Paradigmas gesellschaftlicher Entwicklung vorbereitet ist.

Mit anderen Worten, meine These ist, wir haben eine Hochschullandschaft, die nach wie vor industriell geprägt ist. Das heißt, wir haben eine Hochschullandschaft, in der vor allem Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften eine große Rolle spielen, obwohl – und hier verweise ich zum Beispiel auf das einschlägige Dohmen-Gutachten – alle Anzeichen dafür vorhanden sind,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass wir in Zukunft einen Trendwechsel hin zu einer Wissensgesellschaft haben werden und sich auch das Wissenschaftssystem als solches darauf einstellen muss.

Meine These ist also, wir haben es mit zwei Faktoren zu tun, die sich überlagern. Wir haben ein Wissenschaftssystem, das immer noch auf die Industrie fokussiert, und wir haben eine Studierendenentwicklung, die jetzt schon in die Wissensgesellschaft einsteigt. Das können Sie den Studentenströmen entnehmen.

Und diese Überschneidung ergibt folgende Situation, und jetzt wird es sehr interessant. Wenn man nämlich diese 13 Dozenten pro Studierenden sich einmal genauer anguckt, ergibt sich, wenn man zwischen Geistes- und Naturwissenschaften differenziert, zwischen den Hochschulen folgendes Bild. Ich nehme nur ein paar Beispiele, ich habe eine große Liste mitgebracht. Nehmen wir mal das Beispiel Anglistik/Amerikanistik. Dort haben wir in Rostock eine Belastung von 156 Studierenden pro Professur, in Greifswald 39,5 Studierende pro Professur. Das

ergibt eine Betreuungsrelation beim wissenschaftlichen Personal von 20,5 pro Dozent in Rostock und 8,9 in Greifswald. Sie sehen also zwischen den Universitäten große Unterschiede.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Und dann ziehen sie zwei Anglistikprofessoren in Greifswald noch ab.)

Bitte?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nichts.)

Da sehen Sie also beispielsweise sehr große Unterschiede zwischen den Universitäten. Ich nehme ein anderes Beispiel, Philosophie. Dort erreichen wir in Rostock ein Verhältnis von 84 Studenten zu einem Professor, in Greifswald 29 Studenten zu einem Professor. In der Betreuungsrelation zu den Dozenten haben wir 28,9 Studenten je Dozent und in Greifswald 14,5.

Werfen wir aber mal den Blick auf die Naturwissenschaften, wird es erheblich interessanter. Greifswald, Physik, 502 Studienplätze, 85 besetzt, 12 Studenten pro Professur, 2,5 Studenten pro Dozent. Rostock, 667 Studienplätze Physik, 171 besetzt, etwa 11 Studenten pro Professor, 3,5 Studenten pro Dozent.

Ich könnte diese Aufzählung in verschiedenen Bereichen wie Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik fortführen. Sie sehen, es gibt an den Universitäten Bereiche, die sind überausgelastet und stehen vor großen Strukturproblemen, und es gibt Bereiche, die nahezu paradiesische Zustände aufzuweisen haben.

(Harry Glawe, CDU: Diese Rede schicken wir nach Greifswald und nach Rostock.)

Es wird in Zukunft die Frage zu entscheiden sein, ob diese Verhältnisse weiterhin so aufrechterhalten werden können.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

Dies ist allerdings eine Frage, die die Hochschulen im Rahmen der Hochschulautonomie auch selbst zu entscheiden haben. Aber es zeigt, dass die Hochschulen durchaus Potentiale der Umstrukturierung haben, sich auf den Weg machen können. Und das Konzept der Wissenschaftsregionen kann und soll hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Brodtkorb.

Es hat noch einmal um das Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Bitte schön, Herr Professor Dr. Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich für den Auftrag zum Weiterdenken, den ich aus allen Redebeiträgen herausgehört habe. Es gibt viele offene Fragen, es gibt viele Gesprächspartner in der Region und in der Scientific Communitée. Es gibt viele Schritte zurückzulegen, aber die Richtung ist, glaube ich, ohne Alternative. Entweder unsere Hochschulen bewegen sich aufeinander zu, bündeln ihre Kräfte und werden zu Entwicklungskernen dieser Wissenschaftsregionen oder sie stehen in kurzer Zeit im weltweiten Wettbewerb der Wissenschaften im Abseits. Aber das wäre dann weniger eine Folge mangelnder Finanzen, sondern mehr eine

Folge mangelnder Weitsicht und akademischer Souveränität. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gemäß Paragraph 85 Absatz 2 der Geschäftsordnung hat jetzt noch einmal für ein Viertel der ursprünglichen Redezeit das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss doch noch auf ein paar Dinge für die weitere Diskussion hinweisen:

Ich denke, mit den Statistiken ist das immer so eine Sache. Man kann mit den verschiedensten Fragestellungen Statistik machen. Aber, Herr Kollege Brodtkorb, wenn Sie eine Statistik der Ausgaben pro Student machen, dann sagen Sie bitte auch dazu, dass Mecklenburg-Vorpommern bundesweit die zweitwenigsten Studierenden pro 1.000 Einwohner hat, was natürlich den Durchschnitt der Ausgaben pro Kopf der Studierenden wesentlich in die Höhe treibt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und dass damit die Vergleichsrelation zu anderen Bundesländern völlig verschoben wird, weil wir sonst auf eine völlig falsche Diskussionsbasis kommen. Und wenn Sie die Professoren-Studierenden-Relationen bei der Anglistik zum Beispiel anführen, dann will ich auch deutlich sagen: Gucken Sie sich bitte mal in Greifswald die Bedingungen für die Anglistik an

(Gesine Skrzepski, CDU: Das ist gut.)

und dann wundern Sie sich sicher wie ich, dass da überhaupt noch Studierende hingehen. Das Haus ist nämlich mehr als baufällig.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Es gibt sehr wenig Professuren. Und wenn man in der heutigen Zeit ernsthaft diskutiert, Anglistiken zuzumachen, dann weiß ich nicht, wo wir mit unserer Hochschulpolitik hinkommen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich hiermit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/157 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Geplante Auflösung der Bereitschaftspolizei in Vorpommern, Drucksache 4/163.

Antrag der Fraktion der CDU:
Geplante Auflösung der Bereitschaftspolizei in Vorpommern
– Drucksache 4/163 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ist klar, dass dieser Antrag keinen Jubel bei den anderen Parteien auslösen wird, aber als Abgeordnete dieser Region – und es sind noch mehr Abgeordnete, die dieses unterstützen – bringen wir diesen Antrag ein und wir setzen uns auch gemeinsam für diese Region ein.

Im Dezember 2002 wurde öffentlich, dass eine Strukturreform der Bereitschaftspolizei anstehen würde. Was bedeutet nun eine Strukturreform? Bisher ist nur bekannt geworden, dass der Standort der Bereitschaftspolizei in Anklam aufgelöst werden soll. Ich frage Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete: Was ist das für eine Reform, in der es nur um Auflösung geht und nicht um eine tatsächliche Reform? Bisher wurden uns nur dürftige nichtssagende Unterlagen über eine mögliche Umgestaltung der Bereitschaftspolizei vorgelegt. Dies geschah allerdings auch erst auf Drängen des CDU-Abgeordneten Reinhardt Thomas in der Innenausschusssitzung am 04.12.2002. Wir forderten daraufhin detaillierte, aussagekräftige Informationen. Daraufhin erhielten wir Unterlagen, die angeblich auch dem Hauptpersonalrat der Polizei – laut Anschriften des Innenministers – übergeben worden sind.

Bei der Sitzung am 15.01.2003 stellte sich dann allerdings völlig überraschend heraus, dass den Innenausschussmitgliedern ganz andere Unterlagen vorlagen. Ich frage mich, meine Damen und Herren Abgeordnete: Welches Ziel wird hiermit verfolgt? Welche Intention, Herr Minister, hatten Sie, uns Informationen bewusst vorzuenthalten? Oder war es ein Versehen in Ihrem Ministerium?

Die Begründung, die Bereitschaftspolizei in Anklam aufzulösen, wird anhand einer fragwürdigen Statistik gegeben, die sich nur auf das Jahr 2001 bezieht und die Einsatzstrukturen der Jahre seit Bestehen der Bereitschaftspolizei in Anklam komplett außer Acht lässt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Sehr richtig.)

Sämtliche Einsätze in Gruppen fanden in dieser Statistik überhaupt keine Berücksichtigung. Und das waren immerhin gerade bei der Bereitschaftspolizei in Anklam für das Jahr 2001 117 Einsätze. Um eine genaue, aussagekräftige Analyse beziehungsweise statistische Erhebung zu gewährleisten, ist es allerdings vonnöten, alle Einsatzstatistiken von 1995 bis 2002 zu überprüfen und sie dann vernünftig auszuwerten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Innenminister beabsichtigt jedoch mit aller Konsequenz, was mit diversen Zeitungsartikeln zu belegen ist, 13 Polizeivollzugsbeamte in die Polizeidirektionen Anklam und Stralsund und 17 nach Neubrandenburg zu versetzen. Ich kann es noch einmal mit einem Zeitungsartikel vom 10.01.2003 unterstreichen: „Innenministerium lässt sich von Protesten nicht beeindrucken“, ich zitiere: „Das Schweriner Innenministerium bleibt trotz der Proteste aus dem vorpommerschen Raum gegen die beabsichtigte Auflösung der Hundertschaft der Bereitschaftspolizei in Anklam ... hart. ‚An dem Willen und dem Vorhaben hat sich nichts geändert‘, sagte gestern eine Sprecherin des Innenministeriums.“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wenn wir nicht darauf gedrungen hätten, dann wäre es heute hier nicht zur Debatte gekommen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Ganz genau!)

denn es wurde eindeutig gesagt: „Es sei auch nicht geplant, dass über das Thema Bereitschaftspolizei noch einmal in den Ausschüssen des Landtages diskutiert werde.“ Das laut Zeitungsartikel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ganz genau. – Siegfried Frieze, SPD: Das ist bereits im Innenausschuss erfolgt, ganz ausführlich.)

Aber auf Drängen der CDU.

(Siegfried Frieze, SPD: Auf Antrag, und das ist das Recht, was Sie haben.)

Das lassen wir uns auch nicht nehmen

(Siegfried Frieze, SPD: Nein, das will ja auch keiner. – Dr. Armin Jäger, CDU: Danke.)

und haben deshalb den Antrag gestellt, hier im Landtag noch einmal darüber zu debattieren.

Die 35 verbleibenden Bereitschaftspolizisten sollen dann auf die Standorte Schwerin und Rostock aufgeteilt werden. Somit verspricht der Innenminister, zusätzliche Stellen für die Direktionen Neubrandenburg und Anklam sowie Stralsund zu schaffen – zusätzliche Stellen, was das heißt, sage ich Ihnen gleich.

Aus Sicht der Polizeidirektion klingt das, oberflächlich betrachtet, auch recht gut, denn zuvor wurde die Anzahl der Stellen verringert und im Moment besteht ein Defizit in den genannten Orten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Richtig.)

Dieses wird jedoch durch die Versetzung der Bereitschaftspolizisten auf keinen Fall ausgeglichen. Jedoch ist das Ziel des Innenministers, diese Kräfte für den Einsatz in besonderen Lagen in den Dienststellen und gleichzeitig zur Unterstützung des Einzeldienstes einzusetzen, höchst zweifelhaft und keinesfalls realisierbar. Wir, das heißt die CDU-Fraktion, der Hauptpersonalrat der Polizei und die Gewerkschaft der Polizei, vermuten, dass diese Polizisten in der Fläche eingesetzt werden sollen und demzufolge für die beabsichtigten Sondereinsätze gar nicht zur Verfügung stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Da werden die Lücken gefüllt.)

Eine sinnvolle Truppe mit ausreichender Schlagkraft wäre nach Auflösung der Bereitschaftspolizei in Anklam nicht einmal ansatzweise vorhanden. Ich frage mich daher: Sieht so Ihre Vorstellung von Sicherheit aus, Herr Innenminister Timm?

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Zum momentanen Zeitpunkt werden unsere Befürchtungen in Bezug auf den Einsatz dieser Kräfte noch vehement von Seiten des Innenministeriums bestritten, aber die Intention wird deutlich, wenn wir an diverse Ereignisse der letzten Jahre zurückdenken. So werden Erinnerungen an den Bundeswehrstandort Eggesin/Carpin wach und Ähnlichkeiten können selbst Sie, werte Damen und Herren der SPD- und PDS-Fraktion, nicht leugnen. Ich darf daran erinnern, dass damals sowohl der Bundeskanzler als auch der Ministerpräsident und der Innenminister lautstark verkündeten, dass dieser Standort keinesfalls aufgelöst werden solle. Was aus diesen Versprechungen wurde, ist

Ihnen allen bekannt, und dass meine Gemeinde im vergangenen Sommer ein Abschiedsfest für das befreundete Artillerieregiment von Eggesin ausrichten durfte, um es zu verabschieden, spricht dafür, dass verbindliche Aussagen aus Kreisen der SPD immer mit Vorsicht zu genießen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Das ist wohl wahr!)

Exakt diese Befürchtung haben die Bürger in der Region Vorpommern und ich selbst natürlich auch.

Welche Vorteile ergeben sich nun für diese Verlagerung der Bereitschaftspolizei aus Anklam? Ich persönlich kann keine erkennen. Es gibt natürlich nur zahlreiche Nachteile für unsere Region. So geht ein großes, nicht zu unterschätzendes Kaufkraftpotential für die ohnehin schon wirtschaftlich geschwächte Region verloren. Bisher stellen ortsansässige Unternehmen beispielsweise Einsatzverpflegung, Kraftstoff oder Dinge des täglichen Bedarfs zur Verfügung. Diese mittelständischen Unternehmen verlieren somit einen großen Abnehmer. Arbeitsplätze sind gefährdet. Ich denke da an die Wach- und Schließgesellschaft, das sind neun Arbeitsplätze. Eine weitere Liegenschaft steht im Landkreis Ostvorpommern für weitere Jahre ohne Nutzung da. Die Absicherung des Bäderdienstes in den Bereichen der Insel Usedom oder im Oderhaff, der bisher durch die Bereitschaftspolizei geleistet worden ist, steht in Frage.

(Siegfried Friese, SPD: Steht nicht in Frage. – Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Was allerdings verwundert und zum Nachdenken anregen sollte, ist, dass die bestehenden Versorgungsverträge der Einsatztruppen bereits 2002 gekündigt beziehungsweise verändert wurden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es scheint, als ob dieses bereits Vorbereitungen für eine demnächst anstehende Schließung des Standortes waren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, klar.)

Irre ich mich, Herr Innenminister Timm, oder ist es wirklich so, dass eigentlich bereits alles beschlossen ist und wir nur vor vollendete Tatsachen gestellt werden, genauso wie der Hauptpersonalrat der Polizei und die Gewerkschaft der Polizei?

Wie ist es außerdem um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Vorpommern bestellt? Mit dem Beitritt Polens zur EU wird auch der Bundesgrenzschutz nicht mehr in Vorpommern präsent sein. Was das für die Sicherheit beziehungsweise das Sicherheitsgefühl der Bewohner bedeutet, muss ich hier nicht näher erläutern. Allein die Präsenz und das Patrouillieren der Uniformierten schafft ganz besonders im grenznahen Raum ein Sicherheitsgefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Dieses wird, wenn die Einsatzkräfte wegfallen, Resignation, ja sogar Angst und daraus resultierender Politikverdrossenheit weichen.

Ich will nicht behaupten, dass Ihrer Fraktion Politik- und Parteiverdrossenheit der Wähler egal ist, obwohl Ihr Verhalten den Anschein macht, aber Beifall erhalten Sie für einen Abbau der Bereitschaftspolizei in Anklam ganz sicher von niemandem. Was ist außerdem mit den Veranstaltungen wie Sportevents, Festen und Demonstrationen

oder mit unvorhergesehenen Ereignissen wie Großfahndungen und Spezialeinsätzen? Die Kräfte für solche Einsätze müssten dann aus Schwerin und Rostock angefordert werden,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

was kosten- und zeitintensiv ist.

Bei der momentanen Verkehrsinfrastruktur sind Anfahrtszeiten von bis zu dreieinhalb Stunden von Schwerin bis Ducherow, Anklam oder genauso von Rostock keine Seltenheit.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dass diese dreieinhalb Stunden unter Umständen Leben kosten könnten, ist wohl jedem von Ihnen klar, meine Damen und Herren.

Haben Sie in Ihre Überlegungen, Herr Innenminister, einbezogen, dass bei der Auflösung der Bereitschaftspolizei Anklam die vom Bund zur Verfügung gestellten Führungs- und Einsatzmittel abgezogen beziehungsweise zurückgefordert werden? Das würde im Einzelnen bedeuten, dass ein Führungsfahrzeug, ein Befehlsmittel, ein Versorgungsfahrzeug, ein Beweis- und Dokumentationsfahrzeug, ein Krankentransport-Kfz, drei Motorräder für Aufklärungsmaßnahmen, zwei zivile Fahrzeuge zur Observation und Aufklärung, Transportfahrzeuge für circa 40 Einsatzbeamte, diverse Video- und Funktechnik, aber auch Spezialausrüstungen wie Körperschutz und Waffen verloren gehen. Diese Technik fordert der Bund zurück und diese muss sich das Land Mecklenburg-Vorpommern neu beschaffen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

was zusätzliche Kosten für den Landeshaushalt verursachen wird. Also ist es mit Ihrer Mär von Einsparung und Kostenverringerung nicht weit her, Herr Innenminister. Ganz im Gegenteil, durch Ihre geplante Reform entstehen neue völlig überflüssige Kosten.

Herr Innenminister! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Aufgrund meiner Ausführungen ist es nun hoffentlich auch für Sie ersichtlich, dass sich eine Bereitschaftspolizeistandortfrage in Anklam zum derzeitigen Zeitpunkt, sei es aus finanzieller oder sicherheitspolitischer Sicht, nicht stellt. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag zum Erhalt des Standortes der Bereitschaftspolizei in Vorpommern Ihre Zustimmung zu geben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Schubert.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Innenminister Herr Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Schubert hat hier erklärt, bisher sei ihm nur bekannt geworden, dass die Auflösung der Anklamer Bereitschaftspolizei vorgenommen werden soll, mehr aber nicht. Nun vermute ich, Herr Abgeordneter Schubert, dass Sie bei der dreistündigen Beratung im Innenausschuss geschlafen haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, Sie waren doch gar nicht dabei! Sie waren doch gar nicht dabei! Das ist eine Frechheit! – Reinhardt Thomas, CDU: Da hat doch keiner die Fragen beantwortet von Ihrer Seite.)

sonst wüssten Sie mehr und müssten hier nicht so eine Beichte ablegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie sind rausgegangen! Sie hatten keine Lust. Das ist eine Frechheit!)

Dann haben Sie möglicherweise auch geschlafen, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie gehen raus und beschimpfen Abgeordnete. Wo gibt es das eigentlich?!)

Nein, ich stelle nur fest, dass Sie nicht aufgepasst haben.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Mehr habe ich nicht gesagt, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es wäre besser gewesen, Sie wären dageblieben.)

Außerdem habe ich Ihnen ein umfassendes Papier geleitet,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch eine Frechheit!)

aus dem sich ergibt, wenn Sie es richtig lesen, Herr Abgeordneter Schubert,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass wir die vorpommerschen Polizeidirektionen in Stralsund, Anklam und Neubrandenburg stärken.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das ist unser Ziel und dies will ich Ihnen jetzt anhand von bestimmten Zahlen und Fakten, die über das hinausgehen, was Sie schon haben, erläutern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die Bereitschaftspolizei hat 2001 – ich kann Ihnen das auch von den anderen Jahren vortragen, wenn Sie wollen –

(Kerstin Fiedler, CDU: Machen Sie!)

240.000 Einsatzstunden in anderen Bundesländern geleistet. Es ist eine ihrer Aufgaben, länderübergreifende Einsätze zu machen. Polizeikräfte anderer Länder haben, wenn man alles zusammenzählt, 36.000 Stunden in Mecklenburg-Vorpommern geleistet. Wenn man den Castoreinsatz Rheinsberg-Lubmin für 2001 herausrechnen würde – das ist ein einmaliger Einsatz gewesen, der kommt so nicht wieder vor –, müsste man 30.000 Stunden abziehen, macht 6.000 Stunden. 240.000 Stunden sind unsere Leute in anderen Ländern und 6.000 Stunden sind andere Polizisten in unserem Land. Das ist ein Soliditätsverhältnis von 40:1.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das bringt aber Geld in die Kassen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Da ist doch nichts los, seien Sie doch froh!)

Ich sage Ihnen das anhand einer anderen Zahl: Pro Polizeibeamter der Bereitschaftspolizei werden 491 Einsatzstunden in anderen Ländern geleistet. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern, was diese Art der Solidarität

betrifft, einsame Spitze. 491 Stunden sind bei 40 Wochenstunden 12 Wochen, macht über den Daumen gepeilt 3 Monate pro Nase. So viel sind unsere Beamten außerhalb des Landes im Einsatz.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Nun sage ich Ihnen im Vergleich, wie das mit anderen Ländern ist: Bayern als das Vorbildland für innere Sicherheit, dort sind es nicht wie bei uns 491, sondern 139 Einsatzstunden in anderen Bundesländern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die haben doch mehr.)

Und in den Ländern, meine Damen und Herren, in denen wir hauptsächlich im Einsatz sind, ist es so: Hamburg 98, Niedersachsen 106, Berlin 117. Das sind die Länder, denen wir hauptsächlich helfen. Nur, wenn wir mit großem Abstand im Wesentlichen unsere Polizisten in andere Länder schicken, dann stellt sich schon die Frage, ob wir nicht im eigenen Land einen größeren Bedarf haben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich sage Ihnen, der Innenminister ist der Auffassung, hier in Mecklenburg-Vorpommern müssen unsere Kräfte vordringlich zum Einsatz kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Na, dann machen Sie das doch!)

Und erst dann, wenn sie hier nicht mehr gebraucht werden und auch bei Ihnen in Anklam nicht mehr gebraucht werden sollten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, dann machen Sie das doch!)

bin ich gern bereit, sie auch in andere Länder zu schicken.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch Ihre Aufgabe. Warum tun Sie es denn nicht?)

Unser Ziel ist es, mehr Polizeibeamte in die Fläche zu bringen,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

weniger in der Bereitschaft zu halten,

(Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Deswegen, meine verehrten Damen und Herren der Opposition, geben wir 43 gut ausgebildete Polizeibeamte in die vorpommerschen Flächendienststellen – Polizeidirektionen Stralsund, Anklam und Neubrandenburg.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Diese stehen für den Einzeldienst rund um die Uhr zusätzlich in Zukunft zur Verfügung. Die beiden Hundertschaften in Schwerin und Rostock werden auf je 133 Polizeibeamtenstellen aufgestockt.

Beim Bund, meine Damen und Herren, und das sage ich Ihnen in aller Klarheit, werden wir melden, dass wir unsere Bereitschaftspolizei verkleinert haben. Wir werden den entsprechenden Vertrag ändern und somit in Zukunft weniger Stunden in anderen Ländern Einsätze fahren. Dieses stärkt die Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern

und insbesondere die Polizeidirektionen in Vorpommern und demzufolge ist das Ziel erfüllt, mehr Polizisten im eigenen Land in den Einsatz zu bringen.

Nun will ich Ihnen auch sagen, dass ich Verständnis habe für die Äußerungen der Kreisgruppe der GdP der Bereitschaftspolizei. Organisationsveränderungen und Unterstellungen von Bereitschaftspolizisten in die Flächendirektionen erzeugen Bewegung und somit auch Gegenbewegung. Ich meine aber, vielleicht wäre auch ein Gespräch der Kreisgruppen der GdP in der Bereitschaftspolizei mit den GdP-Kreisgruppen in den Flächendirektionen hilfreich, weil sich dann nämlich zeigt, dass es um den ganzheitlichen Ansatz geht, genau so, wie der Hauptpersonalrat es auch vorgeschlagen hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und das wurde abgelehnt.)

Es geht beim ganzheitlichen Ansatz darum, die innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt zu betrachten, der alle Polizeibehörden dieses Landes zu dienen haben.

Die Aufgabe der Bereitschaftspolizei ist es, neben den länderübergreifenden Einsätzen die eigenen Behörden der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen. Die Bereitschaftspolizei hat keine eigenen Zuständigkeiten. Die Unterstützungen erfolgen in Hundertschaftsstärke, in Zugstärke, in Gruppenstärke und im Einzeldienst. Dazu können viele Anlässe zählen: Versammlungen in Mecklenburg-Vorpommern, Demonstrationen, Fußballspiele, Verkehrskontrollen und der Bäderdienst, um hier nur einige zu nennen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und wer macht den jetzt?)

Alle diese Aufgaben fallen dann an, wenn die zuständige Polizeidienststelle, also eine der fünf Flächendirektionen, mit eigenen Kräften nicht mehr ausreichend präsent sein kann. Deshalb noch einmal: zuerst unser eigenes Land, danach die Einsätze in anderen Ländern. Das gilt auch, Herr Dr. Jäger, weil Sie damals Staatssekretär waren, für die Bundeshauptstadt Berlin.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Mich wundert, dass die Bereitschaftspolizei in Berlin so klein ist. Da können Sie vielleicht noch etwas hinzufügen. Warum das so ist, wissen Sie besser.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie lernen nichts dazu, Sie lernen noch immer nichts dazu. Haben Sie nicht gemerkt, dass das die Bundeshauptstadt ist, Herr Minister?)

Im Blick auf die Bereitschaftspolizei und auch im Blick auf die Äußerungen der Opposition sage ich Folgendes: Zwei schlagkräftige Hundertschaften nutzen mehr als zwei schwächelnde in Rostock und Schwerin und eine Rumpfhundertschaft in Anklam. Deswegen, das will ich auch sagen, werden wir die Reform der Polizei im Ganzen und der Bereitschaftspolizei im Besonderen weiterführen. Im Übrigen haben die Reformbemühungen in der Bereitschaftspolizei auch schon längst begonnen. Ich will darauf hinweisen, wir hatten bereits im Jahr 2000 die Zuständigkeit für die Ausbildung aus der Bereitschaftspolizei ausgelagert und das Bildungsinstitut der Polizei in Güstrow gegründet – mit viel Erfolg, wie ich von allen Seiten höre.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir haben außerdem vor, die Aufklärungs- und Fahndungseinheit zum Landeskriminalamt zu verlegen, die Beweissicherungs- und Festnahmeinheit sowie die technische Einsatzeinheit allerdings bei der Bereitschaftspolizei zu belassen. Herr Dr. Jäger, weil Sie noch mal danach gefragt haben und auch schon bei der dreistündigen Beratung im Innenausschuss mehrfach danach gefragt haben: Auch der Bäderdienst bleibt selbstverständlich erhalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das können Sie doch gar nicht. Sie träumen doch nur!)

Ach, was ich kann, Herr Dr. Jäger, das haben Sie jetzt inzwischen gelernt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das haben wir ja gesehen, was Sie alles nicht können.)

Die Frage ist nur, meine Damen und Herren, und darauf gebe ich Ihnen auch eine Antwort: Warum löst der Innenminister gerade die Hundertschaft in Anklam auf? Folgendes: 70 Prozent aller bereitchaftspolizeitypischen Einsätze im Land Mecklenburg-Vorpommern finden in den Direktionen Rostock und Schwerin statt, zum Beispiel die Hansa-Fußballspiele am Wochenende,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die können wir nicht nach Schwerin verlegen.)

die Jobparade, die Hanse Sail, Staatsbesuche, Pressefeste und weitere Anlässe für die Einsätze der jeweiligen Bereitschaftspolizeien. Das heißt, mit der Unterstellung von 43 Kräften der Bereitschaftspolizei unter die vorpommerschen Direktionen stärken wir gerade Vorpommern und mit der höheren Beweglichkeit der Hundertschaften in Schwerin und Rostock stärken wir die Mobilität der Einsatzzüge.

Nun hat der Abgeordnete Schubert gefragt, was das für die konkrete örtliche Sicherheit zum Beispiel bei Volksfesten bedeutet, wenn ich die Frage richtig verstanden habe. Deswegen sage ich Ihnen mit ganz einfachen Worten, Herr Schubert: Für die Sicherheit eines Volksfestes in Anklam zum Beispiel ist die örtliche Polizeidienststelle zuständig. Und nur dann, wenn ihr das nicht gelingen sollte, kann sie über die Behörde Bereitschaftspolizeikräfte anfordern. Aber ich sage Ihnen auch, dieses Volksfest können wir beide gern mal besuchen, wo das im Rahmen einer behördlichen Zuständigkeit nicht gesichert werden kann. Da bin ich auch gern bereit, nach Vorpommern zu kommen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, Kerstin Fiedler, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Außerdem wird angeführt, meine Damen und Herren, dass der Rechtsextremismus in Vorpommern nun nicht mehr bekämpft werden kann. Ich will dazu ausführen, dass wir mit großem Erfolg mittels der mobilen Aufklärungseinheit Extremismus in allen fünf Direktionen dieses Landes den Rechtsextremismus zurückdrängen konnten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Zusätzlich sind die MEXX-Gruppen gerade im letzten Jahr noch einmal aufgestockt worden, im Übrigen insbesondere auch in Vorpommern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gut so.)

Und ich weiß von den Beamten, die diesen Dienst verrichten, dass sie selbst an diesem Erfolg des Zurückdrängens des Rechtsextremismus ganz großen Anteil haben.

Hinzu kommt, dass das Analyse- und Beraterteam, das wir im Land neu eingesetzt haben, gerade auch in Vorpommern, in sechs konkreten Einzelfällen unterwegs war. Ich erinnere nur an den Vorgang „Club 18“ in Saßnitz, aber auch an andere. Das sind alles ganz wichtige Maßnahmen, bei denen die Polizei direkt mitwirkt. Der entscheidende Punkt ist aber wohl der, dass der Rechtsextremismus in den Kommunen durch örtliche Präventionsarbeit in den Schulen und vor allem natürlich bei denen, die die originären Erziehungsaufgaben haben, zu bekämpfen ist. Deswegen werden wir auch nach wie vor über den Landespräventionsrat sämtliche Präventionsprojekte in diesem Bereich unterstützen. Nur all das hat nichts damit zu tun, dass die Bereitschaftspolizei einsatzfähiger werden soll. Das sind zwei verschiedene Sachverhalte, die Sie, aus welchen Gründen auch immer, hier vermischen. Wir werden auf beiden Schienen weiterkommen, darauf können Sie sich verlassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ohne Polizisten, ohne Polizisten.)

Wir werden die Reformen der Landespolizei insgesamt Zug um Zug umsetzen. Entscheidend ist, meine Damen und Herren, ich will es noch einmal betonen, die gesamte Landespolizei hat der gesamten inneren Sicherheit im Lande zu dienen und jede Einzelbehörde hat sich dem Gesamtziel unterzuordnen. Deshalb halten wir an unserem Vorhaben fest, die vorpommerschen Direktionen mit der Unterstellung von mehr als 40 Kräften zu stärken, die Bereitschaftskräfte in Rostock und Schwerin zu konzentrieren und die Einsätze der Bereitschaftspolizei in anderen Ländern zu reduzieren. Das ist der entscheidende Punkt. Unser Ziel ist es, eine leistungsstarke, moderne und bürgernahe Landespolizei zu entwickeln. Das gilt für alle Behörden und dabei wird es auch in Zukunft bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gemäß Paragraph 85 Absatz 1 der Geschäftsordnung erhöht sich damit die Redezeit der Fraktion der CDU um 7 Minuten auf nunmehr 27 Minuten.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass sich die Gewerkschaften und der Hauptpersonalrat für die Interessen der Polizistinnen und Polizisten einsetzen, ist legitim und nachvollziehbar. Aber dass der vorliegende CDU-Antrag nach einer zumindest aus meiner Sicht äußerst interessanten und aufschlussreichen Diskussion im Innenausschuss am letzten Mittwoch zu dieser Problematik nicht schnellstens zurückgezogen wurde, ist überhaupt nicht nachzuvollziehen. Es zeigt, dass es der CDU-Fraktion offensichtlich nicht um eine Sachdiskussion geht, um sachliche Informationen, denn die gab es spätestens am vergangenen Mittwoch im Innenausschuss zur Genüge. Wer aber nicht zuhören will, Herr Schubert, der nimmt auch die entsprechenden Informationen nicht auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wohl selten haben Sachverständige beziehungsweise Polizeipraktiker

derart deutlich auf dieser Innenausschusssitzung Befürchtungen, Behauptungen, Mutmaßungen und Unterstellungen aus dem politischen Raum zurückgewiesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer?)

Man war nahezu geneigt, sich für die CDU-Fraktion auf dieser Sitzung zu schämen.

Denn worum geht es konkret? Im Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, „die 3. Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei in Vorpommern zu erhalten“. So der vorliegende Antrag.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Es scheinen also zunächst Organisationsfragen der Polizei berührt und da hilft ein Blick in das einschlägige Gesetz, das heißt in das Polizeiorganisationsgesetz unseres Landes. Dort heißt es im Paragraphen 2 Absatz 1: „Polizeibehörden sind: ...“ unter anderem „5. die Bereitschaftspolizei Mecklenburg-Vorpommern“. Und im Absatz 2 heißt es dazu, ich zitiere wiederum: „Das Innenministerium regelt die Aufgaben und die innere Organisation der Behörden ...“ Das Polizeiorganisationsgesetz schreibt etwas anderes vor, als der vorliegende CDU-Antrag wünscht. Aber das haben Gesetze manchmal so an sich, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee. Das ist nicht so.)

Nicht die Landesregierung ist gefordert, sondern das Innenministerium regelt nach Paragraph 2 Polizeiorganisationsgesetz die innere Organisation der Bereitschaftspolizei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ansprechpartner ist immer die Landesregierung. Lesen Sie mal das Gesetz!)

In der entsprechenden Begründung dieser Regelung heißt es, Herr Dr. Jäger, ausdrücklich: „In Absatz 2 wird die Befugnis des Innenministeriums klargestellt, die innere Organisation der Polizeibehörden zu regeln.“ Die Binnenstruktur der verschiedenen Polizeibehörden ist im Gesetz ausdrücklich nicht festgeschrieben, sie soll durch Erlass geregelt werden, so die damalige Empfehlung des Hohen Hauses, als wir uns mit dem Gesetz auseinander gesetzt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die PDS-Fraktion hat damals dazu erklärt, dass die konkrete Polizeiorganisationsstruktur nach fachlichen Gesichtspunkten zu gestalten ist und dies keine Aufgabe für den Landtag als politisches Gremium sei. Hieran ist festzuhalten aus unserer Sicht und wir halten daran fest.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hört, hört!)

Die PDS-Fraktion unterstützt zudem die prinzipielle Forderung „Mehr Grün auf die Straße!“. Auch das ist aus unserer Sicht nicht neu.

Wenn die beabsichtigte Strukturveränderung, so, wie der CDU-Antrag unterstellt, „gravierende Folgen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Einsatzraum Vorpommern“ hätte, wäre das in der Tat ein Grund für den Landtag, sich in dieser Hinsicht einzusetzen. Aber, ich verweise auf die Sitzung des Innenausschusses, so die überzeugende Antwort des Anklamer und wohl allseits anerkannten Polizeidirektors Wils: Befürchtungen, wo-

nach Sicherheit und Ordnung nach dieser Strukturveränderung nicht in den Griff zu bekommen wären, sind völlig unbegründet. Und ich zitiere ihn jetzt wörtlich: „Bevor man behauptet, der Abzug führe zu Chaos,“

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

„hätte man mit mir sprechen sollen.“ Zitatende. Diese Behauptung ist zumindest indirekt auch eine Herabwürdigung der Arbeit der anderen Polizistinnen und Polizisten, die ihren Dienst ebenso ordnungsgemäß versehen wie die Bereitschaftspolizisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ich bitte Sie daher, das alles zu überprüfen und sicherheitspolitisch in sich zu gehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das müssen Sie gerade sagen! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wenn dann im CDU-Antrag die Landesregierung aufgefordert wird, die Bereitschaftspolizei in Vorpommern zu erhalten, ist das mit dem geltenden Polizeiorganisationsgesetz jedenfalls nicht in Einklang zu bringen. Das POG spricht in Paragraph 8 von der Bereitschaftspolizei Mecklenburg-Vorpommern. Und bezüglich der örtlichen Zuständigkeit der Polizei regelt Paragraph 3 POG, dass die Bereitschaftspolizei Mecklenburg-Vorpommern als obere Landesbehörde landesweit zuständig ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und wenn dann Fachleute aus Vorpommern, wie letzte Woche in der Innenausschusssitzung geschehen, unterstreichen, dass zwei voll ausgestattete Hundertschaften effektiver sind als drei ständig aufzufüllende, dann ist diese Strukturentscheidung eine Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer hat Ihnen das wieder aufgeschrieben?)

Und wenn der Polizeidirektor Wils konstatiert, dass er für seinen Direktionsbereich nach dieser Maßnahme 13 Polizisten mehr zur Verfügung hat – dies ist aus unserer Sicht auch immer noch zu wenig, das ist klar –, dann ist das aber auch schon eine Stärkung des Standortes Anklam.

Der Bäderdienst, meine sehr verehrten Damen und Herren – und hier nehme ich den Innenminister nach der Innenausschusssitzung beim Wort –, wird auch künftig quantitativ und qualitativ kontinuierlich abgesichert. Von Abschaffen war auf der Innenausschusssitzung keine Rede.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Da lassen Sie uns aber noch mal drüber reden! –
Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Bernd Schubert, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über das Verhältnis der Gewerkschaft der Polizei und des Hauptpersonalrates einerseits und des Innenministeriums andererseits ließe sich nun an dieser Stelle trefflich debattieren, um nicht zu sagen, tratschen. Es gibt zweifellos Paare, die harmonischer zusammenleben, hier aber den Eheschlichter zu spielen, ist der Landtag nicht berufen.

(Beifall Beate Mahr, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Um den Streit aber nicht eskalieren zu lassen, gibt es – wie in anderen Bereichen des Lebens auch – Gesetze, beispielsweise das Personalvertretungsgesetz.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und wenn es hierzu verschiedene Lesarten gibt, wie es in der jüngsten Vergangenheit der Fall war, dann entscheidet das Gericht. Punktum! Das heißt natürlich nicht, dass der Landtag den Innenminister nicht ermuntern dürfe, einen Schritt auf den Partner zuzugehen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und dazu rufe ich den Innenminister von dieser Stelle auf,

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

denn im Bereich der Polizei stehen noch wichtige Struktur- und Organisationsentscheidungen an. Daran sollte sich auch die Opposition im Landtag beteiligen, und zwar immer am Gesetz orientiert. Den vorliegenden Antrag lehnen wir ab. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Frieze von der Fraktion der SPD.

Siegfried Frieze, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will das nicht wiederholen, was der Innenminister hier bereits ausgeführt hat. Die SPD-Fraktion unterstützt ihn in seiner Entscheidung. Wir gehen davon aus, dass die von ihm getroffene Änderung in diesem Bereich der Bereitschaftspolizei zu mehr Sicherheit im Bereich Vorpommern führen wird und dass auch die Arbeitsbedingungen der davon betroffenen Beamten nicht übermäßig strapaziert werden, im Gegenteil, dass hier ein gerechter Ausgleich gefunden wird.

Meine Damen und Herren, Sie hörten bereits, dass im Innenausschuss dieses Thema beraten wurde, und weil diese Sitzung hier angesprochen worden ist, will ich dazu kurz etwas sagen. Herr Dr. Jäger, Sie warfen dem Innenminister vor, dass er sich vorzeitig entfernt hat aus der Sitzung. Wenn ich das richtig wahrgenommen hatte, hat der Innenminister die Abgeordneten wiederholt aufgefordert, Fragen an ihn zu stellen, weil er gehen müsse.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

Und nachdem dieses nicht erfolgt ist, ist der Minister dann gegangen. Ihr Vorwurf geht meiner Meinung nach in die Leere.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er war nicht da. So ist das, Herr Frieze.)

Herr Schubert, Sie sprachen davon, dass der Innenminister mit dieser Maßnahme alle Betroffenen vor vollendete Tatsachen gestellt hat. Ich habe im Innenausschuss sehr genau die Vertreter des Hauptpersonalrates und der Gewerkschaft der Polizei gefragt, ob sie sich denn im Betteilungsverfahren unzureichend beteiligt gefühlt haben. Und sie haben beide gesagt, nein, sie hätten dieses nicht, im formalen Verfahren wären sie korrekt und ordnungsgemäß durch das Innenministerium entsprechend dem Gesetz einbezogen worden.

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Ich sage dieses hier nur, damit kein falscher Eindruck entsteht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch Folgendes sagen: Die von der Gewerkschaft der Polizei uns vorgetragenen Bedenken in schriftlicher Form wie auch dann im persönlichen Gespräch im Innenministerium nehmen wir sehr ernst. Ich bin jedoch sicher, dass durch die geplante Umstrukturierung nicht weniger Sicherheit in dem angesprochenen Bereich erreicht wird. Ich bin auch überzeugt, dass durch diese Neuordnung keine unzumutbaren Bedingungen für die betroffenen Beamten eintreten werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na schön!)

Dieses hat auch der Leiter der Polizeidirektion Anklam, der in dieser Sitzung zugegen war, erklärt. Er sagte, die Verlagerung von Kräften der Bereitschaftspolizei zu den einzelnen Polizeibehörden werde von ihm ausdrücklich unterstützt.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Der Leiter der Polizeidirektion erklärte weiter, auch die Schaffung von zwei starken Hundertschaften finde seine Unterstützung. Entgegen der Befürchtung der CDU-Fraktion bricht nach Worten des Leiters der Polizeidirektion Anklam auch nach der Auflösung der 3. Hundertschaft nicht das Chaos in diesem Bereich aus.

Meine Damen und Herren, als Politiker bin ich gehalten, mich an die Ausführungen von Experten zu halten. Ich sage noch einmal, die SPD-Fraktion hat sich sehr ausführlich mit den vorgetragenen Argumenten seitens der Gewerkschaft, des Hauptpersonalrates auseinander gesetzt, aber auch mit den Ausführungen der leitenden Angestellten der Polizei in diesem Bereich,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind Beamte.)

und wir sind gewillt, diese Reform mitzutragen. Und, Herr Dr. Jäger, wie es bei Reformen nun einmal so ist, sie finden Widerstand, je näher man daran ist. Und Sie als Opposition haben natürlich die Aufgabe, Vorschläge, Alternativvorschläge zum Regierungshandeln zu unterbreiten. Das werfe ich Ihnen gar nicht vor. Ich nehme das zur Kenntnis und kann damit auch leben. Ich bitte nur, im Interesse unserer Beamten in diesem Lande,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau, ja, die vertreten wir ja gerade.)

aber auch der inneren Sicherheit, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die gleichgeschaltet werden.)

sollten wir auch den Mut haben, Reformen anzugehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber doch nicht gegen jede Vernunft!)

Das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern steht vor gewaltigen Reformen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Wir können keinen Bereich ausnehmen. Wir werden noch andere Reformen in die Wege leiten. Wir bitten Sie, uns zu begleiten, und ich darf Kollegen Ritter Recht geben, ich hatte eigentlich auch erwartet, dass die CDU-Fraktion, nachdem die ausführliche Aussprache im Innen-

ausschuss stattgefunden hat, diesen Antrag zurückziehen wird.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, der ist ja noch begründet.)

Sie hat es nicht getan. Nun gut, auch damit können wir leben, meine Damen und Herren. Die SPD-Fraktion wird den Antrag der CDU-Fraktion ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Friese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Dr. Timm, Sie haben die vielen Überstunden beklagt für die anderen Länder. Fragen Sie mal nach der Ursache, denn Ihre Kollegen haben dort die Bereitschaftspolizei abgebaut!

(Minister Dr. Gottfried Timm: Schill? Oder wer?)

Und Sie haben ja eine nette Rechnung gemacht: 240.000 Stunden weniger 36.000 Stunden, sagen wir mal 200.000 Stunden. Haben Sie schon mal daran gedacht, wie viel Überstunden diese Landespolizei vor sich herschiebt und dass es schon vor diesem Hintergrund gar keinen Spielraum mehr gibt für das, was Sie vorhaben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist ein Zahlenspiel, das Sie uns seit Jahren vorlegen, und deswegen sage ich, das, was wir beim Innenausschuss gehört haben, war eben nicht befriedigend.

Und, Herr Ritter, also wir schämen uns nicht für unsere Fragen im Ausschuss. Da sollten sich lieber die schämen, die uns darauf keine Antworten geben.

(Beifall Bernd Schubert, CDU)

Und wenn wir auf den Stil zurückkommen, da wundere ich mich schon sehr. Wir haben über die Bereitschaftspolizei hier geredet und der Chef dieser Bereitschaftspolizei war im Ausschuss nicht vertreten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und da muss ich schon sagen, diesen Stil kann man doch zumindest anzweifeln.

(Siegfried Friese, SPD: Die CDU hat das nicht beantragt.)

Ich muss Ihnen sagen, wir haben es doch hier nur mit der Spitze eines Eisberges zu tun. Schauen wir doch mal, was in Deutschland wirklich läuft! Wir haben es damit zu tun, dass unter Rot-Grün und unter Rot-Rot ein gezielter Personalabbau in diesem Lande vorangetrieben wird. Alles, was mit Polizei, Zoll, Verfassungsschutz oder Bundeswehr zu tun hat, wurde doch runtergefahren. Das ist doch keine Einzelaktion in diesem Land.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr!)

Doch, das ist wahr!

(Angelika Gramkow, PDS: Zumindest mit den Terrorismusgesetzen ist aufgestockt worden.)

Die Armee, die blieb nicht nur links liegen, sondern die wurde finanziell ausgetrocknet. Und gerade darunter leidet ja Vorpommern, leidet dieses Land ganz besonders.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und den Berliner Kahlschlag beim Zoll nennt man heute einfach Umstrukturierung. Wir haben hier auch einiges verloren in diesem Land: Stichwort Zollfahndungsamt Rostock und dass wir in der Fläche weniger Zollfahndungseinheiten haben. Das wird doch nicht besser. Gleichzeitig, und das muss man auch mal ganz deutlich sagen in diesem Lande, leistet sich Rot-Grün mit der Unterstützung der PDS ein Ausländerrecht, in dem nicht nur zig Milliarden für nicht asylberechtigte Ausländer ausgegeben werden,

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist eine Frechheit! – Zurufe von
Peter Ritter, PDS, und Gerd Walther, PDS)

sondern auch Sicherheitsrisiken bis heute aus aller Welt importiert werden.

Nüchtern betrachtet sieht doch Ihre Sicherheitspolitik nach dem 11. September wie folgt aus: Sie haben Deutschland zum Sozialamt der Welt gemacht,

(Ute Schildt, SPD: Seien Sie
doch nicht immer so drastisch!)

importieren damit bis heute Sicherheitsprobleme, vergeben die deutsche Staatsangehörigkeit ohne Sicherheitsüberprüfung

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Was ist denn das für ein Niveau?!)

und streichen zuallererst bei der Polizei, die sich anschließend mit den von Ihnen importierten Sicherheitsproblemen auf der Straße herumschlagen muss.

(Zurufe von Torsten Koplin, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

Das ist die Situation in diesem Lande. Jedem verantwortungsvollen Politiker müsste eigentlich nach dem 11. September 2001 klar sein, dass innere Sicherheit, äußere Sicherheit und Zuwanderung in ein Paket gehören.

(Peter Ritter, PDS: Und dass Sie sich
nicht schämen für so eine Rede!)

Das haben wir Ihnen doch gesagt und ich denke, das ist bei allem Streit auch vernünftig.

Und das von Rot-Grün im Eiltempo gegen den Mehrheitswillen durchgepeitschte Ausländerrecht hat doch zumindest das Sicherheitspaket II de facto schon aufgefressen. Das muss man doch mal ganz nüchtern sagen. Und während in anderen Bundesländern nach dem 11. September, also hier Gott sei Dank auch in SPD-regierten Ländern, der Personalabbau bei der Polizei gestoppt und mehr für die innere Sicherheit getan wurde, ist Mecklenburg-Vorpommern das einzige Land, in dem nicht auf den Anschlag reagiert wurde. Das muss man doch auch mal ganz deutlich sagen. Unser Antiterrorpaket vom November 2001 haben Sie abgelehnt.

Und was, nüchtern betrachtet, seit '98 im Hause Timm läuft, das ist eine unglaubliche Arroganz der Macht, womit die Spätfolgen des eigenen kurzsichtigen Handelns völlig ausgeblendet werden. In Sachfragen und für Argumente, und das haben wir ja nun alle erlebt seit '98, völlig unzu-

gänglich haben Sie schon vieles von dem niedergewalzt, was wir in diesem Land aufgebaut haben. Bereits mit der Vorlage des umstrittenen Personalentwicklungskonzeptes im April 2000 wurde die Streichung von Polizeivollzugsstellen festgeschrieben. Ein Jahr später erst legten Sie das Polizeiorganisationsgesetz vor, das im Juni 2001 hier verabschiedet wurde. Das heißt, Sie haben den Personalabbau festgeschrieben, bevor Vorstellungen für eine veränderte Organisationsstruktur vorlagen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Polizeiorganisation wurde im zweiten Schritt per Gesetz und Erlass nur Ihren Plänen vom Abbau von Polizeivollzugsstellen angepasst. Das ist doch die Realität. Praktische Argumente wie Einsatztaktik, realer Belastungsindex Polizei, darüber haben wir hier gesprochen, und zukünftige Mehrbelastungen bei der Landespolizei haben Sie ignoriert. Und Sie, Herr Dr. Timm, haben auch alle sachlichen Argumente kommunaler Funktionsträger, der eigenen erfahrenen Polizeibeamten im Land, der Gewerkschaft und der Opposition in den Wind geschlagen. Sie sind allein den Ratschlägen Ihrer drei Superpolizisten aus Nordrhein-Westfalen gefolgt. Ergebnis: Verlust von Flächenpräsenz und Bürgernähe zu Lasten der Sicherheit, und das in einem Flächenland, das stolz ist, so viele Touristen in dieses Land zu holen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Schere zwischen zunehmenden Aufgaben für die Landespolizei und den vorhandenen Polizisten ist mit der neuen Struktur weiter auseinander gegangen. Hinzu kommen Mehraufgaben nach dem 11. September. 6.100 Polizeivollzugsbeamte mit 675 Angestellten und 325 Arbeitern aus dem Jahre '91 standen 5.902 Polizisten mit 499 Angestellten und 173 Arbeitern im Jahr 2000, also im Jahre Ihres Eckpunktepapiers, gegenüber. Mit der neuen Struktur werden weitere 177 Dienstposten bis 2006 abgebaut. Mit den 150 Beamten für die drei Autobahnstationen fehlen also noch einmal 327 Beamte. Und Sie wollen uns dauernd erklären, wie man mit immer weniger Polizisten immer mehr Aufgaben erledigen kann. Gerade diese Rechnung geht nicht auf.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Im Ergebnis dieses personellen Aderlasses, verbunden mit weiter steigenden Belastungen, schiebt die Landespolizei einen gewaltigen Überstundenberg vor sich her. Deshalb, deshalb greifen Sie jetzt nach dem Rückgrat der Landespolizei, nach der Bereitschaftspolizei, nach der 3. Hundertschaft in Anklam. Nur deshalb!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so.)

Sie haben es zu verantworten, dass, gemessen an den Sollstärken, flächendeckend in den Polizeidienststellen dieses Landes nach Ihrer Organisationsstruktur Polizeivollzugsbeamte fehlen. Das hat Ihnen, Herr Dr. Timm, die Gewerkschaft der Polizei aufgeschrieben, vorausgesagt und das haben wir mit unseren Anträgen versucht zu verhindern. Und das waren ja eine ganze Menge Anträge und Sie können uns doch nicht Unsachlichkeit hier vorwerfen.

In Ihren Begründungen zur Auflösung der 3. Einsatzhundertschaft werfen Sie heute aus meiner Sicht, genau wie vor drei Jahren, wieder mal Nebelkerzen, um von den wahren Zielstellungen abzulenken. Was Sie jetzt vorhaben, ist die Verteilung, besser gesagt, die Vernebelung

des von Ihnen selbst verursachten Personalmangels innerhalb der Landespolizei. Ihr wahres Ziel aber – und die Erfahrungen haben wir leider gemacht und deswegen bleiben wir auch bei diesem Antrag – ist der weitere Abbau von Polizeivollzugsbeamten. Das ist doch nur der Einstieg. Dafür gab und gibt es sehr deutliche Anhaltspunkte – und ich sage das ganz deutlich –, vor allem die jahrelangen Märchenstunden im Innenausschuss, um es nicht anders zu sagen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und
Dr. Armin Jäger, CDU – Torsten Koplin, PDS:
Na, na, na! – Heinz Müller, SPD: Oh!)

Erstens. Die so genannten Zielvereinbarungen mit den Polizeidirektionen zur Senkung der Fallzahlen, also die vorrangige quantitative Bewertung der Polizeiarbeit, mit denen die Direktionsleiter geknebelt werden, dienen nur dem Ziel, die Kriminalität künstlich zurückzudrängen. Das führt dazu, dass schwere Kriminalität und Kontrollkriminalität vernachlässigt werden, nicht mehr bearbeitet werden. Das wiederum führt zur Senkung der Fallzahlen und damit zu einer höheren Aufklärungsquote. Damit wird sich bald der Innenminister auf die Brust schlagen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

aber die Sicherheit in diesem Lande bleibt auf der Strecke.

Es ist doch bezeichnend, dass in Ihrer Begründung zur Auflösung der 3. Hundertschaft Anklam diese Quantität wiederum eine herausragende Rolle spielt. Entscheidend sind aber bei der Bereitschaftspolizei die fachlichen, taktischen und physischen Vorzüge der geschlossenen Einheit und natürlich der einzelnen Beamten. Das wäre das Gleiche, wenn Sie verlangen, dass in Vorpommern die Feuerwehren bis auf Stralsund, Anklam und Neubrandenburg abgeschafft werden, nur weil es nicht genügend gebrannt hat.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD:
So viel Quatsch auf einem Haufen!)

Zweitens. Dazu passt, dass das Finanzministerium per Kabinettsbeschluss die Budgetierung des Personalhaushaltes bei der Polizei bewirkt hat. Damit ist doch klar, dass die Budgetierung in jeder Polizeibehörde nur unter fiskalischen Gesichtspunkten, unter Zurückstellung der fachlichen Notwendigkeiten der Polizei erfolgt. Oder glauben Sie wirklich, dass Frau Keler der Versuchung widerstehen könnte, ihre Budgetierung nach dem jetzigen Ist-Stand der Polizeivollzugsbeamten festzuschreiben?!

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Hinzu kommt der weiterhin festgeschriebene Abbau von Polizeivollzugsbeamten bis 2006. Also eines muss man sagen, jeder Finanzminister in Deutschland träumt von so einem Innenminister, dem er das anbieten kann. Das ist einfach so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Drittens. Ich rechne nach den bisherigen Erfahrungen, der Vorgehensweise des Ministeriums und dem Wahrheitsgehalt von Aussagen aus dem Hause Timm seit 1998 zur Landespolizei und der eingeführten Budgetierung damit, dass aufgrund der Zielvereinbarungen, also dem

Frisieren der polizeilichen Kriminalstatistik, schon ein Konzept unserer NRW-Spezialisten in Arbeit ist, mit dem die Zielstärken in den Direktionen neu berechnet werden sollen. Das, meine Damen und Herren, das ist das wahre Ziel, der weitere Abbau von Polizeivollzugsbeamten in diesem Lande. Die Zerschlagung der 3. Einsatzhundertschaft ist nur Teil dieser innen- und sicherheitspolitischen Geisterfahrt.

Viertens. Teile und herrsche! Wir haben immer kritisiert, dass das Polizeiorganisationsgesetz dem Innenminister zu großen Spielraum zur Regelung per Erlass für die Struktur unterhalb der Polizeidirektionen einräumt. Jeder Direktionschef hat Personalprobleme durch das neue Polizeiorganisationsgesetz, muss aber seine Aufgaben erfüllen. Die Interessen der eigenen Direktion stehen unter diesem Druck im Vordergrund, nicht aber das einheitliche strategische Landesinteresse für die Stärkung der Landespolizei und der inneren Sicherheit. Diese, durch Ihre Politik verursachte desolate Personalsituation in den Direktionen kommt Ihnen jetzt natürlich bei der Zerschlagung der 3. Einsatzhundertschaft sehr zu pass. Es gibt weniger Solidarität für die gemeinsame Sache. Das durften wir nämlich im Innenausschuss wirklich hören.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Jeder Direktor ist froh, seine Löcher jetzt schnell noch mal stopfen zu können, und gerade das hat auch der Herr Wils gesagt, wenn Sie richtig hingehört haben.

Wir sind der Meinung, und deswegen dieser Antrag, es ist für die Öffentlichkeit und auch für die Landespolizei ganz wichtig, dass wir deutlich machen, welche wahren Ziele Sie verfolgen. Mit der Auflösung der 3. Hundertschaft in Anklam schlagen Sie sozusagen mit der politischen Axt auf das Rückgrat dieser Landespolizei ein und ich denke, das müssen wir sehr deutlich sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die drei Standorte Waldeck, Schwerin und Anklam gehörten und gehören zu der langfristig und strategisch vernünftig angelegten Konzeption von Rudi Geil und Armin Jäger. Da wären zu nennen Unterstützung der Polizeibehörden in den Regionen durch geschlossene Einheiten, Unterstützung des Einzeldienstes, also das was schon Praxis, lange bevor Sie es jetzt als Begründung für die Auflösung der 3. Hundertschaft reingeschrieben haben, und natürlich die Absicherung des Bäderdienstes in der Region. Polizeitaktisch waren damit die Regionen abgedeckt. Für größere Landeslagen konnte zusätzlich eine Konzentration der Kräfte erfolgen.

Die Fertigstellung der A 20 gehörte zu unserem langfristig strategischen Konzept zur Stationierung der 3. Hundertschaft in Vorpommern. Sie aber nutzen jetzt die Fertigstellung der A 20 zur Abschaffung dieser 3. Hundertschaft.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich meine, das ist ja nun wirklich starker Tobak.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Erweiterung der EU nach Osten verstärkt die Sicherheitsprobleme im Transit.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das ist doch wohl völlig klar! Massenhafte Verschiebung von Diebesgut mit Zwischenlagerung in der Region

Vorpommern sowie die verstärkte grenzüberschreitende Kriminalität, Menschenhandel und organisierte Kriminalität

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Reden Sie mal unser Vorpommern nicht so schlecht!)

verschärfen doch die Sicherheitslage in den nächsten Jahren. Ob Sie das nun wahrhaben wollen oder nicht! Hinzu kommt, dass sich nach dem EU-Beitritt Polens der Bundesgrenzschutz aus der Grenzregion zurückzieht. Das sind nicht nur Mehrbelastungen für die Polizei, das ist ein strategisches Vakuum, was Sie da mit Ihren sicherheitspolitischen Experimenten produzieren.

(Heinz Müller, SPD: Ich glaube eher, dass woanders ein Vakuum ist.)

Und Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, was hier gesagt wurde, dass diese zukünftigen Mehrbelastungen von der Polizeidirektion Anklam mit 13 zusätzlichen Beamten in den Einsatzzügen der besonderen Lagen aufgefangen werden können?! Das glaubt Ihnen doch nun wirklich keiner! Die 13 bleiben auch nicht in den EBL, die werden im Einzeldienst verschlissen, genau wie die 13 in Stralsund und die 17 in Neubrandenburg. Damit geht bereichspolizeitypisches Know-how in Vorpommern gänzlich verloren und dagegen haben wir etwas.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine ganze Region verliert hervorragend taktisch, fachlich, physisch und psychisch aufs Härteste ausgebildete und geschulte Beamte. Das ist irreparabel und unserer Meinung nach nach dem 11. September 2001 auch unverantwortlich. Vor diesen Jungs hatten alle Chaoten

(Torsten Koplin, PDS: Na, na, na!)

von Rechts bis Links großen, großen Respekt.

(Angelika Gramkow, PDS:
Da sind auch Frauen dabei.)

Ihre Präsenz, insbesondere in Gruppenstärke, sorgte dafür, dass sich Bürger und unsere Gäste in Vorpommern wohl und sicher fühlen konnten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So war das.)

Und ich muss ganz ehrlich sagen, die Milchmädchenrechnung der SPD mit den Einsatzstunden, die uns da vorgelegt wurde, die ist doch ganz bewusst total irreführend, weil das Abbummeln von Überstunden erst mal durch die Auslandseinsätze de facto negativ bewertet wird

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und die umfangreichen dienstlichen Aufgaben zur Aufrechterhaltung dieser hervorragenden polizeitaktischen Fähigkeiten außerhalb der Einsätze völlig ausgeblendet werden. Das ist ein schlicht und einfach unseriöses Zahlenspiel, was uns dort vorgelegt wurde.

Mit der Auflösung der 3. Einsatzhundertschaft Anklam zieht sich Mecklenburg-Vorpommern aus dem Bund-Länder-Abkommen heraus, das auf drei Einsatzhundertschaften mit je 123 Polizeivollzugsbeamten, einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit mit 40 Beamten, einer technischen Einsatzeinheit mit 53 Beamten und einem Führungsstab mit 14 Beamten basiert. Das ist der Bruch des bewährten Bund-Länder-Abkommens durch Herrn Dr. Timm. Das muss man doch auch mal deutlich sagen.

Das Abkommen muss jetzt erneuert werden. Das Land trägt also zukünftig die Kosten für diese 43 demnächst im Einzeldienst versickerten Beamten. Und das sind circa 13.000 Euro pro Kopf. Die Einsparung der Mittel der Mietkosten steht diesen Kosten sowie Transport- und Unterbringungskosten bei zukünftigen Lagen in Vorpommern gegenüber.

Nach dem 11. September 2001 ist das nicht nur ein gefährliches sicherheitspolitisches Vabanquespiel für die Region, sondern offenbar auch ein politisches Abstrafmodell des Innenministeriums gegenüber den schwarzen Wählern in Vorpommern. Anders kann man das ja nun wirklich nicht bezeichnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Torsten Koplin, PDS: Also!)

Polizeitaktisch ...

(Siegfried Frieze, SPD: Jetzt ist es aber genug!)

Ja, es ist genug. Mit diesen Plänen zur 3. Hundertschaft ist es wirklich genug.

(Siegfried Frieze, SPD: Diese Gedankengänge soll man nachvollziehen können.)

Polizeitaktisch ist Ihr Modell auch völlig unakzeptabel, weil es gegen die klassische Dreiteilung verstößt: erstens die Abteilung Bereitschaftspolizei mit mindestens drei Hundertschaften,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

die strategisch günstig und ausgewogen im Land verteilt sind, zweitens eine Hundertschaft mit drei Zügen und drittens ein Zug mit drei Gruppen. Das sind nur mal ein paar Grundlagen. Fakt ist, dass die Bereitschaftspolizei insgesamt sowie die 3. Hundertschaft aufgrund der Anforderung aus den Direktionen, und das haben wir ja auch im Innenausschuss gehört, ohne Auslandseinsätze in der Regel immer voll angefordert und ausgebucht waren. Das heißt also messbare Ergebnisse bei Gruppen- und Zug-einsätzen mit Schwerpunkten im Gesamtkomplex der Verkehrskontrollen und Sicherstellungen, Ordnungswidrigkeiten, Festnahmen auf frischer Tat, Strafanzeigen sowie, nicht zu vergessen, 50 Prozent im so genannten Bäderdienst.

So, wie bei Ihren Stundenrechnungen die Stunden für die Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit unterschlagen wurden, wurde natürlich auch die wirkliche Zahl der Einsätze der 3. Hundertschaft unterschlagen. Das muss man auch mal ganz deutlich sagen. Im Jahr 2000 waren es 302, 2001 251 und bis Ende des 3. Quartals 2002 noch beachtliche 105, wenn man beachtet, dass für die drei Castoreinsätze ja entsprechende Überstunden abgebummelt werden sollten, mussten, der viermonatige Bäderdienst hinzukommt und natürlich auch die Ausbildung nicht zu vernachlässigen war. Fakt ist auch, dass wir nach dem 11. September 2001 eine 4. Hundertschaft hätten in Waldeck stationieren und den 3. Zug in Anklam hätten aufstocken müssen, um absehbare Mehreinsätze, die schon vorhandenen Überstunden und zukünftige Lagen wirklich beherrschen zu können.

Man fragt sich wirklich, wer soll zukünftige polizeiliche Lagen, die nur durch hochqualifizierte und taktisch disziplinierte geschlossene Einheiten beherrscht werden können, in Vorpommern wirklich zeitnah bewältigen? Entscheidend für die Sicherheit ist die Qualität und die Zahl

der Einsätze. Letzteres ist bei der 3. Hundertschaft wie gesagt mehr als beachtlich, wenn man alle Aufgabenbereiche beachtet, und man muss alle Aufgabenbereiche beachten.

Die Qualität ist auch im Bäderdienst entscheidend. Die Bereitschaftspolizei hat bisher 100 Topbeamte dafür zur Verfügung gestellt und davon versickern jetzt nach Ihren Plänen 43 mit Know-how-Verlust in den Polizeidirektionen. Bleiben 57 davon übrig. Das ist doch de facto eine Halbierung für den Bäderdienst, die wegen der personellen Gesamtsituation innerhalb der Landespolizei nicht mehr kompensiert werden kann. Sie sollten doch mal solche Rechnungen anstellen und nicht einfach sagen, das ist richtig, was der Innenminister macht.

(Siegfried Friese, SPD:
Nun warten Sie doch mal ab!)

Und wir fragen uns wirklich: Welchen Stellenwert spielen eigentlich Ihre polizeitaktischen Überlegungen? Nehmen wir nur ein Beispiel: Wir haben 21 Millionen Übernachtungen in diesem Land, das heißt 6 Millionen Besucher. Das muss man doch in eine Polizeitaktik mit einbeziehen, denn Sicherheit ist doch für dieses Land ein Standortfaktor. Nichts!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Schockierend ist, dass Sie in Ihren Überlegungen, da lesen wir nichts von, den 11. September 2001 und die damit verbundenen Mehrbelastungen völlig ausblenden, die EU-Osterweiterung ignorieren und keine sachlichen, geschweige denn polizeitaktischen Überlegungen hinsichtlich zukünftiger Gefährdungspotentiale in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern und in der Region Vorpommern berücksichtigen. Es ist doch schon heute klar, und das muss man doch ganz real betrachten, dass die weltpolitische Entwicklung, die tödliche Bedrohung der Existenz Israels durch den Irak und durch islamische Terroristen sowie die Haltung der Muslime in Deutschland dazu zu politischen Auseinandersetzungen führen werden, und das auch auf der Straße. Wir müssen doch die Zukunft mal realistisch betrachten! Von Einsätzen nach Informationen der Dienste aus den USA und Israels an das Bundeskriminalamt, und das sind in der Regel Großeinsätze, ganz zu schweigen. Das gilt auch für den Einsatz militärischer Mittel durch unseren einstmals engsten Verbündeten USA. Und, was wir alle nicht hoffen wollen, ganz zu schweigen von dem ersten Anschlag in Deutschland und nachfolgenden Demonstrationen von Friedenskämpfern, die noch immer ein Feindbild haben. Das ist ohne geschlossene Einheiten zukünftig eben nicht mehr beherrschbar.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Was einmal abgebaut wird, Herr Ritter, das ist eben weg.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das ist eben weg. Und die Konversion nützt Ihnen da auch nichts.

Das Schlimmste, was einem Körper wie der Landespolizei passieren kann, ist der Verlust von Moral. Sie haben 1998 den gesunden Patienten Polizei von uns übernommen. Dieser gesunde Patient liegt dank Ihrer nordrhein-westfälischen Rosskuren heute auf der Intensivstation.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Beifall bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit Anklam wird er in absehbarer Zeit ins Koma fallen. Sie haben ja heute über Gesundheit geredet. Dieser Vergleich ist doch wohl mal ganz legitim.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Ihr Vorhaben zur Auflösung der 3. Einsatzhundertschaft in Anklam ist nichts anderes als die polizeitaktische Entblößung der gesamten Region Vorpommern, und das nur, weil das viel zu kurze Laken Polizei nur noch hin und her gezogen werden kann. Das ist doch das wirkliche Problem. Sie haben viel zu wenige Beamte für die immer größer werdenden Aufgaben. Und jetzt versuchen Sie natürlich alles hin und her zu ziehen. Und das ist das Ergebnis. Haben Sie schon mal daran gedacht, welche Reaktionszeiten wir zukünftig haben werden, aus rein polizeitaktischer Sicht? Das ist doch völlig unakzeptabel.

Ich bin der Meinung, wir können uns in Deutschland nach dem 11. September keine Innen- und Sicherheitspolitik mehr leisten, mit der, ich will das ja nicht behaupten, unter Umständen in einigen Hinterköpfen alte Vorurteile parlamentarisch ausgelebt werden. Im Übrigen macht auch die Vorgehensweise der Zerschlagung der 3. Einsatzhundertschaft Anklam klar, dass das Ministerium die Mitbestimmungsrechte des Hauptpersonalrates für Monate – für Monate! – außer Kraft gesetzt hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

Und ich bitte Sie wirklich – bei allem Streit und im Interesse der Sicherheit dieses Landes, im Interesse der Landespolizei und vor allem auch unter dem Aspekt, dass Sicherheit als Standortfaktor bei Wirtschaft und Tourismus immer wichtiger wird –

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

legen Sie das Vorhaben auf Eis, legen Sie es möglichst für immer auf Eis! Das wäre in unserem gemeinsamen Interesse. Und hinterfragen Sie auch bitte mal kritisch das, was aus der Spitze des Innenministeriums kommt! Um mehr können wir Sie nicht bitten. Und ich sage Ihnen schon heute voraus, wir werden mit der Polizei die nächsten Probleme haben, denn Ihre Rechnung geht schlicht und einfach nicht auf. Und Sie bringen sich mit der Auflösung der 3. Hundertschaft letztendlich nur selbst in Schwierigkeiten. Lassen Sie bitte dieses Vorhaben und folgen Sie diesmal unserem Antrag! – Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Thomas.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Walther von der Fraktion der PDS.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gespräche am 19.12. vor Ort in Anklam haben mir gezeigt, dass viele Fragen im Raum stehen, die auch durch die Stellungnahme des Innenministeriums nicht komplett – weder heute noch an anderen Tagen – beantwortet werden konnten. Offensichtlich wurde aber auch für mich, dass die geplante Schließung der 3. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei in Anklam auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Denn eines befremdet mich: Da tun viele Polizistinnen und Polizisten der Bereitschaftspolizei vor Ort ihre Arbeit und sie tun noch vielmehr als das, sie erfüllen zusätzliche Aufgaben, die eigentlich in das Spektrum der Landespolizei gehören, gleich mit. Dieser Zustand ist den Mitarbeitern am allerwenigsten vorzuwerfen. Sie haben die Arbeit getan, die gemacht werden musste – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und der Bedarf für die anfallenden Aufgaben war ja offenbar gegeben. Über Jahre hinweg hat sich ein Zustand etabliert, der einen erhöhten Bedarf an Landespolizei signalisiert. Kompensiert wurde dieser durch die Bereitschaftspolizei.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Statistiken sind da wenig hilfreich, wenn sie sich auf ein Jahr beziehen oder aber den Fall nicht im nötigen Zusammenhang betrachten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

Und deshalb bin ich dafür, dass eben nicht dieses organisatorische Problem auf dem Rücken der Polizisten in Anklam ausgetragen wird. Gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, dass ich nicht alle Argumente und Beweggründe, die die Antragsteller hier mit ins Feld gebracht haben, dass ich sie nicht in Gänze teile. Aber Entscheidungen einer Struktur dürfen nicht gegen die Mitarbeiter vor Ort gefällt werden, denn Strukturen funktionieren nur, wenn sie von den Betroffenen selbst akzeptiert und mitgetragen werden. Dies scheint mir hier nicht der Fall zu sein. Das Mitbestimmungsrecht der zuständigen Personalvertretung wurde nur unzureichend gewährleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Eine Besserung war erst nach politischem Druck unter anderem auch aus der PDS-Fraktion zu verzeichnen.

Abschließend lassen Sie mich aber auch sagen, dass das Verhalten der CDU-Vertreter heute nicht gerade dazu angetan war, Mehrheiten im politischen Raum zu gewinnen. Das, sehr geehrte Herren Thomas und Schubert, schafft man durch Argumente und nicht durch Polarisierung.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und die Vermischung von der geplanten Reduzierung mit der Standortentscheidung zum Bundeswehrstandort Eggesin, das hat nun gar nichts miteinander zu tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und wer in diesem Zusammenhang beginnt, in seinem Text eine Kriminalisierung von Asylbewerbern und Ausländern einzubauen, das stimmt mich bedenklich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nichtsdestotrotz werde ich für den Antrag der CDU stimmen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

weniger wegen der Punkte, die Sie genannt haben, sondern vielmehr wegen fehlender Transparenz und dem nötigen Mitbestimmungsspielraum im Verfahren für die Betroffenen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Walther.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger. Es bleiben der CDU noch fünf Minuten Redezeit.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD:
Wenn Herr Thomas so viel erzählt!)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich brauche die fünf Minuten nicht. Ich wollte auch nicht reden. Aber, Herr Innenminister, wenn Sie hier zusammen mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses sagen, also, das Chaos wird nicht ausbrechen –

(Siegfried Frieze, SPD: Das sagt
der Polizeidirektor von Anklam.)

Herr Innenminister, wie schlimm muss das eigentlich noch kommen? Wie muss das eigentlich noch kommen? Glauben Sie denn, dass ein leitender Polizeidirektor, ein erfahrener Polizeiführer wie Herr Wils nicht auch mit einer schlechten Organisation zurechtkommt?! Und das hat er gesagt. Er hat gesagt, ich kann damit leben. Und das ist in Ordnung. Und ich wäre ihm auch böse, wenn er das nicht könnte. Aber diese Organisationsentscheidung ist schlicht falsch. Und da haben Sie nicht hingehört. Sie haben ein ganz gebrochenes Verhältnis zum Mitbestimmungsrecht. Sie haben die Rechte des Hauptpersonalrats formal gewährt, aber Sie haben sie so gewährt – ich habe die Unterlagen gesehen, Sie haben sie uns ja zur Verfügung gestellt, deswegen, Herr Frieze, habe ich darauf gedrängt, Sie haben es erst nicht verstanden –, Sie haben den Hauptpersonalrat in eine Situation gebracht, dass er gar nicht zustimmen konnte, denn Sie haben das nicht richtig geschildert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Innenminister, was Sie uns erklären müssen: Was soll das sein, eine Stärkung des Raums, wenn Sie 114 Planstellen abziehen – in Wirklichkeit waren es nur 86 Beamtinnen und Beamte, aber die gehen weg – und es verbleiben 43?! Und die 43 sollen verbleiben und Sie sagen, in dem Raum haben wir dann mehr Polizeipräsenz. Das haben wir gesehen! Das ist das Ziel aller Ihrer Organisationsentscheidungen, uns nämlich Dampf vor die Nase zu setzen, so zu tun, als produzieren Sie Sicherheit. Und wir sehen, innere Sicherheit in diesem Lande stirbt langsam, weil wir eine gute Landespolizei haben, weil unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch unter Ihnen versuchen, diesem Land zu dienen. Sie machen es ihnen nur verdammt schwer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie diese Theoriespielchen auf dem Rücken unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten! Denken Sie daran, Motivation ist das beste Einsatz- und Führungsmittel, das unsere Polizei hat! Und da muss der oberste Chef mit gutem Beispiel, nämlich mit offenem Visier, vorangehen. Gehen Sie raus, erklären Sie den Polizeibeamtinnen und -beamten, was Sie vorhaben! Sie wollen unsere Sollstärke reduzieren. Sie wollen dem Bund gegenüber melden, wir haben nicht mehr genügend Bereitschaftspolizei, nur weil Sie zu schwach sind, in besonderen Lagen im Lande dem Bund zu sagen, wir brauchen unsere Bereitschaftspolizei im Lande. Das ist doch albern, wenn ich sage, ich löse die Bereitschaftspolizei deswegen auf, weil sie ab und zu von anderen Bun-

desländern angefordert wird. Es gibt keine Befehlsgewalt des Bundes oder anderer Länder über unsere Landespolizei. Die Anforderungen werden an das Innenministerium gerichtet und Sie haben zu entscheiden. Wenn Sie zu schwach sind, sich zu entscheiden, laden Sie das nicht auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten ab!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bitte ganz herzlich, stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat noch einmal der Innenminister Herr Dr. Timm.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann können wir ja noch mal reden.)

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wir können alle Meinungsverschiedenheiten austragen hier in diesem Hohen Hause, aber an einer Stelle bin ich empfindlich, Herr Dr. Jäger, das gilt auch für alle anderen. Das Mitbestimmungsverfahren läuft, das ist noch längst nicht abgeschlossen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und im Innenausschuss habe ich ausdrücklich vor den Ohren der Abgeordneten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach! Ach!)

die Frage an die Vertreter der GdP und der Personalräte gestellt: Fühlt ihr euch im Mitbestimmungsverfahren verletzt? Nein, war die Antwort.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nein, war die Antwort.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Und ich bitte die Opposition, in dieser Frage bei der Wahrheit zu bleiben.

Eine ganz andere Frage ist die, ob es bei der Frage der Umstrukturierung der Polizeiorganisation Meinungsverschiedenheiten gibt. Über die reden wir nicht nur im formellen Mitbestimmungsverfahren, sondern über die rede ich – und meine Mitarbeiter ebenso – auch informell in verschiedenen Gesprächsrunden mit den Vertretern. Und deswegen sage ich in aller Bescheidenheit an dieser Stelle, unterschiedliche Meinungen dürfen auch zwischen einem Mitarbeiter und einem Innenminister ausgetragen werden, auch zwischen der GdP und dem Innenminister, auch zwischen den Personalräten und dem Innenminister. Nur, zu behaupten, wenn man nicht der Meinung des Innenministers sei, dann sei das Verhältnis gestört, dann bitte ich Sie, wir leben in der Demokratie.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wir leben in der Demokratie

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

und da muss es möglich sein, auch mit verschiedenen Positionen in ein Mitbestimmungsverfahren zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Es ist noch nicht abgeschlossen und ich sage Ihnen, am Ende, wenn das Verfahren abgeschlossen sein wird, dann werden Sie hoffentlich auch erkennen, dass dieses Verfahren seine Richtigkeit gehabt hat.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Nun habe ich an dieser Stelle festgestellt, da komme ich zum zweiten Punkt, dass sich die Diskussion mit meinen Argumenten nicht auseinander setzt, sondern man zieht dann Dinge herbei über das Zuwanderungsgesetz und alle möglichen anderen Themen. Deswegen will ich noch einmal an dieser Stelle deutlich sagen, die länderübergreifenden Einsätze der Bereitschaftspolizei wollen wir auf ein normales Maß zurückfahren, damit wir innerhalb des Landes die Polizeikräfte mehr zur Verfügung haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann tun Sie das!)

Deswegen wollen wir die Polizei, die Bereitschaftspolizei reduzieren

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und die Dienststellen in Vorpommern stärken.

Nun wird noch die Frage gestellt, warum gerade Vorpommern oder besonders Anklam. Sie haben das alles in Ihren Unterlagen. 70 Prozent aller Einsätze, auch die Einsätze der Hundertschaft aus Vorpommern beziehungsweise der Rumpfhundertschaft aus Vorpommern, sind in den Direktionen Schwerin und Rostock erfolgt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das habe ich ja versucht Ihnen zu erklären!)

Und deswegen sage ich Ihnen, wenn Sie nun schon über die A 20 reden und über Ökonomie und solche Fragen, das gilt in jeder Hinsicht. Die müssen möglichst wenig auf der Straße sein und möglichst viel im Einsatz. Und deswegen ist es notwendig, die Beamten so dicht wie möglich ans Einsatzgeschehen zu bekommen. Das ist auch eine zeitökonomische Fragestellung. Und ich bitte Sie, sich in aller Ruhe mit diesen Dingen auseinander zu setzen.

Dritter Aspekt: Timm baut die Polizei ständig ab, er streicht Personalstellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt doch!)

Die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern hat, im Vergleich mit allen Bundesländern, mit Abstand

(Reinhardt Thomas, CDU: Ach, diese alte Milchmädchenrechnung! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die höchste Stärke. Die höchste Stärke!

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist doch 1990 verworfen worden. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Bei uns, und das ist nur in Mecklenburg-Vorpommern der Fall, kommt auf 300 Einwohner ein Beamter.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Bayern 380, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer hat denn die Polizei so ausgestattet?!)

Und ich sage Ihnen, diese Polizeistärke ist wichtig für das Land. Aber es muss doch möglich sein, dann, wenn es neue Aufgaben gibt oder wenn wir in anderen Ländern – aus meiner Sicht, zugegebenermaßen, aus Ihrer möglicherweise nicht – zu viele Aufgaben wahrnehmen, eine Umstrukturierung vorzunehmen. Aber bitte sehr, wir haben und wir behalten in Mecklenburg-Vorpommern mit Abstand die höchste Polizeistärke in allen Bundesländern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darauf können wir stolz sein und das sind wir auch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die bauen Sie doch gerade ab. – Dr. Ulrich Born, CDU: Die bauen Sie doch ab.)

Und nun eine Bemerkung zum Schluss, das gilt für jeden Landesbeamten. Sie wissen, dass wir in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft vor immensen Herausforderungen stehen. Und deswegen kann jeder Landesbeamte stolz darauf sein, diesem Land zu dienen. In dem Wort „Landesbeamter“ steckt aber das Wort „Land“ und der Einsatzort eines Landesbeamten ist das ganze Land Mecklenburg-Vorpommern, von Kap Arkona bis Boizenburg. Und es muss möglich sein, mit diesem Privileg eines Beamten auch als Dienstherr arbeiten zu können. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Der Abgeordnete Reinhardt Thomas meldet sich für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat noch mal Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ich hatte eigentlich noch eine Frage gehabt.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Sie haben noch fünf Minuten Redezeit.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, niemand hat hier gesagt, dass Sie einen Rechtsverstoß bei der Beteiligung des Hauptpersonalrates begangen haben. Aber Sie haben offenbar noch nicht gelernt, dass es bei uns im Personalvertretungsrecht den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit gibt. Und Sie müssten uns mal die Frage beantworten – und die Antwort hätte ich von Ihnen schon mal ganz gerne vor diesem Hause –, ob Sie das für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit halten, wenn der Hauptpersonalrat in der Sitzung des Innenausschusses durch unsere Fragen erst erfährt, dass Sie mittlerweile die Verhandlungen abgebrochen haben und längst die Einigungsstelle angerufen haben.

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Was sind Sie eigentlich für ein Dienstvorgesetzter, Herr Minister?!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Welches Vertrauen haben Sie eigentlich noch zu den Personalräten in unserer Polizei und in unserem Lande?!

(Reinhardt Thomas, CDU: Da gibt es Gewerkschaftsvertreter in der SPD.)

Also ich muss mich sehr wundern, dass ein Sozialdemokrat mit den althergebrachten Grundsätzen,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

die wir hier längst über lange Jahre verinnerlicht haben, so umgeht.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Das ist soziale Gerechtigkeit der SPD.)

Und das Zweite ist, Herr Innenminister, Sie haben jetzt dazugelernt, dass die Bereitschaftspolizei ein wichtiger Bestandteil unserer Landespolizei ist. Und Sie sagen, die soll im Lande gefälligst ihren Dienst machen. Recht haben Sie! Aber Sie können doch nicht wirklich im Ernst glauben, dass es nötig ist, die Bereitschaftspolizei um einen ganzen Bereich zu reduzieren, damit sie nicht so oft im übrigen Bundesgebiet eingesetzt wird.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Haben Sie eigentlich von dieser technischen Erneuerung Telefon schon gehört? Nämlich dass Sie mal Ihren Kollegen in dem anfordernden Land anrufen und sagen, tu mir einen Gefallen, an dem Wochenende holt bitte die aus Schleswig-Holstein oder wo auch immer. Das bisschen Handwerkszeug müssten Sie längst gelernt haben!

Und in einem Punkt, Sie haben etwas von Ehrlichkeit gesagt, erwarte ich von Ihnen auch in diesem Hohe Hause etwas mehr Ehrlichkeit. Wenn Sie darüber reden, mit welchem hohen Kostenaufwand Landespolizisten aus Mecklenburg-Vorpommern in anderen Ländern – Sie schreiben in Ihren Statistiken immer, im Ausland;

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

darüber will ich jetzt nicht reden –, in anderen Ländern Dienst verrichten, dann sollten Sie der Ehrlichkeit halber auch dazusagen,

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

dass nach dem Bereitschaftspolizeiabkommen diese Kosten erstattet werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/163. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/163 bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und einer Stimmenthaltung der SPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der PDS und einer Zustimmung der Fraktion der PDS sowie Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Leitlinien für Konversion, Drucksache 4/158.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Leitlinien für Konversion
– Drucksache 4/158 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über dem vorliegenden Antrag „Leitlinien für Konversion“ hätte als Überschrift auch stehen können eine Feststellung nach der Klausur unserer SPD-Kollegen. Dort war zu lesen, ich zitiere: „Wir bücken uns nach jedem Arbeitsplatz“. In der Tat, meine sehr verehrten Damen und Herren, Konversion bietet nicht nur die Chance der Beseitigung von Altlasten, sie bietet auch die Chance der Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Und angesichts der dramatischen Situation auf dem Arbeitsmarkt sind wir also gezwungen, Konversion auch als Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu begreifen und nicht als Hobby eines PDS-Landtagsabgeordneten. Natürlich liegt mir dabei meine Heimatregion besonders am Herzen und ich freue mich, dass nun endlich am 11. und 12. Februar hochrangige Entscheidungsträger des Bundesverteidigungsministeriums sich in Basepohl sehen lassen, um mit Vertretern der Kommune über den Teilfreizug und die zivile Nachnutzung nicht mehr benötigter Bundeswehrflächen zu reden.

Lange genug hat das gedauert, nahezu zwei Jahre. Dass es zu diesem Termin kommt, ist vor allem dem Engagement der Kommunalpolitiker und -politikerinnen vor Ort zu verdanken. Ich bitte die Landesregierung von dieser Stelle daher, bei diesem wichtigen Termin möglichst in Basepohl mit dabei zu sein. Noch gibt es für die zivile Nachnutzung der Bundeswehrkaserne in Basepohl interessierte Investoren. Lange werden diese aber nicht mehr warten und wir können sie auch nicht mehr warten lassen, denn wir wollen, ja, wir müssen uns nach jedem Arbeitsplatz im Land bücken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Konversion in Mecklenburg-Vorpommern ist aber mehr als Konversion in Stavenhagen. Über 40 Objekte in 23 Kommunen unseres Landes werden in den nächsten Jahren frei gezogen. Konversion in Mecklenburg-Vorpommern ist Konversion vor allem im ländlichen Raum – außerhalb funktionierender Märkte, abseits reger Flächennachfrage, im Kontext zu rückläufiger Bevölkerungszahl, schwacher Kaufkraft und prekärer Lage der öffentlichen Haushalte.

Die Probleme der alten Konversion, also die Lasten aus zwei Weltkriegen und aus Zeiten des Kalten Krieges, sind im Land noch längst nicht überwunden. Nach dem Auslaufen der speziellen europäischen Förderprogramme bleiben viele dieser Militärbrachen ohne Aussicht auf zivile Nachnutzung oder Beseitigung. Zu dieser Problematik kommen die Anforderungen der so genannten neuen Konversion. Neben dem Überangebot an Altgewerbeflächen und erschlossenen Gewerbegebieten auf der grünen Wiese entsteht so ein Zusatzangebot an überschüssigen, aber oft intakten und modernisierten Militärf Flächen. Ursache dafür ist die eingeleitete Bundeswehrstrukturreform. Der kaum vorhandene Markt im Land Mecklenburg-Vorpommern regelt das Problem nicht. Der Bund negiert das Problem und verweigert die Auflage neuer Förderinstrumente nach wie vor.

Die Länder, so auch Mecklenburg-Vorpommern, können angesichts angespannter Haushaltslage nur begrenzt

te Hilfen gewähren. So ist auch die Standortkonversionsrichtlinie des Landes zwar eine wichtige, aber nur die minimalste Hilfe des Landes für die Konversionskommunen. Und so waren und sind auch die Fördermittel des Landes zum Beispiel für die Machbarkeitsstudie für den Standort Basepohl, für den für die Kommune arbeitenden Konversionsmanager, für die moderne Sporthalle in Stavenhagen, für das Waldbad, was jetzt rekonstruiert wird, für das integrierte Stadtentwicklungskonzept wichtige Hilfen. Wirksame, in die Zukunft gerichtete Kompensation ist das aber noch lange nicht.

Ähnliche Anstrengungen der Landesregierung ließen sich auch für andere Kommunen wie Eggesin, Karow, Pasewalk oder Tutow nennen. Und ich will an dieser Stelle auch an den Regionalmanager erinnern, der eigens für den Uecker-Randow-Kreis eingesetzt wurde. Und der FDP-Chef des Landkreises Uecker-Randow irrt eben, wenn er feststellt, wir hätten zwei Jahre verschlafen, so, wie es heute in der Zeitung zu lesen war. Was aber nicht heißt, dass es keine Probleme mehr gibt.

Deshalb halte ich es für richtig und wichtig, dass die Koalition die Konversion jetzt federführend dahin gegeben hat, wo sie hingehört, nämlich in das Wirtschaftsressort. Ohne ressortübergreifendes Handeln und Unterstützung und vor allem ohne die Unterstützung durch den Bund wird der Wirtschaftsminister des Landes aber nicht auskommen. Fortschreibung und Überarbeitung der Leitlinien für Konversion bedeutet daher vor allem eine Reform der rechtlichen, fiskalischen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen.

Anders als bei der Konversion alter NVA-Liegenschaften und der Liegenschaften der Westgruppe der russischen Truppen ist die neue Konversion vor allem eine Kompensationsaufgabe. Die Bundeswehr ist in den betroffenen strukturschwachen Regionen ein maßgeblicher Wirtschaftsfaktor.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Auf diesen Bedarf haben sich Teile der Wirtschaft als Zulieferer, Teile der Infrastruktur und Teile des Handels eingestellt. Diesen Wegfall zu kompensieren ist Teil der neuen Konversion und dieser Aufgabe müssen wir uns stellen, Herr Born.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig, ja.)

Eine weitere neue Qualität ist die Tatsache, dass erstens die Bauwerke in den betroffenen Projekten prinzipiell saniert und technisch gut ausgestattet, zweitens die Infrastrukturanlagen intakt und teilweise neu errichtet und drittens Altlasten schon weitgehend beseitigt worden sind. Damit entfallen kostenintensive Eingriffe zur Herrichtung von Militärgelände für eine gefahrenfreie zivile Folgenutzung. Konversion in diesen Objekten wird also billiger, allerdings nur dann, wenn zügig reagiert und gehandelt wird.

Konversion heute, und vor allem Konversion im ländlichen Raum, erfordert also völlig neue und andere Dimensionen der öffentlichen Hilfe. Die bisherigen Leitlinien für Konversion waren ausgerichtet auf den Handlungsbedarf der ehemaligen NVA- und WGT-Liegenschaften und haben ihre Funktion im Land auch weitgehend erfüllt. Den Anforderungen, die sich aus der zivilen Nachnutzung von Bundeswehrstandorten ergeben, werden sie nicht mehr gerecht. Angesichts der Tatsache, dass die gegenwärtige Bundeswehrstrukturreform in den nächsten vier bis sechs Jahren abgewickelt wird, ist also dringender Handlungs-

bedarf angezeigt. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung zum vorgelegten Antrag und die Regierung um zügige Umsetzung.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Nur so beweisen wir, dass es uns wirklich darum geht, uns nach jedem Arbeitsplatz zu bücken. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Thomas Schwarz, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Fiedler von der Fraktion der CDU.

Kerstin Fiedler, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vor uns liegende Antrag von PDS und SPD ist recht allgemein und unverbindlich gehalten, so dass man ihm eigentlich bedenkenlos zustimmen kann.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Wird er von der Landesregierung als Aufforderung ernst genommen, kann dies weder Gutes bewirken noch Schaden anrichten.

Die aus dem Jahr 1992 stammenden Leitlinien für Konversion für das Land Mecklenburg-Vorpommern sind hauptsächlich darauf ausgerichtet, die Umwandlung bisher militärisch genutzter Ressourcen, Flächen und Strukturen der ehemaligen NVA und der hier stationierten GUS-Truppen zur zivilen Nutzung zu bewältigen. Herr Ritter hat das in seiner Rede bereits ausgeführt. Deshalb sollen die Leitlinien richtigerweise überarbeitet und fortgeschrieben werden – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Man kann nur hoffen, dass diesen Antrag nicht dasselbe Schicksal ereilt wie seinen Zwilling vom Januar 2001. Dieser wurde zwar auf der 53. Sitzung am 1. Februar 2001 beschlossen, seine Umsetzung aber nicht für nötig befunden, wie aus einer Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage von Herrn Ritter vom Mai letzten Jahres hervorgeht. Jetzt also ein neuer Vorstoß. Aber als neues Mitglied des Landtages stelle ich mir da schon die Frage nach der Durchsetzungsfähigkeit dieses Parlaments gegenüber der Landesregierung.

Aber wohin soll die Reise gehen? Was sie von der Landesregierung an neuen Schwerpunkten in den Leitlinien und Handlungen erwarten, lassen die Verfasser des Antrages offen. In der Begründung steht, dass es sich um die Nachnutzung der vom Bundeswehrrabzug betroffenen Standorte handelt. Hier wird sie als „neue Konversion“ bezeichnet.

Aber, meine Damen und Herren, die Konversion des Wirtschaftsfaktors Bundeswehr erfordert nicht nur neue Herangehensweisen, wie Sie in Ihrer Begründung durchaus richtig ausführen. In den strukturschwächsten Regionen unseres Landes, nämlich Demmin und Uecker-Randow, erfordert die unverantwortliche Truppenreduzierung um 3.000 Soldaten, Zivilbeschäftigte und Auszubildende und die Beinaheschließung der Kaserne Eggesin-Karpin, nur nebenbei bemerkt, eine echte Kompensation. Eine echte Kompensation!

Erfreulich, meine Damen und Herren, dass Sie in Ihrer Begründung die Bundeswehr auch als Wirtschaftsfaktor bezeichnen. Insofern habe ich die Ausführungen des Kollegen Ritter, was damit gemeint ist, mit sehr großem Interesse verfolgt und kann dem nur zustimmen.

Von den fatalen Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums hat sich der Innenausschuss im Rahmen einer Anhörung vor Ort in Eggesin ein Bild machen können. Es wurden Stellungnahmen eingeholt für Uecker-Randow und den Kreis Demmin, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen: weiterer Arbeitsplatzabbau bei einer Arbeitslosenquote von 25 bis 27 Prozent, Ausbildungsplatzverluste, Rückgang der Kaufkraft, Wegzug junger leistungsfähiger Menschen und ganzer Familien aus den Regionen, Auftragseinbußen für heimische Unternehmen, um nur einige wenige zu nennen.

Schließlich wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, die bisher zwei eher dürrtliche Zwischenberichte abgegeben hat. Man habe einen Regionalmanager eingesetzt, das ist auch gut so, und lote die Entwicklungspotentiale der Regionen aus. Immer wieder wird auch deutlich gemacht, dass der Bund sich aus seiner Verantwortung ziehe und nicht zum Gegenteil zu bewegen sei – Beispiel Bundeswohnungen in Eggesin, die im guten Glauben hinsichtlich des Erhaltes des Standortes Eggesin von der Stadt einmal erworben wurden. Noch immer gibt sich der Bund der Illusion hin, die riesigen Liegenschaften zu viel Geld machen zu können, anstatt auf diese wohl nie sprudelnden Einnahmequellen zu verzichten und den Weg frei zu machen.

Sicher ist es nicht zu bestreiten, Herr Ritter hat das ausgeführt, auch vor Ort müssen Hausaufgaben gemacht und Ideen entwickelt werden. Es mangelt auch nicht an Fleiß und gutem Willen, aber keine noch so gute Idee lässt sich umsetzen, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Keine Stadt oder Gemeinde leistet sich beispielsweise bei uns, etwaige Investoren, die nun auch nicht gerade Schlange bei uns stehen, mit teuren Gewerbeflächen auch noch zu verprellen, obwohl sie bereits finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen. Aber das reicht natürlich nicht.

Die IHK Neubrandenburg und der Landkreis Uecker-Randow in Zusammenarbeit mit der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region zum Beispiel haben konkrete Vorschläge gemacht, wie unsere strukturarmen Gegenden flott- und für die Ansiedlung von Gewerbe attraktiv gemacht werden können, nachzulesen in der Ausschussdrucksache 3/3008, denn mit der Wirtschaft und der hochwertigen Ausbildung unserer jungen Menschen wird unsere Region stehen oder fallen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Es ist mehr als das Durchreichen von Stadtumbau-Ost-Mitteln zum notwendigen Abriss leerstehender unansehnlicher Plattenbauten.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Über den fragwürdigen Einsatz des Ministerpräsidenten zur Abwehr der Truppenabbaukatastrophe im fernen Vorpommern beim Bundesverteidigungsminister wurde in diesem Hause bereits trefflich und verständlicherweise sehr emotional gestritten. Es wird immer sehr emotional gestritten in diesem Hause, wenn es um Regionen geht

und die Abgeordneten sich angesprochen fühlen. Dennoch bemüht der Ministerpräsident gern Ludwig Erhard mit dem Zitat, Wirtschaftspolitik sei zu 50 Prozent Psychologie.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU:
Sehr richtig. Sehr richtig.)

Recht hat er. Wenden Sie diese Erkenntnis bei uns an, Herr Ministerpräsident! Schaffen Sie eine Aufbruchstimmung in den östlichen Landesteilen wie Demmin und Uecker-Randow, indem Sie ihnen spürbar Referenzen einräumen

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Sind da.)

- bei der Verkehrsinfrastruktur,
 - bei der Schul- und Berufsausbildung,
 - beim zeitweisen Verzicht auf Steuereinnahmen, auch wenn es wehtut,
 - bei der touristischen Weiterentwicklung des ländlichen Raumes,
 - bei der finanziellen Ausstattung der Kreise,
 - beim Ansiedeln von Landesbehörden,
- auch nach einer Funktional- und eventuellen Kreisgebietsreform!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Geben Sie uns vor diesem Hintergrund vor allem verkehrstechnisch die Chance, das für uns viel gepriesene Oberzentrum Stettin auch als solches zu nutzen! Und binden Sie auch den Norden unseres Landkreises an die dort hinführenden Verkehrswege auf der Schiene, dem Wasser und über den Autobahnzubringer an! Ansonsten bleiben wir auch nach der EU-Osterweiterung eine Randregion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beantrage, den Antrag der PDS- und SPD-Fraktion auf Drucksache 4/158 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Innenausschuss zu überweisen, um ihn so zu modifizieren, dass er eine echte Handlungsaufforderung an die Landesregierung darstellt, und schließe mich im Prinzip den Meinungen des Herrn Ritter an.

(Peter Ritter, PDS: Sehr schön.)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Fiedler.

Als Nächstes hat ums Wort gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Herr Ebnet. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind ja schon ein paar Einigkeiten heute hier genannt worden. Die erste Einigkeit kann ich so feststellen: Wir alle sind der Meinung, die Konversionsleitlinien aus dem Jahre 1992 behandeln einen anderen Sachverhalt. Sie gelten heute nicht mehr. Neue sind angebracht.

Zweite Einigkeit ist die, Bundeswehr ist ein Wirtschaftsfaktor. Bundeswehr hat etwas zu tun mit Arbeitsplätzen, mit Kaufkraft. Und das war ja auch der Grund, dass die Landesregierung gesagt hat, jetzt soll die Zuständigkeit

innerhalb der Landesregierung übergehen vom Innenminister zum Wirtschaftsminister, was jetzt geschehen ist.

(Kerstin Fiedler, CDU: Ja.)

Aber dann hört es schon auf mit den Einigkeiten und das ist eigentlich schade.

Es geht schon beim Sachverhalt los. Frau Fiedler – und jetzt ist der Abgeordnete Thomas leider nicht mehr hier –, man kann sich auf solche Reden ein bisschen vorbereiten. Ich habe es mal nachprüfen lassen, wie sich denn jetzt der Bundeswehrazug ausgewirkt hat, die Dienstposten, welche vorher und welche nachher waren. Und da kam etwas Überraschendes heraus für mich. Für mich war es auch nicht selbstverständlich.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

In der Debatte hieß es ja immer, die Bundeswehr zieht sich zurück. Aber die Bundeswehr hat damals über 1.000 Dienstposten unter der Regierung Kohl abgebaut. Da sind die Standorte Demmin und Karow geschlossen worden. Dann gab es noch in Neustadt-Glewe etwas und in Dranske. Und bei der Bundeswehrstrukturreform jetzt, die dann unter dem Namen Scharping lief, sind mehr als 1.000 Dienstposten dazugekommen im Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Da sind 1.131 Dienstposten dazugekommen, mehr, als damals abgebaut wurde in den 90er Jahren. Das ist die globale Sicht der Dinge. Das heißt also, wir haben hier auch Zuwächse zum Beispiel in Rostock, in Bad Sülze und so weiter. Das darf man einfach nicht vergessen, wenn man eine Gesamtbewertung vornimmt. Man kann also nicht sagen, insgesamt würde sich die Bundeswehr zurückziehen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das habe ich nicht gesagt.)

Sie hat sich allerdings anders strukturiert und ist jetzt anders aufgeteilt. Deshalb gibt es auch starke Betroffenheiten ganz bestimmter Standorte, nämlich Eggesin, Stavenhagen und Kölpin. Und dann haben wir noch aus der vorherigen Strukturreform Demmin und Karow. Das sind im Wesentlichen die fünf Problemstädte und Gemeinden, mit denen wir es zu tun haben. Es ist auch gut, wenn man die Probleme beim Namen nennt, dann sind wir schon ein Stückchen weiter und können das konkret abarbeiten. Und jetzt kommt es darauf an, die negativen wirtschaftlichen Folgen für die Kommunen abzumildern, neue Chancen zu erkennen und sie dann zu nutzen. Da sind wir uns wieder alle einig hier, glaube ich. Und dabei wird natürlich das Land das tun, was es tun kann.

Wir haben eine Standortkonversionsrichtlinie im Jahre 2000 erlassen und in der Finanzplanung bis 2004 jährlich rund 4 Millionen Euro eingestellt. Diese Mittel sollen helfen, zusätzlich zu den anderen Geldern, die ja auch noch zur Verfügung stehen, die Folgen des Truppenabbaus zu bewältigen.

Wir haben eine IMAG-Bundeswehrstrukturreform eingesetzt, um mit den betroffenen Kommunen konkrete Probleme und Projekte zu besprechen und Förder- und Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir haben eine Bund-Land-Arbeitsgruppe „Anschlussnutzung Bundeswehrliegenschaften in Mecklenburg-Vorpommern“ gebildet. Die Arbeitsgruppe befasst sich konkret mit der Vermarktung und Entwicklung frei gewordener militärischer Liegenschaften.

Jetzt kann man sagen, die könnten ja schon viel weiter sein. Das ist eigentlich der Kern der Kritik. Nicht die Richtung ist falsch, sondern die Frage, ob das denn alles schon schnell genug geschehen ist. In der Tat kann man immer kritisieren. Wenn etwas geschehen soll, dann kann es nie schnell genug gehen. Das ist auch klar. Wir geben uns Mühe, hier so schnell, wie es geht, zu arbeiten.

Wir haben Projekte der Konversionsstandorte gefördert, zum Beispiel das Regional-Management-Projekt im Landkreis Uecker-Randow – Herr Ritter hat schon darauf hingewiesen –, die Konversionskonzeptionen für Demen und Karow, Beratungsleistungen zur Ansiedlung von Investoren im Gewerbegebiet Nordost in Pasewalk oder Machbarkeitsstudien für den Bundeswehrstandort Basepohl/Stavenhagen und die Vorpommernkaserne in Eggesin oder auch das begleitende Konversionsmanagement zur Konversion des Bundeswehrstandortes Stavenhagen/Basepohl. Vorbereitungsarbeiten sowie konventionelle Arbeiten wurden in Gang gesetzt und sind am Laufen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist natürlich, dass auch nach der Konzeption dann die Umsetzung kommt, und die haben wir vor uns. Das gesamte Förderinstrumentarium des Landes steht hierfür zur Verfügung. Was wir können, werden wir auch tun. Es kommt darauf an, die gegebenen Möglichkeiten kreativ zu nutzen. Aber, Frau Fiedler, so einfach geht das nicht. Am Ende müsste ja eigentlich die Nutzung stehen, um wieder Kaufkraft und Arbeitsplätze in die Regionen zu bringen, was wir alle wollen, damit sich dort Wirtschaft ansiedelt, die jetzt nicht in der Region ist, die von außen kommt. Und das ist natürlich das Problem. Sie haben ja gesagt, Investoren stehen nicht Schlange. Wie bekommt man diese Investoren ran? Hier geben wir uns natürlich und ich speziell für Uecker-Randow wirklich Mühe, Investoren und Wirtschaft nach Uecker-Randow und auch nach Stavenhagen zu bringen. Nur ist es so, die Schlange, die man anstehen sieht, ist nicht vorhanden. Wir müssen wirklich hart daran arbeiten und da bitte ich auch um Unterstützung durch den Landtag. Das kann einer allein nie machen. Wenn jemand etwas weiß, wenn er mithelfen kann, dann bitte ich um Nachricht. Wenn es alle zusammen tun, dann sind wir ein Stückchen stärker und kommen auch ein Stück weiter, als wenn wir gegeneinander arbeiten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

was hoffentlich nicht der Fall ist. Meine Bitte ist: Ziehen wir alle an einem Strang! So können wir den Gemeinden auch maximale Hilfe geben. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Schwarz für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Schwarz, Sie haben das Wort.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin natürlich nun als Vierter ein bisschen im Dilemma, denn Kollege Ritter, Kollegin Fiedler und jetzt noch der Minister haben bereits alles gesagt.

Vielleicht so viel: Ich bin ja Bürgermeister einer der betroffenen Gemeinden, und zwar der Gemeinde Demen.

Der Minister brachte es ja rüber. Demen ist bereits schon etwas länger im Dilemma, weil ja die Schließung des Standortes bereits vor 1998 – Mitte der 90er Jahre – so beschlossen worden ist. Das heißt, wir hatten wirklich zum Teil eine Tragödie, was dort abging. Ich kann das nur aus meinen Erfahrungen heraus sagen, die ich als Bürgermeister gesammelt habe. Ich hatte immer ein offenes Ohr. Wenn es ein Problem mit der Bundeswehr gab, konnte ich damals jederzeit federführend ins Innenministerium kommen. Und jetzt ist die Federführung ja dem Wirtschaftsminister zugetan worden und ich denke, dass ich auch mit dem Wirtschaftsministerium keine Probleme haben werde.

Was wichtig ist, das habe ich gelernt. Ich bin seit Jahren in Kontakt mit dem Kommandeur dort vor Ort. Ich sage Ihnen, die Bundeswehr kommt der Gemeinde wirklich so weit entgegen, dass ich Begehungen machen kann, mit Investoren schon einmal die Strecke abschreiten kann, weil es gewisse Ideen gibt. Wir haben Ideen, ich werde sie spätestens am Wochenende zusammenhaben. Wir werden uns mit dem zuständigen Ministerium kontaktieren, uns beraten lassen, was davon machbar ist. Ich denke, es sind interessante Ideen. Es ist machbar. Und was für mich wichtig ist, ist, dass auch die Gemeinden vor Ort – und da, denke ich, spreche ich nicht nur in meinem Namen – mächtig in die Hände spucken.

Das Problem, Frau Fiedler, was Sie angesprochen haben in Vorpommern, ist natürlich ein anderes. Das sehe ich auch, dass es vielleicht in diesem Raum noch schwieriger ist als im westmecklenburgischen Bereich. Aber ich denke, wenn so viel Bereitschaft zum Konsens hier besteht, sehe ich eigentlich der Sache – wie sagt man –,

(Reinhard Dankert, SPD: Optimistisch. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

jawohl, sehr optimistisch entgegen, dass wir da etwas bewirken. Gut Ding will Weile haben, das weiß ich auch. Aber ich denke, dass wir da etwas Parteiübergreifendes hinbekommen. Darüber würde ich mich mächtig freuen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schwarz.

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Ritter für die Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn offensichtlich große Übereinstimmung im Hohen Hause herrscht, möchte ich aber die Gelegenheit am Abschluss der Debatte nutzen, noch auf zwei Aspekte aufmerksam zu machen, die aus meiner Sicht wichtig sind:

Das sind einerseits die Erfahrungen mit der IMAG-Bundeswehrstrukturreform. Für die Anfangsphase nach Verkündung der Bundeswehrstrukturreform war die IMAG sicherlich ein wichtiges Instrument. Im Laufe der Zeit ist aber, glaube ich, allen am Verfahren Beteiligten deutlich geworden, dass es mit diesem Instrument nicht möglich ist, den Konversionsprozess im Land Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig und fachlich zu lenken und zu begleiten. Das liegt, das will ich ausdrücklich betonen, nicht an den Personen, die in der IMAG gearbeitet haben, sondern an dem Konstrukt selbst.

Ich möchte deshalb unseren Vorschlag wiederholen, einen Fachbeirat Konversion zu bilden. Konversionsexperten gibt es in unserem Land genug. Ich kann gern die Namen und Adressen vermitteln, Herr Minister. Dieser Fachbeirat könnte helfen:

1. den Stand der Konversion in Mecklenburg-Vorpommern aufzuarbeiten, zu analysieren und zu bewerten,
2. langfristige Strategien zur Lösung der alten Konversion zu erarbeiten,
3. neue Anforderungen und Strategien zur Konversion von Bundeswehrstandorten vorzulegen, denn dieser Prozess wird weitergehen, die jetzige Strukturreform wird nicht die letzte sein,
4. dabei die begrenzten Ressourcen des Landes und der Kommunen zu berücksichtigen und
5. die Landesregierung, die Kommunen und weitere Beteiligte fachlich zu beraten.

Andererseits möchte ich noch einmal unterstreichen, dass der Konversionsprozess ohne die rechtzeitige und umfassende Einbeziehung der Kommune nicht realisierbar ist. Das hat Herr Schwarz als Bürgermeister einer betroffenen Gemeinde hier dargestellt.

Besonders nachteilig wirkt sich die Haushaltsschwäche der Kommunen aus. Oft fehlt der Eigenanteil zur Kofinanzierung der Förderprogramme. Insofern muss man auch die Standortkonversionsrichtlinien noch einmal überprüfen.

Weder die wichtige Initiativefunktion noch die kommunale Planungshoheit können gegenwärtig von den betroffenen Kommunen im Wesentlichen wahrgenommen werden. Ich bitte daher den Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommerns noch einmal von dieser Stelle aus, sich dieser Problematik stärker als in der Vergangenheit anzunehmen, die betroffenen Kommunen zu ermuntern, sich in einer Arbeitsgemeinschaft Konversion und Stadtentwicklung zusammenzuschließen. Ein Blick in unser Nachbarland Brandenburg zeigt, dass über einen solchen Weg viele Probleme leichter, weil gemeinsam gelöst werden konnten.

Ich bitte ferner, über den Antrag abzustimmen, ihn nicht erst in den Ausschuss zu überweisen, sondern heute hier abzustimmen, damit die Region beginnen kann zu arbeiten. Dass alle laufenden Informationen dann im Wirtschaftsausschuss stattfinden, denke ich, versteht sich von selbst. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist von der Fraktion der CDU beantragt worden, gemäß Paragraph 95 der Geschäftsordnung den vorliegenden Antrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Ich lasse über diesen Überweisungsantrag zuerst abstimmen. Wer diesem Überweisungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit

ist der Überweisungsantrag bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/158 in der Sache. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung bei der Fraktion der CDU. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/158 bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – „MV tut gut“ – Imagewerbung für das Land umfassend fortsetzen – Vorzüge des Landes noch besser präsentieren, auf der Drucksache 4/159.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
„MV tut gut“ – Imagewerbung für das Land umfassend fortsetzen – Vorzüge des Landes noch besser präsentieren
– Drucksache 4/159 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ute Schildt, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Handel gibt es eine sehr alte Weisheit, die lautet: Klingeln gehört zum Geschäft. Die gibt es seit Jahrhunderten und wird mit verschiedenen Mitteln praktiziert. Märkte haben sich entscheidend verändert, Angebote auch und deshalb muss man wesentlich kreativer sein, wenn man etwas an den Markt bringen will.

Die Werbung in den Medien macht es uns vor. Viele Firmen suchen ein neues Credo, suchen eine Marke, mit der sie ihr Produkt, ihre Leistung im Paket an den Mann bringen können. Ich erinnere an solche Werbungen wie „Nichts ist unmöglich“. Und jeder von uns weiß, dass Toyota gemeint ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Keine Werbung! –
 Reinhard Dankert, SPD: Keine Schleichwerbung! –
 Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und jeder weiß, es geht nicht um einen speziellen Autotyp, es geht nicht allein um irgendeinen Motor oder ein Blinklicht, nein, es geht um das gesamte Paket. Es macht neugierig und wir sind eigentlich dabei, zu gucken, was wollen sie heute damit. Und so muss es auch sein. Wenn ich heute werbe, muss ich neugierig machen, muss ich hinter meinem Produkt, meiner Leistung stehen. Ich muss sagen, das, was ich anbiete, das ist qualitativ hochwertig und das verkaufe ich entsprechend. Und diesen Level wiederhole ich jetzt nicht, ich könnte viele andere nennen, zum Beispiel „Otto find ich gut“

(Beifall Beate Mahr, SPD, und Klaus Mohr, SPD –
 Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

oder „Ford – die tun was“ oder, oder, oder. Sie sind alle bei uns eingepreßt, sie sind abrufbar und sie machen uns sensibel.

Auch unser Land ist es wert, gut verkauft zu werden. Mecklenburg-Vorpommern wird beschrieben als hügeliges Flachland mit 21 Prozent Waldfläche. 5 Prozent der Fläche sind Seen, das sind 25 Prozent der Seenfläche ganz Deutschlands. Das Land besitzt 1.358 Kilometer Bodden-

und Haffküste, 354 Kilometer Außenküste. Es ist sonnenscheinreich wie kein anderes Bundesland, hat weiße Strände, saubere Luft, klares Wasser, gelbe Rapsfelder im Mai und bunte Felder im Sommer, herrliche Alleen. Da beobachtet man Biber, Graureiher, die Rohrdommel im Schilf und, und, und. Jeder Urlauber, der herkommt, kann sich von diesem Paradies überzeugen. Und wir leben hier, meine Damen und Herren, wir leben hier und dürfen das genießen, was jeder Urlauber beglückt mit nach Hause nimmt. Aber unser Land ist noch viel mehr. Unser Land sind circa 1,7 Millionen Menschen, die hier leben, die hier arbeiten, die kreativ sind, die hier zu Hause sind, die sich hier wohl fühlen, die an Universitäten und Fachhochschulen lernen und studieren, die diese Leistung umsetzen.

Wir haben eine ganz hochentwickelte Agrarwirtschaft, viele Wirtschaftszweige im Land, die sich hervorragend entwickeln, auf die wir ganz stark stolz sein können. Die maritime Wirtschaft ist ausgeprägt, die Biotechnologie. Alles das macht uns stolz. Wir entwickeln Produkte in unserem Land, die ihresgleichen suchen. Die landwirtschaftlichen Produkte nach dem Faden der gläsernen Produktion, jetzt auch wirklich für den Verbraucher sicher dargestellt, sind qualitativ hochwertig. Und für alles das steht unser Land Mecklenburg-Vorpommern. Aber für alles das brauchen wir einen Namen, der darüber steht, der uns sagt, das ist es, dieses Mecklenburg-Vorpommern tut gut – „MV tut gut“.

Die Kampagne im Tourismus, im Gesundheitstourismus, hat die Türen geöffnet, hat die ersten Schritte gesetzt, und es ist ein Slogan „MV tut gut“, den wir applizieren können auf all die anderen Bereiche, schrittweise, die wir aber in die Hand nehmen müssen, die wir organisieren müssen, diese Applikation auf ganz Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb haben wir heute einen Antrag eingebracht, der Ihnen vorliegt und für den wir hier heute werben wollen. Diese Werbung auf alle Produkte unseres Landes, die sich unter dieser Dachmarke wirklich verkaufen können, die für unser Land werben, müssen wir unter dieses Dach bringen.

(Beifall Detlef Müller, SPD)

Aber wir müssen mehr, wir müssen die Menschen unseres Landes dazu bringen, dass sie sich damit identifizieren. Auch dazu dient eine Dachmarke. Und deshalb ist es doppelt wichtig, dass wir so eine Initiative ergreifen. Deshalb haben wir diesen Antrag heute auf die Tagesordnung gesetzt und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, um Zustimmung für ein großes Arbeitspaket und für eine wirkliche Standortoffensive für unser Land. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
einzelnen Abgeordneten der CDU
und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schildt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herr Petters für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungsfraktionen der SPD und PDS haben heute einen Antrag vorgelegt, der sich mit dem Gesundheitsmarketing für das Land Mecklenburg-Vorpommern befasst.

Der Slogan ist „MV tut gut“. Mecklenburg-Vorpommern tut wirklich gut, meine Damen und Herren, wenn man das mal so im Sinne dieses Slogans formuliert. Das sehen wir an den Bilanzen der Tourismusbranche und ich denke auch, dass viele Hoteliers, die sich den ganzen Tag mit der Verbesserung des Services in diesem Land befassen, das auch so sehen. Und wenn man in dieser Branche arbeitet, dann steht man mit ganzer Kraft hinter diesem Slogan „MV tut gut“.

Wenn man auf der Grünen Woche in Berlin sieht – Herr Minister Backhaus, ich war ja dort, ich muss sagen, das war eine vernünftige Präsentation –, wie die Vertreter des Hotel- und Gaststättenverbandes Mecklenburg-Vorpommern mit ganzer Kraft diesen Slogan mittragen und sich den Button an das Revers heften, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass diese Werbekampagne „MV tut gut“ zumindest bei den Hoteliers im Lande sehr gut angekommen ist.

Die Werbekampagne „MV tut gut“ hat insbesondere im letzten Sommer und Frühjahr zu harter Kritik meiner Fraktion, auch der CDU Mecklenburg-Vorpommern, geführt. Sie wissen ja, dass das Binnenmarketing mit zum Untersetzen einer Werbekampagne gehört, jedoch Wahlkampf ist eine recht ungünstige Zeit für diesen Start eines Binnenmarketings. Da hängen viele Wahlplakate herum und ich denke auch, man muss sich im Wahlkampf mit jeglicher Art von Werbung zurückhalten. Das sagen auch die Verfassungsgerichte.

(Reinhard Dankert, SPD: So schlecht
waren doch Ihre Plakate nicht.)

Danke.

Ich hoffe, dass Sie mir diesen kleinen Rückblick gestatten, denn immer, wenn das Land Werbung macht, dann geht es um Geld, und zwar nicht um Geld der Landesregierungen, auch nicht um Geld dieses Landtages, sondern um das Geld des Steuerzahlers. Und das sind wir alle, meine Damen und Herren.

Wenn man in Zeiten des Wahlkampfes eine Werbekampagne für eine Branche startet, dann ist das nicht gerade der günstigste Zeitpunkt. Deshalb bin ich umso überraschter, dass der Wirtschaftsminister in der letzten Woche in der „Schweriner Volkszeitung“ davon gesprochen hat, dass die Werbekampagne „MV tut gut“ nun schon sehr tief in die Gesellschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorgedrungen ist, so dass man jetzt den Start in eine neue Zeit beginnen kann. Dass das nicht ganz stimmen kann, zeigt zum Beispiel die Sonderbeilage der SVZ vom letzten Sonnabend zum Thema Wellness. Ich habe sie mal mitgebracht. Dort erscheint kein einziges Mal der Slogan „MV tut gut“.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum denn
nicht, Herr Petters? – Heike Polzin, SPD:
Die SVZ druckt es nicht.)

Er kommt also nicht vor und aus diesem Grunde gehe ich davon aus, dass diejenigen, die diese Branche repräsentieren, eigentlich auch noch nicht in allen Teilen diesen Slogan mittragen. Deswegen denke ich, dass diese Aus-

sage des Ministers in der SVZ doch ziemlich kurz gegriffen ist.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang frage ich auch noch mal den Wirtschaftsminister: Warum sprechen Sie bei Ihren öffentlichen Äußerungen zu der Kampagne „MV tut gut“ nicht von Geld? Warum sprechen Sie nicht von dem Erfolg der Werbekampagne, der evaluiert, also nachgewiesen worden ist? Warum sprechen Sie nicht von Ihren Plänen, was Sie wollen, was Sie bezwecken?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Stellen Sie doch eine kleine Anfrage!)

Warum lassen Sie die SPD-Fraktion einen Antrag stellen, der Ihnen erst einmal die Genehmigung erteilen soll, im Prinzip ein Konzept zu erarbeiten? Oder gibt es schon dieses Konzept? Ich sage Ihnen, Herr Minister, Sie äußern sich nicht öffentlich zu Erfolgen, weil Sie überhaupt keine belastbaren Daten darüber haben, wie diese Kampagne überhaupt durchgeführt worden ist und was es gebracht hat.

Nun zu den Kosten: Wie viele Euro hat die Kampagne bereits das Land gekostet? Was wollen Sie zukünftig für Ihre großen Pläne für eine Dachmarke „Mecklenburg-Vorpommern tut gut“ ausgeben? Vielleicht können Sie ja gleich dazu Stellung nehmen, dann brauche ich hier keine kleinen Anfragen zu stellen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das entscheidet doch das Parlament.)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Gramkow! Mund-zu-Mund-Propaganda ist gut, bei Landeswerbung ist es damit nicht getan. Werbung kostet Geld und das wissen wir alle. Wenn man die Homepage der Kampagne, also die Domäne www.mv-tut-gut.m-vp.de, nicht aktiv bewirbt, dann ist es so, als wenn man eine Visitenkarte des Landes einfach in den Wald hängt. Also, meine Damen und Herren, die finden Sie dort nicht.

Und wenn Sie sagen, dass Sie, wenn Sie bei google.de, einer der größten und leistungsfähigsten Suchmaschinen im Netz, diese Bezeichnung eingeben, eine Info erhalten, stimmt das. Das ist richtig, aber Sie müssen erst mal darauf kommen, dass ein solcher Slogan überhaupt existiert. Dies ist sehr dem Zufall überlassen.

Kommen wir zurück zu Ihrem Antrag. Sie wollen die Werbekampagne mit dem Slogan „MV tut gut“ weiterführen. Über die Binnenwirkung haben wir gesprochen, da Sie teilweise gute Erfolge verzeichnen. Der Slogan scheint ja, zumindest bei den Hoteliers und bei den Anbietern des Gesundheitsgewerbes, angekommen zu sein.

Eigentlich, und da müssen Sie mir Recht geben, wendet sich doch eine Werbekampagne an die Kunden und diese Kunden sitzen nicht hier in Mecklenburg-Vorpommern oder überwiegend nicht, sondern vor allen Dingen außerhalb des Landes. Da muss man sich wirklich fragen: Wie wirkt dieser Slogan auf die potenziellen Kunden? Mein Vorschlag ist, lassen Sie uns doch erst einmal bei der nächsten Kundenbefragung des Tourismusverbandes die Kunden auch nach diesem Slogan befragen, damit wir belastbare Informationen bekommen, ob dieser Werbespruch auch bei den Kunden, auf die es ja ankommt, angekommen ist, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und wenn Sie dann auch gleich noch an die Kunden außerhalb des deutschsprachigen Raumes denken, da hat man uns ja in den letzten Wochen vom Tourismusverband gesagt, dass der Auslandstourismus ein riesiges Problem ist, dass wir dort zu schwach sind. Die Vereinigung der Unternehmensverbände hat uns gesagt, dass das eigentliche Problem ist, dass wir zu wenig Investoren haben. Wir haben einen leistungsfähigen Mittelstand, aber dieser braucht Aufträge und da brauchen wir industrielle Kerne. Dann muss man auch darüber nachdenken, wie dieser Slogan „MV tut gut“ im Ausland eigentlich wirkt. Was heißt eigentlich „MV tut gut“ im englisch- oder französischsprachigen Raum? Eignet er sich eigentlich dafür, für unser schönes Land ein positives Image zu erzeugen?

Und weil ich gerade bei dem Begriff „Dachmarke“ bin, den ich erwähnt habe und den Sie auch in Ihrem Antrag erwähnt haben, möchte ich in diesem Zusammenhang vermuten, dass der Begriff „Dachmarke“ als solcher von den meisten hier in seiner Bedeutung nicht so richtig eingeschätzt wird. Ich habe mal die Lebensläufe aller Kollegen durchgeschaut im Internet und dabei gesehen, dass da kein Werbekaufmann oder Werbefachmann, PR-Fachmann dabei ist. Ich denke, auch bei der Landesregierung ist kein Werbespezialist jemals verbeamtet worden. Und wenn man unter der Dachmarke einen Slogan versteht, meine Damen und Herren, so sage ich Ihnen, ein Haus kann nur ein Dach haben und der Gesundheitstourismus ist nur ein Zimmer eines Hauses. Ich glaube, dass wir über dieses Thema noch einmal im Wirtschafts-, Tourismus- und Finanzausschuss sprechen müssen. Und wir müssen uns Sachverstand einholen. Werbefachleute sollten uns allen zumindest mal erläutern, was eigentlich eine Dachmarke ist. Wie bewirbt man eine Dachmarke? Und welchen Vorlauf muss eine Dachmarkenentwicklung haben?

Damit Sie merken, dass ich eigentlich nur aus sachpolitischen Erwägungen heraus darum bitte, diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen, damit wir dort etwas tiefer einsteigen können, habe ich für Sie im PR-Magazin mal nachgesehen. Dort geht man davon aus, dass – vielleicht ist das auch eine Einzelmeinung, deswegen sollten wir im Ausschuss darüber reden – man zuerst, bevor man eine Marke entwickelt, ein Leitbild entwickeln sollte. Damit müssen wir uns – auch, wie ich meine, nach zwölf Jahren – befassen, ein Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern, bevor wir eine Marke entwickeln. Und danach können wir eine Werbekampagne für dieses gesamte Land entwickeln.

Um eine Marke zu etablieren, müssen wir davon ausgehen, dass wir natürlich innerhalb Deutschlands eine Vielzahl von Konkurrenten haben und der Wettbewerb auch in den Regionen Europas immer schärfer wird. Das heißt für uns, dass wir uns in diesem Wettbewerb behaupten müssen.

Ich sehe ihn heute leider nicht mehr, den Präsidenten des Landesrechnungshofes, der sitzt ja sonst immer hinten auf der Tribüne. Wir müssen diese Arbeit, ich meine auch, die Vermarktung unseres Wirtschaftsstandortes, gut vorbereiten, weil sie sehr viel Geld kosten wird. Wenn wir dies professionell machen, was wir alle tun wollen, müssen wir es gemeinsam tun und unsere Ergebnisse der Regierung zur Verfügung stellen. Dies ist eine Angelegenheit des Parlaments, wie ich denke, weil wir die Bürgerinnen und Bürger vertreten und weil wir auch für die Binnenakzeptanz einer Dachmarke in unseren Wahlkreisen sorgen können. Das kann kein Ministerium, liebe Kollegen.

Und nun noch einmal zum Geld, Herr Minister. Im Vorfeld dieser Rede habe ich mich für Sie erkundigt. Um eine Marke zu etablieren – ja, ich habe mich erkundigt –, braucht man eine Zeit von drei bis fünf Jahren. Und bei diesem Zeitrahmen, um dies auch nachhaltig zu tun, eine Marke zu etablieren, braucht man ein jährliches Budget – und das sagen Fachleute – von 10 Millionen Euro pro Jahr, damit man diese Marke auch im Wettbewerb mit anderen Regionen etablieren kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Sonst erleiden wir wieder ein Fiasko, das wir damals schon mit unserer Werbekampagne „Blond, blauäugig, blöd“ erlitten haben. Da haben wir nämlich Geld einfach im Sand versickern lassen. Tun wir es anders, so, wie ich es in der SVZ vom Wirtschaftsminister Ebnet gehört habe, dass wir auf Mund-zu-Mund-Propaganda setzen – „Du, ich habe gerade gehört, da gibt es eine echt interessante Internetseite im Netz“ oder „Du, hier habe ich mal einen Button für dich, steck ihn dir mal ans Revers“ –, dann können wir nicht darauf hoffen, dass diese Kampagne zielführend ist, meine Damen und Herren, sondern dann wird dieses Geld, unser Steuergeld im Sand versickern.

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns gemeinsam eine Dachmarke für Mecklenburg-Vorpommern professionell entwickeln! Hier kommt es vorwiegend darauf an, auf die Bereiche zu setzen, wo wir schon Qualitätsprodukte vorhalten. Das ist der Tourismus und das Ernährungsgewerbe. Lassen Sie uns gemeinsam in unseren Gremien in Zusammenarbeit mit der Landesregierung ein intelligentes Konzept entwickeln, um unser Land gemeinsam nach vorn zu bringen! Lassen Sie uns als Landtag ein Gutachten in Auftrag geben! Die Mittel stehen dem Landtag zur Verfügung.

(Angelika Gramkow, PDS: Ah ja?)

Und lassen Sie uns eine Expertenanhörung zu dem Thema machen! In Sachen Scandlines hat das zu sehr guten Erkenntnissen geführt. Das können, glaube ich, die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses bestätigen.

Das Image des Landes sollte uns so wichtig sein, es nicht alleine der Regierung zu überlassen, wie wir uns den Kunden gegenüber präsentieren.

(Beifall Michael Ankermann, CDU,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Mit einer Abstimmung über diesen Antrag verabschiedet sich sonst der Landtag von diesem Thema und wir überlassen es Herrn Ebnet, das Land nach oberbayrischen Vorstellungen zu präsentieren.

(Ute Schildt, SPD: Das ist eine Frechheit,
Herr Petters! Das ist eine Frechheit! –
Zurufe von Siegfried Friese, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Wir sind die Letzten, die bayrische Verhältnisse schlecht finden. Aber was zu viel ist, ist zu viel. Dort müssen wir uns einmischen. Ich verspreche Ihnen, Herr Minister, zumindest die CDU-Fraktion steht mit konstruktiven Vorschlägen an Ihrer Seite. Das Imagekonzept unserer Fraktion liegt vor. Und wenn Sie das brauchen, senden wir Ihnen das gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Petters.

Im Zusammenhang mit der Überweisung wäre nachher von Seiten der CDU-Fraktion noch die Frage für die Abstimmung zu beantworten, ob es reicht, diesen Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen,

(Andreas Petters, CDU:
Tourismus auch! Tourismus auch!)

oder ob mitberatend in den Tourismusausschuss. Vielleicht können wir das im Verlaufe der Debatte hier noch klären, damit wir dann die Ausschussüberweisung entsprechend abstimmen können.

Als Nächster hat das Wort der Wirtschaftsminister des Landes Herr Ebnet. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Rede von Herrn Petters stehe ich jetzt ziemlich ratlos hier

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD –
Heinz Müller, SPD: Als Bayer?)

und frage mich, was war der langen Rede eigentlicher Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heinz Müller, SPD: Da gibt es eine Negation.)

Ich muss jetzt den Inhalt erraten, ich muss ihn erraten. Sie wollen dagegen sein, aber Sie haben keine Argumente. Sie wollen es zumindest nicht so, Sie wollen später, Sie wollen es anders, eigentlich am liebsten überhaupt nicht, aber das trauen Sie sich wieder nicht zu sagen. Sagen Sie doch einfach: Sind Sie dafür, ja oder nein? Machen Sie mit, ja oder nein? Dann haben wir klare Verhältnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, im vorletzten Jahr haben wir die Kampagne „MV tut gut – Gesundheit made in Mecklenburg-Vorpommern“ gestaltet. Ziel war, die hervorragenden Voraussetzungen des Landes, insbesondere im Bereich des Gesundheitstourismus, noch besser zu vermarkten. Wir alle wissen, Tourismus ist einer unserer stärksten Wachstumsbereiche und der Gesundheits- und Wellness-tourismus hat in Deutschland sehr hohe Zuwachsraten. Das sind Marktchancen für Mecklenburg-Vorpommern und diese Chancen wollten wir damals nutzen und wir wollen sie auch weiter nutzen.

Und der Start dieser Kampagne war erfolgreich. Es hat sich gezeigt, dass über den Gesundheitsbereich hinaus der Slogan „MV tut gut“ angenommen wurde, verwendet wurde, teilweise ohne dass wir es wussten. Die Unternehmer fanden es gut und hatten es draufgedruckt und haben diesen Slogan verwendet. Und da haben wir gemerkt, dass „MV tut gut“ geeignet ist für eine Dachmarke, um eine Dachmarke für Mecklenburg-Vorpommern zu bilden. Den Praxistest, den haben wir da schon hinter uns. Wir wollen deshalb, dass diese Kampagne sich nicht nur auf den Tourismus beschränkt. Wir wollen sie und wir wollen die hohen Sympathiewerte, die auch mit dieser Kampagne verbunden sind und die auch mit dem Tourismus verbunden sind, nutzen, um auch die guten Produkte und Dienstleistungen anderer Branchen ins Scheinwerferlicht zu bringen.

„MV tut gut“ gilt nicht nur im Tourismus, es soll auch für andere hochwertige Produkte und Dienstleistungen aus

Mecklenburg-Vorpommern stehen. Ob es dabei nun Produkte der Ernährungswirtschaft sind oder Dienstleistungen im kurmedizinischen und präventiven Bereich oder in der Biotechnologie, diese Dachmarke ist offen. Sie ist ein Dach, das mit einem Unterbau ausgefüllt werden kann und ausgefüllt werden muss. Auf jeden Fall soll eins herauskommen: Wenn sich jemand etwas Gutes tun will, dem sollen Produkte und Dienstleistungen aus Mecklenburg-Vorpommern dabei einfallen.

Meine Damen und Herren, „MV tut gut“ wird inzwischen als Marke anerkannt und schon von vielen Unternehmen, Institutionen, Verbänden und Bürgern benutzt. Dazu haben zahlreiche Projekte, Veranstaltungen und Publikationen im Jahr 2002 beigetragen. Dass die Kampagne auch bei uns im Land anerkannt ist, ist wichtig, denn „MV tut gut“ wirkt nicht nur nach außen, „MV tut gut“ wirkt auch im Land selbst und stärkt die Identifikation der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit ihrem Land. Und das unterscheidet diese Kampagne genau von dem „Blond, blauäugig, blöd“, wie wir es früher mal hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplin, PDS)

Meine Damen und Herren, „MV tut gut“ soll Dachmarke für unser Land werden, ein einheitliches Erscheinungsbild des Standortes Mecklenburg-Vorpommern. Damit werden wir die Vorzüge, Potentiale und Leistungsfähigkeit des Landes noch besser nach außen präsentieren können. Mit „MV tut gut“ liegt erstmals ein griffiges Motiv vor, das in vielen Bereichen eingesetzt werden kann und allgemein verstanden wird. Ideal auch für unsere Standortoffensive, wobei ich zugebe, dass man in Süddeutschland dieses „MV“ noch mal erklären muss mit „Mecklenburg-Vorpommern“.

Mecklenburg-Vorpommern tut gut! Wir wollen diese Imagekampagne nun als zentrale Werbemaßnahme fortsetzen und erweitern, wie das auch im Koalitionsvertrag niedergelegt ist. Dafür wird jetzt unter Leitung des Wirtschaftsministeriums eine Arbeitsgruppe gebildet, in die wir auch kompetente Vertreter aus Unternehmen und Verbänden holen wollen. Sachverstand ist willkommen, Sachverstand ist notwendig. Diese Arbeitsgruppe soll die Grundlagen für ein einheitliches Marketingkonzept unter der Dachmarke „MV tut gut“ erarbeiten. Dann werden wir eine professionelle Agentur beauftragen, die ein Gesamtkonzept – ein Gesamtkonzept! – erstellt und die geplanten Maßnahmen dann umsetzt.

Meine Damen und Herren, wenn wir „MV tut gut“ als Dachmarke für unser Land etablieren wollen, dann ist es richtig, dass das Land vorangeht. Deshalb müssen wir innerhalb der Landesverwaltung alle Verwendungsmöglichkeiten für die Dachmarke prüfen und das Erscheinungsbild der Verwaltung unter „MV tut gut“ vereinheitlichen.

Leider gehört zu unserem Kompetenzbereich nicht alles, was veröffentlicht wird, auch an Anzeigen, und was geschrieben wird. Die „Schweriner Volkszeitung“, das haben Sie jetzt gesagt, hat es noch nicht verwendet. Wir werden uns mit denen, die dort für sich werben, für Mecklenburg-Vorpommern werben, auch noch in Verbindung treten, damit auch dort bei der nächsten Ausgabe diese Art „MV tut gut“ dann erscheint.

Und es ist auch sinnvoll, bereits existierende Marken unter der Dachmarke „MV tut gut“ einzuordnen. Unter

dem Dach ist Platz, die können darunter. Doch „MV tut gut“ als zentraler Werbeauftritt ist nicht nur eine Initiative, die die Landesregierung etwas angeht, sondern sie ist als Angebot der Landesregierung für das gesamte Land gedacht. Und erst wenn dieses Angebot breit angenommen wird, dann kann es funktionieren. Und darauf hoffen wir und darauf bauen wir.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nutzen wir dafür
auch moderne Kommunikationsmittel wie
das Internet? – Angelika Gramkow, PDS:
Das ist ja albern. Tolle Frage!)

Ja, selbstverständlich. Es gibt aber auch andere Informationsmittel, Herr Dr. Born. Ich stelle Ihnen gerne auch ein solches „MV tut gut“ als Anstecker zur Verfügung.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Allerdings müssen wir realistisch sein: Bis es so weit ist – und da gebe ich Herrn Petters Recht –, bis sich eine Dachmarke etabliert hat, dauert es seine Zeit. Das geht nicht auf Knopfdruck. Das geht nicht von heute auf morgen. Dazu wird Zeit benötigt. Dazu wird natürlich auch Arbeit, die Geld kostet, benötigt. Und bis es so weit ist, dass diese Dachmarke dann deutschlandweit etabliert ist, müssen wir uns auf eine Menge Arbeit einrichten. Das etabliert sich nicht von selbst. Und es ist klar, wir brauchen dafür einen langen Atem. Aber ich bin auch überzeugt, in absehbarer Zeit wird es sich herumgesprochen haben und jeder wird dann wissen, Mecklenburg-Vorpommern tut gut. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Thomas? (Zustimmung)

Reinhardt Thomas, CDU: Ich war nicht ganz so schnell. Das tut mir Leid.

(Minister Dr. Otto Ebnet:
Herr Thomas, ich komme zurück.)

Das ist nett, danke.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Thomas, stellen Sie Ihre Frage.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Ebnet, ich kann bestätigen, dass diese Kampagne sehr gut ankommt in dem Bereich Sport und Tourismus. Da konnte ich eigene Erfahrungen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frage: Punkt 5 des Antrages, wie habe ich den zu werben? Wenn ich Ihnen das vorlesen darf?

Minister Dr. Otto Ebnet: Bitte.

Reinhardt Thomas, CDU: „Weitere neue Marken sind bis zum Vorliegen des Berichts durch das Land nicht zu fördern. Bereits im Umlauf befindliche Marken müssen entsprechend eingeordnet werden.“ Jetzt ist es natürlich erst mal so, dass diese Marke gut läuft, aber heißt das, wenn wir zukünftig noch andere Erkenntnisse haben, zum Beispiel im Bereich Marketing, die unter Umständen also besser sein könnten, dass Sie ausschließen, dass man das dann noch mal ändert?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Thomas, jetzt habe ich etwas Hemmungen, Anträge, die aus der Mitte des Parlaments kommen, zu kommentieren. Ich kann hier nur meine persönliche Vorstellung wiedergeben.

Was gut ist, soll man nicht abweisen. Und ich kann mir auch vorstellen, dass keiner das so verstanden hat, wenn man etwas Besseres hätte, dieses dann abzuweisen aus formalen Gründen: Wir wollen das nicht haben, weil wir es so beschlossen haben. Das kann nicht gemeint sein, das ist auch mit Sicherheit nicht so gemeint.

Von daher ist das, was jetzt in Gang gesetzt werden soll, auch mit dem Antrag unterstützt werden soll, doch eine offene Diskussion. Das ist eine offene Diskussion, die alle mit einbezieht, in die sich jeder einbringen kann, auch jeder einbringen soll. Und Sie haben zum Beispiel auch den Sport erwähnt, Herr Thomas, der Landessportbund macht ja auch mit. Und es müssen viele mitmachen. Und das kann man nicht dadurch erreichen, dass man hier strenge Vorgaben macht, so ist es und du musst dich daran halten, sondern hier muss jeder konstruktiv dabei sein dürfen, auch mit eigenen Ideen dabei sein dürfen. Wer andere unterdrückt, der kommt nicht weiter, der bekommt auch nicht die Mitarbeit. Und wir brauchen die Mitarbeit aller. Deshalb muss jeder herzlich willkommen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Reinhardt Thomas, CDU: Okay. Danke.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wien für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Wien.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wenn meine Reden ein bisschen kurz sind, dann liegt es einfach nicht daran, dass ich nicht vorbereitet bin, sondern ich habe einfach keine Lust, als Vierter noch mal all das Gute zu sagen, was schon gesagt wurde.

(Beifall Norbert Baunach, SPD, und Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich muss jetzt auch gestehen, nach der Neujahrsansprache unseres Ministerpräsidenten bin ich ins Schloss gegangen und habe – klick, klick – meinen Vortrag für heute in den Papierkorb geworfen,

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

eben aus genau diesem Grunde, weil ich keine Lust hatte, das noch mal alles zu wiederholen, was dort sehr schlüssig und einleuchtend dargestellt worden war.

Also nutze ich jetzt meine Redezeit erstens, um noch auf einen Aspekt aufmerksam zu machen. Es gibt nämlich im Lande bei uns noch weitere bereits eingeführte Begriffe neben „MV tut gut“. Und da sind in letzter Zeit Bedenken zum Beispiel an mich herangetragen worden, dass die dann bitte um Himmels willen nicht völlig abgeschafft werden, untergehen, sondern dass man sie mit integriert. Ich denke aber, das ist auch der Sinn der ganzen Geschichte.

Die zweite Sache ist ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir machen ein Gesamtkunstwerk daraus.)

Genau. Marketingkonzept nennt man das.

Und die zweite Sache: Heute stand es ja auch schon in der Presse, dass die Opposition nicht so ganz froh ist über die Geschichte. Man kann aber auch alles zerreden, glaube ich.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Denjenigen, die es so sehr schwer haben, sich an diese Vision zu gewöhnen und nach vorne zu schauen, möchte ich vielleicht einfach mit auf den Weg geben: Fußballpräsidenten kommen und gehen, M-V bleibt noch lange, lange bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und zu dem Problem Meyer-Vorfelder, da bin ich mir völlig sicher, hat das Wirtschaftsministerium sicherlich – danke für den Hinweis – schon längst darüber nachgedacht, wie Herr Meyer-Vorfelder in Greifswald zur Mecklenburg-Vorpommern-Woche in die Gesamttaktion mit eingebunden werden kann. Und dann ist das Problem auch vom Tisch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich möchte vielleicht auch noch auf eins hinweisen: Es gibt ja auch noch ein Kürzel, was der eine oder andere von uns kennt. Ich sage mal, USA. Wem ist das geläufig? – Niemandem. Oh, dann habe ich das falsche Beispiel gewählt. Sollte es jemandem geläufig sein, irgendwann hatte auch USA seinen ersten Tag. Also irgendwann fängt alles mal an und auch „MV tut gut“. Und es hat schon vor einem Jahr angefangen und ich wüsste jetzt nicht aus marketingstrategischen Gründen, warum man es jetzt plötzlich ändern sollte, was anderes machen sollte. Es hat klein angefangen und wächst. Darüber bin ich sehr froh, dass jetzt die Kräfte im Lande so gebündelt werden. Vielleicht hätte man auch einen anderen Slogan nehmen können, aber der war eigentlich schon weg, nämlich „Otto find ich gut“.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Der war schon geschützt.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

Jetzt hoffe ich ganz einfach, dass mit dieser Initiative ...

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich übe noch ein bisschen.

Ich hoffe einfach, dass dieser Antrag jetzt auch durchgehen wird, mehrheitlich, damit es sich auch recht schnell herumspricht in Deutschland, in Europa und natürlich auch in der ganzen Welt, unser „MV tut gut“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Wien.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Müller für die Fraktion der SPD.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gegen diesen Slogan hätte ich natürlich überhaupt nichts: „Alles Müller?!“. Also keine Frage!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Heinz Müller, SPD: Ich auch nicht!)

Liebe Kollegen! Kurze Vorbemerkung, ihr habt ja schon gesehen, einige unserer Kollegen tragen hier schon diesen Sticker „MV tut gut“. Ich habe dafür gesorgt, dass noch einige organisiert worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Prima!)

Beim Herausgehen am Eingang oder am Ausgang kann also jeder, der möchte, solch einen Sticker mitnehmen und dann auch gleich ein bisschen Werbung sozusagen in eigener Sache hier machen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Petters! Also, ich ... Ich kann's nicht ... Ich weiß nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich kann es nicht verstehen. Was sollte das sein? Was war das? Ich bin mit Herrn Thomas auch nicht immer einer Auffassung, aber hier habe ich die gleiche Wahrnehmung wie er. Ich glaube, „MV tut gut“ ist in der Tat ein Produkt, das sich in unserem Land ganz gut entwickelt hat. Und insofern bin ich schon ein bisschen enttäuscht, Herr Petters, zumal ich auch weiß, dass Sie über viele Jahre im Wirtschaftsministerium für solche Dinge mit zuständig waren. Und jetzt haben Sie das so dargestellt. Schade drum! Schade drum, dass Sie das so negativ sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Und es passt wieder in das Bild – ich muss es einfach sagen –, Land schlechtreden, alles, was die Regierung macht, ist schlecht.

(Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Bei allem Respekt, Herr Petters, ich konnte Sie echt nicht verstehen, was dieser Redebeitrag sein sollte.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir dennoch einige Anmerkungen aus touristischer Sicht, weil, auch das haben ja meine Vorredner schon gesagt, dieser Slogan eigentlich für den Gesundheitstourismus in unserem Land sozusagen erdacht wurde. Und ich glaube auch, auch das haben meine Vorredner gesagt, dass dieser Slogan schon den Nerv der Touristen, aber auch den Nerv der touristischen Anbieter gefunden hat.

Und darum, was liegt da näher, auch darauf hat der Wirtschaftsminister hingewiesen, wenn etwas Erfolg verspricht, was liegt da näher, als dass man dann versucht, diesen Slogan auch auf weitere Bereiche zu übertragen und daraus vielleicht eine Dachmarke zu kreieren. Ich glaube, dass das eine völlig logische Geschichte ist.

Dabei scheint es mir natürlich schon wichtig – und auch insofern, Herr Petters, habe ich hier wieder eine andere Auffassung –, dass es nicht so sein kann, dass die Landesregierung oder der Landtag diese Dachmarke sozusagen kreiert und dann von oben draufsetzt, nein, meine Auffassung ist, und auch darauf haben einige meiner Vorredner schon hingewiesen, dass sich diese Marke entwickeln muss. Sie muss von unten einfach wachsen.

Und das heißt natürlich auch, und auch hier ist schon darauf hingewiesen worden, dass diese Kampagne zum einen nach außen wirken muss – ganz klar –, aber sie muss auch nach innen wirken. Und hier meine ich, ganz besonders nach innen, also sie muss ins Land hineinwirken. Zum einen müssen also hier die Akteure, die Hotels und Gaststätten, die Tourismusanbieter und selbst der Tankwart, also alle hier in unserem Land müssen mit dieser Dachmarke etwas anfangen können.

Und es muss uns eben gelingen, mit dieser Dachmarke die Identität der Menschen für unser Land weiter zu stärken. Wenn hier meine Vorredner darauf hingewiesen haben und ich ja auch schon gesagt habe, dass ich mir auch vorstellen könnte, dass man sagt „Alles Müller?!“, muss ich doch noch mal eine Lanze brechen für „MV tut gut“. Da gab es ja auch heute in der Presse und auch so schon einige Bemerkungen, dass man sagt, mit „MV“ kann man nicht so sehr viel anfangen. Das ist sicherlich ein Problem, aber ich glaube, das wird schon. Und ich sage hier ganz klar, es gefällt mir auf jeden Fall besser als „Meck-Pomm“, denn mit „Meck-Pomm“ verbindet man eher McDonald's oder Burger King und nicht unser Land. Insofern glaube ich, dass „MV“ sich schon durchsetzen wird.

Natürlich ist es wichtig, dass man das mit einer ganz geschickten Werbestrategie machen muss. Und ich bin mir sicher, dass wir da auch eine richtige Strategie finden werden. Ich glaube auch, dass wir als Land dazu beitragen können, dass dieser Slogan sich weiter hier im Land verfestigt, indem wir öffentliche Landesveranstaltungen auch dazu nutzen, diesen Slogan mit ins Gespräch zu bringen. Insofern bin ich schon ein bisschen enttäuscht, obwohl ich ja gerade eben gehört habe, in Greifswald zum Mecklenburg-Tag soll dieser Slogan mit eine Rolle spielen.

(Alexa Wien, PDS: Mecklenburg-Vorpommern-Tag! So viel Zeit muss sein!)

Mecklenburg-Vorpommern-Tag, Entschuldigung.

Nach meinem Kenntnisstand gibt es da im Moment einen anderen Slogan „Ein Land zum Leben“. Der Slogan ist sicherlich auch nicht schlecht, passt aber leider nicht so in unsere Strategie. Insofern, vielleicht können die Kollegen noch mal darüber nachdenken, die dafür Verantwortung tragen. Und ich würde auch vorschlagen, Herr Präsident, dass man vielleicht darüber nachdenkt, den nächsten „Tag der offenen Tür“ hier im Landtag auch unter das Motto „MV tut gut“ zu stellen.

Aber ich kann mir auch vorstellen, auch das ist bereits angesprochen worden, dass es weitere Möglichkeiten gibt, um diesen Slogan im Land publik zu machen. Und da ist natürlich der Sport ein ganz wichtiges Medium und da gibt es in der Tat auch schon gute Ergebnisse. Unser MV-Drachenboot hat im letzten Jahr in Rom bei den Frauen den Weltmeistertitel und bei den Männern den Vizeweltmeistertitel errungen unter dem Slogan „MV tut gut“. Unter dem Slogan „MV tut gut!“ Insofern haben die Damen und Herren Werbung nach innen und nach außen gemacht und ich glaube, das ist gut so.

Selbst bei Hansa Rostock gibt es zur Anfeuerung, man sollte es nicht glauben, den Schlachtruf „MV tut gut“.

(Norbert Baunach, SPD: Da ist es aber nicht so gut. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Leider hat das noch nicht richtig gefruchtet. Ich würde mir wünschen, dass die Damen, die insbesondere diesen

Schlachtruf dort rufen, dass die sich noch mal ein bisschen ins Zeug legen, damit unsere Hansa-Fußballer das dann vielleicht auch zur Kenntnis nehmen. Und als Vizepräsident des Landesfußballverbandes habe ich natürlich auch so meine Vorstellungen, wie man diesen Slogan unter die Fußballfreunde unseres Landes bringen könnte.

Ich glaube, es gibt noch vielfältige Möglichkeiten, diese Marke nach innen im Land bekannt zu machen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist natürlich auch nach außen wichtig, diese Marke bekannt zu machen. Herr Petters, natürlich, was heißt das in Französisch und was heißt das in Englisch und so. Aber das ist vielleicht schon ein Schritt zu weit gedacht.

(Alexa Wien, PDS: Das kann man nicht eins zu eins übersetzen. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Genau. Das kann man nicht.

Wir müssen erst mal gucken, dass wir wie gesagt hier bei uns in Deutschland auch Mecklenburg-Vorpommern noch weiter bekannt machen.

Und insofern glaube ich schon, dass Aktionen wichtig sind. Und da haben wir ja auch schon im letzten Jahr einige Aktivitäten gestartet beziehungsweise die Landesregierung hat diese gestartet. Ein gutes Beispiel war die Präsentation „MV tut gut“ in unserer Landesvertretung im letzten Februar. Ich glaube, mit dieser Veranstaltung ist eine Menge Aufmerksamkeit in Berlin erregt worden. Und viele, die vorher mit „MV tut gut“ nichts anfangen konnten, wissen jetzt, was darunter zu verstehen ist. Und auch am 3. Oktober, als M-V am Brandenburger Tor tätig war unter dem Motto „Mode aus MV“ wurde der Slogan „MV tut gut“ super mit verkauft. Und wer in der letzten Woche bei der Grünen Woche war, hat auch gesehen, dass diese Marke dort durchaus eine Resonanz gehabt hat und dass wir uns dort richtig gut mit diesem Slogan präsentieren konnten. Eine Marktnische aus meiner Sicht scheint noch zu sein, dass es im Moment keine Souvenirartikel gibt, die man nutzen kann, als Tourist käuflich erwerben kann oder auch als Bürger unseres Landes. Hier scheint es wie gesagt noch eine Nische zu geben und vielleicht gibt es einen findigen Unternehmer, der sich dieser Nische annimmt und schon in relativ kurzer Zeit die ersten Souvenirs anzubieten hat.

Insofern glaube ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass mit dem Slogan in unserem Land schon eine ganze Menge gemacht worden ist. Es ist schon erstaunlich, Herr Petters – und auch hier habe ich wieder eine andere Wahrnehmung als Sie –, wie viele Marketingorganisationen, Verbände und Unternehmen sich dieser Initiative bereits angeschlossen haben, wie zum Beispiel der Bäderverband, der DEHOGA, der Agrar-Marketingverein oder der BioCon-Valley-Verein oder aber auch, der Wirtschaftsminister hat darauf hingewiesen, der Landessportbund.

Und dabei ist schon bemerkenswert, wie hoch die Akzeptanz in der Wirtschaft ist. Das zeigt auch das so genannte Reisehandbuch, das die Wirtschaft jedes Jahr erstellt. In diesem Reisehandbuch wird richtig super Werbung gemacht mit „MV tut gut“. Fast jede Seite ist mit diesem Logo versehen. Das zeigt, glaube ich schon, dass die Wirtschaft diesen Slogan angenommen hat.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Und angenommen hat ihn auch, meiner Meinung nach, der größte deutsche Reiseanbieter, nämlich die TUI. Im

letzten Jahr fand ein Workshop auf Initiative unseres Wirtschaftsministers statt. Und die TUI, die immerhin 28 Prozent ihres Deutschlandgeschäfts hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern macht, hat signalisiert, mit dieser Marke weiterzuarbeiten. Also insofern, glaube ich, ein richtig tolles Ergebnis.

Nun muss es uns nur noch gelingen, meine sehr verehrten Damen und Herren, unseren Landestourismusverband mit auf diesen Zug aufspringen zu lassen und ihn sozusagen davon zu überzeugen, in die Lokomotive dieses Zuges einzusteigen, um dann noch ordentlich Gas zu geben.

(Angelika Peters, SPD:
Ich will Spaß, ich geb Gas!)

Ich kann schon verstehen, dass der Landestourismusverband und sein Vorstand sich schwer tun, mit dem Slogan „Sanft, schön und aufregend“ nun langsam aufzuhören, zumal mit diesem Slogan ja auch gute Erfolge erzielt worden sind, aber – auch das, glaube ich, kommt in meinen Ausführungen zum Ausdruck – wenn es uns gelingen soll, eine Dachmarke zu entwickeln, muss der Landestourismusverband einfach dabei sein. Und ich glaube auch, dass man hier durchaus Wege finden kann, dass der Landestourismusverband und das Ministerium hier zusammenkommen und einen gangbaren Weg hinkriegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle sind sicherlich froh über die steigenden Zahlen im Tourismus, über die wir uns alle sehr freuen. Aber die Konkurrenz schläft nicht und der Wettbewerb, auch darauf wurde hingewiesen, wird härter. Wir müssen den Platz auf dem Siegerpodest halten, glaube ich. Da sind wir uns alle einig. Und dazu wird diese Kampagne „MV tut gut“ aus meiner Sicht überzeugend beitragen.

Voraussetzung dafür ist aber, wie beim Drachenbootrennen, dass alle, die mit im Boot sitzen, den gleichen Rhythmus schlagen, Herr Petters, und nach Kräften mitziehen. Insofern bin ich mir sicher, dass es uns gelingen wird. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heinz Müller, SPD: Das war's!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf der Drucksache 4/159 zur federführenden Beratung an den Tourismusausschuss und zur Mitberatung an den Finanz- und an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Überweisungsantrag bei Zustimmung der Fraktion der CDU und einigen Abgeordneten der SPD

(Angelika Gramkow, PDS: Ach so?!)

sowie bei Gegenstimmen der Mehrheit der Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten der PDS abgelehnt.

Ich komme damit zur Abstimmung in der Sache.

Wer dem Antrag auf der Drucksache 4/159 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag auf Drucksache 4/159 mit Zustimmung der Fraktionen der SPD und PDS und eines Abgeordneten der Fraktion der CDU sowie bei Stimmenthaltung der anderen Abgeordneten der CDU angenommen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich darauf hinweisen, dass sich der Ältestenrat um 18.00 Uhr zu einer Sitzung in seinem Sitzungszimmer einfindet.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 30. Januar 2003, 9.00 Uhr ein. Wir sind heute etwas zeitiger fertig und falls Sie die Möglichkeit nutzen, in ein Café zu gehen, reden Sie mit den Bürgern und Bürgerinnen, die Sie treffen, über „MV tut gut“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.01 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Wolfgang Riemann, Volker Schlotmann, Jochen Schulte und Gabriele Schulz.